

Aus eigenen Quellen trinken...

**OeME
Herbsttagung 2003
22. NOVEMBER
in Bern**

Kirchgemeindehaus Johannes, Bern

Programm

- 08.45 Wasser und Kaffee
- 09.15 Begrüssung und Einstieg
- 09.30 Wasser-Spot 1
- 09.40 **Wasser und die Globalisierung der Gerechtigkeit**
Rosmarie Bär, Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, HEKS
- 10.00 **Recht auf Wasser und die Privatisierungspolitik im Süden**
Franklin Frederick, Wasser-Bürgerbewegung Brasilien
- 11.00 Pause
- 11.20 **Die Schweiz und die globale Liberalisierung von Dienstleistungen – die Verhandlungen in der WTO**
Podiumsgespräch mit Matthias Meyer, seco; Alessandro Pelizzari, attac; Helmut Kaiser, Sozialethiker
- 12.10 Wasser-Spot 2
- 12.20 Mittagessen
- 13.45 Ateliers
- 15.30 Wasser-Spot 3
- 15.45 **Für die Globalisierung der Gerechtigkeit**
Vorstellung der Policy des Synodalrats, Handlungsperspektiven in den Gemeinden
Samuel Lutz, Synodalratspräsident
- 16.15 **„Auf dass alle das Leben in Fülle haben“**
Feier zum Abschluss der Tagung
im Blick auf die Vollversammlung des Reformierten Weltbundes 2004 in Accra

Ateliers

<p>1 Lektionen aus dem Süden: Bleibt Wasser ein öffentliches Gut oder greift die WTO auch nach unserem Wasser? <i>Rosemarie Bär, Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke</i></p>	<p>3 Welthandelsorganisation WTO – Die Privatisierung von Dienstleistungen und die Alternativen <i>Alessandro Polizzari, attac Schweiz</i></p>
<p>4 Handel für den Menschen – andere Handelsregeln zugunsten der Menschenrechte und der Umwelt <i>Christoph Stückelberger, Zentralsekretär Brot für alle</i></p>	<p>5 Globalisierungskritik als Bekenntnis? Der Reformierte Weltbund auf dem Weg nach Accra 04 <i>Hartmut Lucke, Reformierter Weltbund</i></p>
<p>6 Wasser – mehr als H₂O: Das Lebenselement zwischen Mythos, Molekül und Politik <i>Joan Davis, Biochemikerin, Spezialistin für Gewässerschutz und ganzheitlichen Umweltschutz</i></p>	<p>7 Wasserhaushalt und Klimaveränderung <i>Kurt Zaugg, Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt</i></p>
<p>8 „Ich will grössere Scheunen bauen“ (Lk 12,13). Wasser für alle oder Profit für wenige? Ein biblischer Blick <i>Judith Furrer, Theologin und Christian Muheim, Theologe</i></p>	<p>9 Wasser belebt – Bewegung und Tanz <i>Conradin Conzetti, Fachmann für Tanz in der Kirche, Pfarrer</i></p>
<p>10 Globalisierungsfragen in unseren Kirchgemeinden: Schritte zu einer wirtschaftlichen Alphabetisierung <i>Helmut Kaiser und Walter Rohrer, Sozialethiker</i></p>	<p>11 Der Fall Nestlé: Widerstand gegen die Privatisierung von Wasser in Bevaix (NE) und anderswo <i>Marie-José und Hugo Cecchini, attac Neuchâtel</i></p>
<p>13 Cochabamba, Bolivien: Der Kampf gegen die Privatisierung des Wassers <i>Yvonne Zimmermann, freischaffende Journalistin, Anti-WTO-Koordination</i></p>	<p>14 Kamerun: Die Versorgung mit Wasser in afrikanischen Dörfern <i>Hans Schär, Tropenagronom und Spezialist für ländliche Entwicklung</i></p>
<p>15 Israel/Palästina: Tiefe Bohrungen und hohe Mauern im Kampf um Wasser <i>Theo von Fellenberg, Ökonom und Menschenrechtsbeobachter</i></p>	<p>16 Senegal: Wasser heisst Leben, Wasser schafft Konflikte <i>Heidi Keita, Programmbeauftragte HEKS</i></p>

Die beiden Ateliers Nr. 2 und Nr. 12 „Wer trägt Wasser – und wer die Konsequenzen seiner Privatisierung? Frauen- und Südblicke mit Shiny Varghese und „Water Business aus der Sicht einer Abwasserbehandlungsanlage“ mit Beat Amman und Fritz von Gunten kamen wegen Absage der Referentin und zu wenig Anmeldungen nicht zustande.

BEGRÜSSUNG

Susanne Schneeberger Geisler, Fachstelle OeME

Liebe Anwesende
Liebe Frauen und Männer

Es freut mich sehr, Sie zur OeME-Herbsttagung zum Thema Wasser begrüßen zu dürfen.

Wasser ist eine existentielle Lebensgrundlage für alle Menschen. Jeder Mensch braucht jeden Tag mehrere Liter Wasser, damit er leben kann. Und doch haben weltweit 1,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Sie sind gezwungen, in ihrem Alltag verschmutztes Wasser zu benutzen. Die Folgen sind Krankheiten, welche vor allem für kleine Kinder oft tödlich enden. Allein in Indien starben 1999 über 2 Millionen Kinder an den Folgen des Konsums von verschmutztem Wasser.

Deshalb wird der Zugang zu Wasser von vielen SpezialistInnen als Menschenrecht bezeichnet, das allen Menschen unabhängig von ihren finanziellen Mitteln zustehen muss. Diese Forderung steckt auch im Titel der heutigen Tagung, nämlich: „Wasser für alle“.

Doch wie soll der Zugang zum Wasser für alle ermöglicht werden? Denn es liegt auf der Hand, dass der Aufbau und Unterhalt von Wasserversorgungssystemen oder die Bearbeitung von verschmutztem Wasser viel Geld kostet, Geld, das in armen Ländern nicht vorhanden zu sein scheint oder zum Beispiel durch Schuldendienst gebunden ist. Deshalb drängt sich die Frage auf, ob in diesem Zusammenhang Privatisierungen in gewissen Bereichen Abhilfe schaffen und damit zur Entwicklung beitragen können. Doch dort, wo privatisiert wird, muss ein Gewinn erwirtschaftet werden, Investitionen müssen sich lohnen und irgend jemand muss dafür bezahlen...!

An vielen Orten ist die Frage noch grundsätzlicher, es geht nicht um technische Anlagen, sondern um die Privatisierung vom Wasser selbst. Quellen werden von Konzernen aufgekauft, Wasser wird weit transportiert, verändert und verkauft. Der Kampf um Marktanteile, Verkaufszahlen und Gewinne ist längst im Gang. Wasser wird so zu einem wirtschaftlichen Gut, das global vermarktet wird, wie Kleider, Computer und Autos – alleine mit dem Unterschied, dass wir auf Wasser nicht verzichten können.

So kommen Fragen von Entwicklungszusammenarbeit und von wirtschaftlicher Globalisierung zusammen, denn es geht letztlich um die Privatisierung und Ökonomisierung des wichtigen Lebensgutes Wasser. Es geht um Gewinn und Geschäft und zwar weltweit.

Doch das kann und darf nicht alles sein. Wir stellen hier als Kirche auch die Frage nach der Gerechtigkeit, nach einer weltweiten Gerechtigkeit. Wie kann sie in diesem Wassergeschäft mitgedacht, eingefordert und nachhaltig mitgestaltet werden?

Das soll Thema der Tagung sein.

Dabei knüpfen wir daran an, dass sich die Reformierten Kirchen Bern–Jura–Solethurn schon längere Zeit mit der Globalisierung auseinander setzen, wo Fragen von Wirtschaft und Gerechtigkeit zusammenkommen und dabei unsere christlich biblische Tradition und die daraus entstandenen ethischen Grundlagen unsere Orientierungspunkte bilden. Dabei suchen wir nach Möglichkeit mit anderen Bewegungen zusammen alternative, gerechtere Formen von Globalisierung auszumachen, zu unterstützen und zu fördern. Wir nennen dies Globalisierung von Gerechtigkeit.

Dabei sind wir als Kirche auch Teil einer ökumenischen Bewegung und eines weltweiten Prozesses, an dem sich Menschen verschiedenster Weltregionen beteiligen. Im kommenden Sommer wird auf reformierter Seite an der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes RWB in Accra ein Zwischenhalt in diesem Prozess eingelegt. Gemeinsam geben sich die reformierten Kirchen Rechenschaft, welche Position sie gegenüber der Entwicklung der ökonomischen Globalisierung einnehmen wollen und können. Dass hier die südlichen Kirchen die Frage nach Gerechtigkeit eindringlich stellen werden und uns herausfordern, konkret Verantwortung zu übernehmen, ist klar. Diese Tagung soll auch ein Schritt auf diesem Weg sein.

Doch es gibt noch eine weitere bedeutsame Ebene. Gerade weil Wasser ein Lebensmittel, also ein Mittel zum Leben ist, geht seine Bedeutung tiefer. Wasser ist ein Geschenk der Natur, der Schöpfung, an jeden einzelnen Menschen. Wir alle wissen, wie kühles Wasser uns erfrischen und beleben kann, körperlich, aber auch seelisch. Deshalb wird auch in der Bibel Gott oft mit dem Bild einer Quelle beschrieben, Quelle des Lebens, Quelle der Kraft. An diese Quelle können wir uns erinnern, wann immer wir uns selber durch Wasser erfrischen.

Jesus Christus selber ist soweit gegangen, sich selber als Lebensmittel als Wasser zu bezeichnen, indem er sagte: „Wer aber von dem Wasser trinkt, das ich ihm geben werde, wird niemals mehr Durst haben, vielmehr wird das Wasser, das ich ihm gebe, in ihm zur sprudelnden Quelle werden, deren Wasser ewiges Leben schenkt“ (Joh.4.14). Da nimmt Jesus nicht unbescheiden die existentielle Bedeutung des Wassers auf und überträgt sie auf sich und auf den Glauben an Gott. Und zwar an den Gott, der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, der das gute Leben will für alle Menschen, für Kinder, Frauen und Männer. Er fordert uns auf, die Gerechtigkeit anzumahnen, auf allen Ebenen des Lebens, auch in Fragen von Entwicklung und Wirtschaft. Das ist die Basis unseres Nachdenkens, auch an der heutigen Tagung.

I. BEITRÄGE DER REFERENT/INNEN

WASSER UND DIE GLOBALISIERUNG DER GERECHTIGKEIT

Rosmarie Bär, Koordinatorin für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, HEKS

Wer sich über die Zukunft der Menschheit Gedanken macht, kommt am Wasser nicht vorbei. Wasser ist zu einer Schicksalsfrage geworden. „Die globale Wasserkrise ist zur grossen Herausforderung für die internationale Gemeinschaft geworden“, mahnte Generalsekretär Kofi Annan, als die UN-Generalversammlung das Jahr 2003 zum internationalen Jahr des Süsswassers erklärte. Die UN-Umweltbehörde UNEP doppelte nach: „Die Süsswasserkrise hat die gleichen Dimensionen und das gleiche Bedrohungspotential wie die Klimaveränderung.“

Wer vom Wasser spricht, muss über Politik sprechen. Aber nicht „bloss“ über die klassische Entwicklungspolitik. Wasserpolitik ist ebenso sehr verknüpft mit Boden- und Landwirtschaftspolitik, Handels- und Wirtschaftspolitik, mit Umweltpolitik, Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungspolitik. Vor allem aber ist Wasserpolitik Menschenrechts- und Friedenspolitik. Nichts hat die Geschichte der menschlichen Zivilisation und ihrer Kulturen so geprägt, wie der Umgang mit dem Wasser, seine Verteilung und seine Nutzung.

Damit sei gleich zu Beginn klar gemacht: Die Wasserkrise ist nicht in erster Linie eine Aufgabe für Planer und Ingenieure. Ihr kann nicht einfach mit technischen Massnahmen, mit mehr Effizienz und mit Kapazitätserweiterung begegnet werden. Es braucht das Primat der Politik. Es braucht, was heute mit guter Regierungsführung (Good Governance) umschrieben wird. Gute Regierungsführung bedarf zwingend rechtlicher Grundlagen, die sich auf global geltende Menschenrechte stützen. Und allem voran braucht es den politischen Willen zum Handeln. Der Kampf um eine nachhaltige Wasserpolitik ist ein Kampf um gesellschaftliche Veränderungen, um ökonomische Entwicklung und um soziale Gerechtigkeit.

Es ist nicht Zufall, dass die UNO das internationale Jahr des Wassers unter die Obhut der UNESCO gestellt hat, der Spezialorganisation für Kultur und Bildung. Die UNESCO definiert klar, als was das Wasser anzusehen ist: „Diese kostbare Ressource ist als ein Schatz der Natur und Teil des Kulturerbes der Menschheit anzusehen“. Im April dieses Jahres hat die UNESCO erstmals einen umfassenden Weltwasserbericht mit dem Titel „Water for People – Water for Life“ veröffentlicht. Darin wird deutlich benannt, wo die Hauptursache der Krise liegt: „Angesichts der Untätigkeit der Politik wird in zahlreichen Regionen der Welt das Wasser in bisher ungeahntem Ausmass knapp.“

Wie richtig diese Feststellung ist, zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wenn wir uns in Erinnerung rufen, was die Staatengemeinschaft an der ersten grossen UNO-Wasserkonferenz im Jahre 1977 in Mar del Plata festgehalten hat:

„Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Trinkwasser in ausreichender Qualität und Quantität für seine Bedürfnisse.“ Es folgte das Versprechen, „dass bis zum Jahre 2000 alle Menschen auf dieser Erde Zugang zu sauberem Trinkwasser haben“.

Die Realität sieht anders aus. Die globalen Wasservorräte werden je länger desto knapper. Die Zahl der Länder mit gravierenden Wasserproblemen nimmt rasant zu. Ursache sind ein zunehmender Verbrauch, nicht zuletzt durch die Industrialisierung, durch den Tourismus, durch das Wachsen der Grossstädte und durch den Wandel der Lebensgewohnheiten. Ursache ist aber auch eine ungeheure Verschwendung. Hier ist vor allem die Landwirtschaft angesprochen. Weltweit gehen 70 Prozent des Wassers in die Landwirtschaft. Aber die Hälfte davon kommt nie bis zu den Pflanzen. In den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern schränken die zunehmende Verschmutzung das Wasser-Angebot zusätzlich ein. So werden weltweit bloss 5 Prozent aller Abwasser gereinigt. Ursache ist aber auch die zunehmende Umweltschädigung, allen voran die Klimaveränderung und die Abholzung der Wälder. Natürlich steigert auch das Wachsen der Weltbevölkerung den Bedarf an Wasser. Aber der Verbrauch ist von der Bevölkerungsentwicklung längst abgekoppelt.

Ein paar Zahlen sollen illustrieren, wie ungleich das Wasser weltweit verteilt ist und wie gewaltig die Unterschiede im Pro-Kopf-Verbrauch sind:

- 1.4 Mia Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Sie leben vorwiegend in Asien, Afrika und Lateinamerika. Und sie leben vorwiegend auf dem Lande.
- In der Schweiz steht Wasser für jede Nutzung im Überfluss zur Verfügung. Wir nennen unser Land denn auch stolz Wasserschloss Europas.
- Jede und jeder von uns verbraucht täglich 162 Liter Wasser (zu 26 Rp). Den Menschen südlich der Sahara dagegen stehen pro Tag für Waschen, Trinken, Kochen nicht einmal 20 Liter zur Verfügung. Das heisst bei uns zweimal WC-Spülen.
- In Südkalifornien mit seinen riesigen Gartenanlagen, Swimmingpools und Golfplätzen liegt der Tagesverbrauch bei 3000 Litern/Kopf. 50 Liter sind nach Weltgesundheitsorganisation der minimale Tagesbedarf eines Menschen, damit er ein einigermaßen würdiges Leben führen kann.
- 6000 Kinder sterben täglich an den Folgen von verschmutztem Wasser
- 80 Prozent aller Krankheiten in den Entwicklungsländern wird auf die Nutzung von verschmutztem Wasser und das Fehlen von hygienischen Einrichtungen zurückgeführt.
- 3 Mia Menschen verfügen über keine sanitären Einrichtungen.
- 840 Millionen Menschen haben Hunger und sind unterernährt. Wasser- und Brotmangel gehören zusammen. Das war von jeher so.

Gleichzeitig sind die öffentlichen Entwicklungsgelder in den letzten 10 Jahren – entgegen den Versprechen – stetig zurückgegangen.

Gleichzeitig wird in Europa und den USA jährlich mehr Geld für Hunde- und Katzenfutter ausgegeben, als nötig wäre, um allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen.

In Worten statt in Zahlen dargestellt, heisst das: Wo Wasser fehlt, nehmen Hunger, Armut, Elend und Krankheiten zu, breiten sich Wüsten aus. Menschen migrieren, Menschen müssen flüchten. Soziale Unruhen, Konflikte und Kriegsgefahr um die Wassernutzung verschärfen sich. *„Wo das Wasser endet, endet auch die Welt“*, sagt ein Sprichwort aus Usbekistan. UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat es auf den Nenner gebracht: *„Kein Wasser – keine Zukunft.“*

Die Staatengemeinschaft hat sich im Rahmen der UNO-Generalversammlung sogenannte Millenniumsziele gesetzt: Die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben und die Zahl derjenigen, die nicht über die einfachsten sanitären Einrichtungen verfügen, sollen halbiert werden bis ins Jahr 2015. Die grosse Frage ist, wie kommt die Menschheit aus dieser Krise heraus?

Geldmangel steht zuoberst auf der Argumentenliste der internationalen Staatengemeinschaft, weshalb Milliarden von Menschen weiterhin in unwürdigen Verhältnissen und ohne Wasser leben müssen. Bis zu 180 Mia US-Dollar jährlich brauche es, verkündete die Weltbank, um die Millenniumsziele im Wasserbereich zu erreichen. Das ist doppelt so viel, wie gegenwärtig eingesetzt wird. Diese Zahl wurde allerdings vom Vorsitzenden des Water Supply and Sanitation Collaborative Council (WSSCC) im letzten Frühling an der Jahreskonferenz der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) in New York vehement bestritten. Bei Verzicht auf „high-tech“ und „high-cost-projects“ könnten mit 10 Mia Dollar im Jahr Wasser und sanitäre Einrichtungen für alle bereitgestellt werden. Diese Differenz beim Geldbedarf ist mehr als ein Zahlenstreit. Sie widerspiegelt ein grundlegend anderes Menschen- und Weltbild. Plakativ (oder provokativ) zusammengefasst: Hier die Grossstaudämme mit den obligaten Zwangsumsiedlungen, da kleinräumige Bewässerungsanlagen für die Grundnahrungsmittel und selbstverwaltete Brunnen.

Das Geld liesse sich ohne weiteres beschaffen. Die Staaten und Entwicklungsorganisationen müssten sich nur an das halten, was sie 1995 am UN-Sozialgipfel in Kopenhagen unterschrieben haben: An die 20:20-Initiative. Diese Initiative besagt, dass die Industrieländer 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfe für die sozialen Grundbedürfnisse reservieren. Dazu gehören auch kostengünstige Trinkwasserversorgungen und Sanitäreanlagen. Im Gegenzug haben die Entwicklungsländer 20 Prozent ihres Haushaltes in diesen Bereich zu investieren. Diese zukunftsweisende Lösung wurde weltweit nirgends in die Tat umgesetzt. Das zeigt den herrschenden Zeitgeist mit aller Deutlichkeit. Die politischen Versprechen, die an den wichtigen UNO-Konferenzen in den 90er-Jahren abgegeben wurden, werden von den einzelnen Staaten kaum je eingelöst. Stattdessen ebnete die Politik via WTO-Verträge der wirtschaftlichen Globalisierung den Weg und öffnete Liberalisierung und Privatisierung Tür und Tor.

Die grundlegendste Verpflichtung, die im Rahmen der UNO von den einzelnen Staaten eingegangen wurde, ist der Schutz der Menschenrechte. Dazu gehört das Recht auf Wasser. Im

November 2002 wurde vom UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ECOSOC) ein allgemeiner Kommentar (15) zum Recht auf Wasser erlassen, der als Meilenstein angesehen werden kann: Der Ausschuss hält fest, dass das Recht auf Wasser notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung aller anderen Menschenrechte und für ein Leben in Würde sei. Wasser müsse als soziales und kulturelles Gut behandelt werden und nicht in erster Linie als Wirtschaftsgut. Der Ausschuss spricht sich deutlich gegen eine Kommerzialisierung und Ökonomisierung aus, durch die das Wasser zu einer gewöhnlichen Handelsware degradiert wird.

An dieser Grundsatzfrage scheiden sich die Geister. Ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Menschenrecht oder nur ein Bedürfnis? Ist Wasser ein öffentliches Gut der Menschheit, wie die Luft die wir atmen, oder ist es eine Handelsware, wie Büroklammern oder Papiertaschentücher? Soll aus der Quelle des Lebens eine Quelle des Profits werden? Anders gefragt: Wem gehört das Wasser? Wer ist verantwortlich, dass alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser erhalten? Das Gemeinwesen oder die Privatwirtschaft?

Diese Fragen stellen sich, seit Wasser in den Sog der weltweiten Liberalisierung geraten ist. Die Antreiber sind Weltbank und Internationaler Währungsfonds. Sie drängen arme und verschuldete Entwicklungsländer, ihre Armut mit Liberalisierung und Privatisierung des Service public zu bekämpfen. Dazu gehören neben Strom, Bildung und Gesundheitswesen auch die Wasserversorgungen. So musste z.B. Mozambique die Wasserversorgung in der Hauptstadt Maputo verkaufen, damit dem Land Schulden erlassen wurden. Ebenso erging es Kamerun, Tansania, Kenia und Ghana. Das sind wenige Beispiele. Ausnahmslos kommen dabei eine Handvoll multinationaler Wasserkonzerne aus Frankreich, Deutschland und den USA zum Zug. Sie teilen sich die Wasserwelt auf. Städte wie Manila, Karachi, Casablanca, Jakarta, Buenos Aires, Panama sind unter der Kontrolle von Vivendi, Suez Lyonnaise des Eaux aus Frankreich, des RWE Konzerns aus Essen (D) oder von Bechtel (USA).

Über die Lebensgrundlage Wasser entstehen eine neue Form von Kolonialismus und ein neues Machtgefälle. Kulturelle Vielfalt im Umgang mit Wasser und internationale Solidarität büßen an Stellenwert ein. Die demokratischen Mitentscheidungsrechte der lokalen Bevölkerung, Transparenz und Rechenschaftspflicht bleiben auf der Strecke. Anstelle einer Kultur des Teilens und Bewahrens tritt das Diktat der Gewinnmaximierung und der Kaufkraft. So wird z.B. in Paris am Hauptsitz von Suez entschieden, wer zu welchen Bedingungen und in welcher Qualität Wasser in Buenos Aires oder Manila bekommt. Im Rahmen der GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade in Services) der WTO verlangt die Europäische Union von 72 Entwicklungsländern die Öffnung der einheimischen Wasserversorgung für ausländische Anbieter. Die EU gibt damit dem Druck ihrer internationalen Wasserkonzerne nach, die ihre Geschäfte ausweiten wollen.

Das Interesse der multinationalen Konzerne gilt den städtischen Leitungsnetzen, dort wo eine genügende Anzahl zahlungskräftiger Kunden ist. Oft werden die Wasserpreise so stark erhöht, dass sich die ärmeren Bevölkerungsschichten kein Wasser mehr leisten können und wieder auf verschmutztes Flusswasser zurückgreifen. So geschehen in Südafrika, wo als Folge eine Choleraepidemie ausgebrochen ist. Die Menschen auf dem Lande, die ohne Zugang zu Wasser sind, bleiben es weiterhin, ebenso die Menschen in den Slums der Gross-

städte. Dem Millenniumsziel der UNO, mehr Menschen mit dem Grundbedarf an Wasser zu versorgen, kommt man keinen Eimer und keinen Wasserhahn näher.

Die Wasserkrise ist längst zu einem Geschäft geworden. Wie munter die Profite sprudeln, zeigt sich daran, dass die Banken für ihre Kundschaft vermehrt Wasserfonds anbieten. „Blaues Gold“, wird das Wasser bei ihnen genannt. Als erste war die Genfer Bank Pictet auf dem Markt. Sie lancierte vor drei Jahren ihren Wasserfonds und versicherte ihrer Kundschaft, dass „die steigende Nachfrage nach Wasser eine überdurchschnittliche Entwicklung in diesem Sektor erwarten lasse“.

Aber auch das Geschäft mit Mineralwasser boomt und profitiert von der Wasserkrise. Nestlé, Nummer eins im Mineralwassermarkt, reagiert auf den Mangel an sauberem Trinkwasser mit der Lancierung des Flaschenwassers mit dem Namen „Pure Life“. Es wurde bereits in 12 Entwicklungs- und Schwellenländern erfolgreich auf den Markt gebracht. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung kann sich in diesen Ländern Flaschenwasser leisten. Trotzdem herrscht auch bei anderen grossen Anbietern wie Danone und Coca-Cola so etwas wie Goldgräberstimmung. Sie kaufen Quellen und Wasserrechte in den Entwicklungsländern auf, um sich an der Wasserkrise eine goldene Nase zu verdienen

Um die Wasserkrise zu überwinden, braucht es einen anderen Lösungsansatz. Er heisst Nachhaltigkeit. *„Zukunftsfähig ist nur eine gerechte und faire Verteilung des Wassers zwischen den verschiedenen Nutzergruppen, zwischen verschiedenen Staaten, zwischen Mensch und Natur.“* Diesen wegweisenden Grundsatz hielt die Staatengemeinschaft 1992 am Erdgipfel von Rio fest.

Mit anderen Worten: Wasser muss ein öffentliches Gut bleiben, wie die Luft, die wir atmen, denn beides kann durch nichts anderes ersetzt werden. Deshalb braucht Wasser heute auf globaler Ebene den Schutz des Völkerrechtes. Hier besteht eine grosse Lücke. Das internationale Recht muss für alle Menschen auf dieser Welt verbindlich den Grundbedarf an Wasser, den Zugang zu sauberem Trinkwasser, die gerechte Verteilung und den Schutz vor Verschmutzung sicherstellen. Auch lokale traditionelle Kultur- und Wasserrechte der Menschen benötigen die Schirmherrschaft des Völkerrechtes. Das Klima ist als ein „gemeinsames Gut der Menschheit“ in der Klimakonvention verankert. Genau gleich muss Wasser durch eine völkerrechtliche Konvention, eine Wasserkonvention, geschützt werden.

Sauberes Trinkwasser gehört zur menschlichen Existenzsicherung. Und diese gehört zu den Kernaufgaben staatlicher Tätigkeit. Nur die öffentliche Hand kann eine solidarische Verteilung gewährleisten, ebenso wie eine demokratische Mitsprache und Kontrolle der Bevölkerung und eine dezentrale Versorgungssicherheit. Es ist Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit, die Staaten, die alleine nicht in der Lage sind, bei der Umsetzung ihrer Pflichten zu unterstützen.

Als Wasserschloss Europas hat die Schweiz eine besondere Verpflichtung, wenn es um den Schutz des Wassers geht. Dies wurde zum Abschluss des internationalen Wasserjahres von der Deza, dem Buwal und dem Bundesamt für Wasser und Geologie nochmals unterstrichen. Deshalb muss sich die Schweiz auf internationaler Ebene für eine Wasserkonvention stark machen.

Wir als Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen (NGO), zu denen auch die Kirchen gehören, haben die Aufgabe, unsere Regierungen darauf zu verpflichten, sich auf internationaler Ebene für eine Wasserkonvention einzusetzen.

Wasser als Grundlage allen Lebens verlangt nach einer Ethik des Handelns. Diese muss geprägt sein von den Grundsätzen der Vorsorge und der Rücksicht und vom Gedanken der Gerechtigkeit und der Solidarität. Es ist das Wasser selber, das uns diese Ethik lehrt. Die folgende Geschichte soll dies illustrieren:

Einen Weisen im alten China fragten einmal seine Schüler: „Du stehst nun schon lange vor diesem Fluss und schaust ins Wasser. Was siehst du denn da?“

Der Weise gab keine Antwort. Er wandte den Blick nicht ab von dem unablässig strömenden Wasser. Endlich sprach er:

„Das Wasser lehrt uns, wie wir leben sollen.

Wohin es fließt, bringt es Leben und teilt sich aus an alle, die seiner bedürfen. Es ist gütig und freigebig.

Die Unebenheiten des Geländes versteht es auszugleichen. Es ist gerecht.

Ohne zu zögern in seinem Lauf, stürzt es sich über Steilwände in die Tiefe. Es ist mutig.

Seine Oberfläche ist glatt und ebenmässig, aber es kann verborgene Tiefen bilden. Es ist weise.

Felsen, die ihm im Lauf entgegenstehen, umfließt es. Es ist verträglich.

Aber seine sanfte Kraft ist Tag und Nacht am Werk, das Hindernis zu beseitigen. Es ist ausdauernd.

Wie viele Windungen es auch auf sich nehmen muss, niemals verliert es die Richtung zu seinem ewigen Ziel, dem Meer, aus dem Auge. Es ist zielbewusst.

Und sooft es auch verunreinigt wird, bemüht es sich doch unablässig, wieder rein zu werden. Es hat die Kraft, sich immer wieder zu erneuern.

Das alles ist es, warum ich auf das Wasser schaue. Es lehrt mich das rechte Leben.“

In meinen Worten ausgedrückt: Auf diese Weise wird Wasserpolitik zu dem, was sie sein muss: Menschenrechts- und Friedenspolitik.

SÃO LOURENÇO KÄMPFT UM SEINEN WASSERPARK

Franklin Frederick, Wasser-Bürgerbewegung, Brasilien

Die Quellen in den Wasserparks im brasilianischen Minas Gerais sind ein Wunder der Natur. Doch geschäftstüchtige Konzerne kümmert das wenig – ein Beispiel ist Nestlé in São Lourenço. Ein Kritiker der vordersten Front berichtet.

São Lourenço ist eine von vier Kleinstädten in der unter dem Namen „Circuito das Aguas“ bekannten Region. Im Süden des Bundesstaates Minas Gerais gelegen, ist sie rund 300 km von den drei grössten Städten Brasiliens – São Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte – entfernt.

Die Geschichte vom „Circuito das Aguas“ hat ihren Ursprung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als dort zahlreiche Mineralwasserquellen entdeckt wurden. Bald stellte sich heraus, dass dieses Wasser mit dem besonderen, kräftigen Geschmack auch spezielle medizinische Qualitäten aufweist: Zum Beispiel verschafft es Linderung bei Magenproblemen oder Hautkrankheiten. Schon um 1920 war die Region berühmt für ihr heilendes Wasser und die erwähnten Kleinstädte entwickelten sich in den Gebieten, in denen solche Mineralquellen besonders häufig vorkamen, den so genannten Wasserparks. Ursprünglich waren diese in Privatbesitz, bevor sie um 1930 herum der Staat Minas Gerais erwarb. Nur São Lourenço blieb in privater Hand und wurde 1950 von der Perrier-Vitel-Gruppe gekauft, welche in der Folge das berühmte São Lourenço Mineralwasser in Flaschen abfüllte und in ganz Brasilien vertrieb.

Umweltverträglichkeit ist kein Thema

Mit der Übernahme der Perrier-Vitel-Gruppe wurde der Nestlé-Konzern auch Eigentümer des Wasserparks und seiner Quellen. Nestlé errichtete eine riesige Industrieanlage, um die Pump- und Abfüllkapazitäten zu erhöhen – und dies ohne die gesetzlich vorgeschriebene Lizenz und ohne jede vorgängige Studie zur Umweltverträglichkeit. Diese neue Anlage zerstörte einen grossen Teil des Parks, ihr fiel auch der Oriente Brunnen, die älteste Brunnenanlage von São Lourenço zum Opfer.

Im Jahr 2000 gab Nestlé eine geologische Studie in Auftrag, entsprechend dem brasilianischen Bundesgesetz über die Ausbeutung mineralischer Wasserquellen. Diese Studie kam zum Schluss, dass ausgerechnet das Gebiet, auf welchem die neue Industrieanlage erstellt wurde, besonders verletzlich und mit hohen ökologischen Risiken behaftet ist. Deshalb dürfen dort weder Gebäude noch Fahrzeuge zugelassen werden. Nichtsdestotrotz hat Nestlé ausgerechnet auf diesem fragilen und mit Beschränkungen belegten Areal ihre neue Abfüllanlage hingestellt und um einen Hof zum Beladen der schweren Lastwagen sowie

einen Parkplatz erweitert. Damit nicht genug: An gleicher Stelle ist auch ein Klär tank und eine Anlage für die Verarbeitung von Industrierückständen in Gebrauch.

1999, nach anhaltenden schweren Regenfällen, wurde São Lourenço überschwemmt und die alte Abfüllanlage von Perrier-Vitel beschädigt. Um weiteren Schaden zu vermeiden, zäunte Nestlé den neuen Komplex ein – mit einer massiven, 340 m langen Mauer, bestehend aus 740 Betonplatten von je 2,8 Tonnen. Diese Platten wurden bis zu einer Tiefe von 7 Metern in den Boden gerammt – ein Vorgehen, welches die Vorschriften des Umweltgesetzes verletzt und einmal mehr die Ergebnisse der von Nestlé selbst in Auftrag gegebenen Studie ignoriert.

Die Nestlé-Anlage im Innern des Parks produziert sogenannt reines Tafelwasser unter dem Label „Pure Life“. Man macht also aus Mineralwasser, welches sich in hunderten von Jahren angereichert hat, „gewöhnliches Wasser“, indem man dem natürlichen Wasser die Mineralien entzieht und die Zusammensetzung des für seine medizinische Qualität berühmten Wassers verändert! Die riesigen Wassermengen, die abgepumpt werden, um den Bedarf des Unternehmens zu decken, führen zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels; das reduziert den natürlichen Fluss des Wassers und begünstigt dessen Entmineralisierung. Eine der Quellen trocknete sogar völlig aus, bei den übrigen lässt sich eine beträchtliche Veränderung des Wassergeschmacks feststellen – denn die Natur schafft es nicht, Wasser so rasch mit Mineralstoffen anzureichern, wie Nestlé es abpumpt.

Eine Bürgerbewegung tritt auf den Plan

Um den Wasserpark und seine Quellen zu schützen und die Öffentlichkeit auf die dramatische Situation aufmerksam zu machen, haben Einwohner von São Lourenço die Bürgerbewegung für Wasser gegründet. Sie sammelte 3000 Unterschriften zugunsten ihrer Initiative und deponierte sie beim Ministério Público Federal (Bürgerministerium ist eine Art Ombudsstelle auf Ministeriumsstufe mit weitreichenden Kompetenzen). Dieses unternahm eine sorgfältige, rund ein Jahr dauernde Prüfung der ganzen Angelegenheit und schaltete schliesslich die Gerichte ein. Die Abgeordnetenkammer von Minas Gerais schuf eine Kommission, um den Fall zu untersuchen.

Am 30. April 2003 fand im Stadthaus von São Lourenço eine öffentliche Versammlung statt. Unter anderen Persönlichkeiten waren der Bundes-Vizeminister für Wasserressourcen, der Direktor des Bundesministeriums für Mineralien-Produktion, der juristische Vertreter des Bürger-Ministeriums sowie fünf Parlamentsabgeordnete von Minas Gerais anwesend. Obwohl es sich um eine sehr bedeutende Zusammenkunft handelte, war in den wichtigsten brasilianischen Zeitungen kaum etwas darüber zu lesen.

Die Bürgerbewegung für Wasser hofft, dass die neue Landesregierung entschiedener gegen die Zerstörung im Wasserpark São Lourenço vorgeht. Aber wir alle wissen, dass die rechtlichen Schritte gegen Nestlé im Hin und Her zwischen den Gerichten Jahre in Anspruch nehmen können – viel länger, als der Wasserpark das verträgt. Die Natur hat Millionen von Jahren gebraucht, um dieses Wunder zu schaffen, Nestlé kann es innerhalb weniger Jahre zerstören – ein grosser Teil des bereits angerichteten Schadens ist vielleicht schon irrepa-

rael. Das Ministério Público ist nun mit dem Ersuchen an das Zentrum für Hydrogeologie der Universität Neuchâtel gelangt, sich an einer Studie zur Überprüfung der Umweltverträglichkeit im Fall des Wasserparks von São Lourenço zu beteiligen. Denn technische Beweise im Zusammenhang mit den Schäden sind von grösster Bedeutung für den weiteren Verlauf dieses ganzen Prozesses. Und von noch grösserem Gewicht ist es, der Öffentlichkeit in der Schweiz und in anderen Ländern bewusst zu machen, wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger von São Lourenço in ihrem Bemühen zu unterstützen, die Zerstörung ihres Wasserparks zu stoppen, solange dazu noch Zeit ist.

Beispiel Nestlé

Der Fall Nestlé ist ein starkes und symbolisches Beispiel einer umfassenderen schlechten und gefährlichen Entwicklung, die bereits in vielen Ländern abläuft – die Privatisierung der Wasserquellen durch mächtige transnationale Konzerne. Diese Konzerne gewinnen die Kontrolle über viele Wasserressourcen dieser Erde, indem sie Wasserquellen privatisieren, um damit den Markt für in Flaschen abgefülltes Wasser zu speisen. In Ländern wie Brasilien stellt diese Entwicklung eine Quelle grosser sozialer Konflikte dar, da die armen Leute nicht für abgefülltes Wasser zu bezahlen imstande sind. Darüber hinaus wird damit aber eine Grundfrage angesprochen: Wasser muss als ein MENSCHENRECHT gelten und nicht als eine Ware.

Die Wasserprivatisierung wird durch die Weltbank, den IWF und andere Finanzinstitutionen gestützt, welche sie als Bedingung für Darlehen und Investitionen verlangt. Die Privatisierungswelle ist zu stark, als dass sie alleine durch die sozialen Bewegungen gebrochen werden könnte. Ich bin der Ansicht, dass die Neubewertung des Wassers über seinen rein ökonomischen Wert hinaus die einzige Möglichkeit darstellt, eine neue soziale Vision des Wassers zu gewinnen. Als Gesellschaft müssen wir die HEILIGKEIT des Wassers wiederentdecken und in diesem Geist eine internationale Bewegung schaffen, der es gelingt, Wasser als MENSCHENRECHT zu erhalten.

Alle alten Kulturen der Welt und alle heiligen Bücher, die wir kennen, inklusive die Bibel, halten fest, dass Wasser heilig ist und als solches von allen Menschen geschützt und respektiert werden muss. Nur indem wir die heilige Dimension des Wassers betonen, haben wir als Gesellschaft die Möglichkeit, uns der Verwandlung von Wasser – durch Privatisierung – in eine reine Ware zu widersetzen. Und durch die Heiligkeit des Wassers können wir die Heiligkeit des Lebens zurückgewinnen und in uns selber mehr erkennen als blosser Konsumenten, welche ökonomische Werte immer mehr als die einzig Ausschlag gebenden zu sehen haben.

Wenn Wasser als ein Menschenrecht respektiert wird, bereitet es den sichersten Weg zur menschlichen Zusammenarbeit und Solidarität unter den Nationen und Individuen. Wenn es zu einer reinen Ware verwandelt wird, wird sein Wesen missachtet, was zu mehr und mehr Konflikten führen wird. Es ist an uns zu entscheiden, welchen Weg wir wählen wollen.

Unter Verwendung des Artikels aus: „Partnerschaft“/Helvetas: Dossier „Wasser gehört allen!“ Nr. 137, August 2003

Franklin Frederick studierte Literatur und Psychologie an der Staatlichen Universität von Rio de Janeiro und befasst sich beruflich seit einiger Zeit mit Wasser- und Umweltfragen. Unter anderem berät er die Bürgerbewegung für Wasser in São Lourenço.

Aus dem Englischen von Anna Stolz.

NACHTRAG: NESTLÉ GIBT AUF

Nach vierjährigem Kampf gegen die Nestlé-Wasserfabrik im brasilianischen São Lourenço haben die UmweltaktivistInnen gewonnen. Nestlé hat beschlossen, nicht weiter Wasser abzupumpen. Diese überraschende Mitteilung machte Nestlé-Chef Peter Brabeck am 22. Januar 2004 am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos. In einer öffentlichen Veranstaltung am Open Forum war er vom brasilianischen Umweltaktivisten Franklin Frederick auf die Nestlé-Aktivitäten in São Lourenço angesprochen worden. Das Wasserabpumpen habe verschiedene Quellen in der Umgebung zum Versiegen gebracht. Ausserdem sei es nach brasilianischem Gesetz nicht erlaubt, Mineralwasser zu entmineralisieren. Brabecks Ankündigung wurde gleichentags durch eine Mitteilung der brasilianischen Behörden bestätigt. Auch die Justiz des Landes hatte sich mit dem Fall beschäftigt. Franklin Frederick fordert jetzt, dass Nestlé für die Schäden, welche in São Lourenço entstanden sind, Entschädigungsleistungen bezahlen müsse. Nestlé-Sprecher François-Xavier Perroud nennt dagegen den jetzigen Rückzug eine „Reorganisation der Geschäftsaktivitäten“. Mit Druck von aussen habe die noch dieses Jahr stattfindende Fabrikschliessung nichts zu tun. Dementsprechend will man auch von Entschädigungszahlungen nichts wissen. Nestlé füllt seit fünf Jahren in verschiedenen Schwellen- und Entwicklungsländern sauberes Trinkwasser in Flaschen ab und verkauft dies unter dem Label Pure Life.

WoZ 29. Januar 2004

JENSEITS VON PRIVATISIERUNGSPOLITIK: PERSPEKTIVEN GESELLSCHAFTLICHER ANEIGNUNG

Alessandro Pelizzari, Soziologe Uni Fribourg und Sekretär attac Schweiz

Öffentliches Eigentum gilt heute prinzipiell als „illegitim, gemeinwohlschädlich und ineffektiv“ (Zeuner 1999, 285), und die „Vermarktwirtschaftlichung“ drängt, wie Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf festhalten, „nicht nur in noch nicht erfasste geographische Räume, sondern auch nach innen, in die Refugien des gesellschaftlichen Lebens“ (Altvater, Mahnkopf 1996, 114). Die expansive, auf die Durchkapitalisierung weiter Gesellschaftsbereiche angelegte Tendenz neoliberaler Vergesellschaftung, die sich speziell in den Privatisierungspolitiken äussert, wird heute durch EU- und WTO-Auflagen auch zwangsweise gegenüber den Nationalstaaten durchgesetzt und beinhaltet inzwischen die Kommodifizierung aller drei von Marx genannten Produktionsbedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses (vgl. Raza 2001): der allgemeinen (staatliche Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen), der persönlichen (soziale Reproduktion) und der externen (natürliche Umwelt). Diese Bedingungen werden sukzessive liberalisiert und privatisiert, und damit den Verwertungsinteressen des privaten Kapitals unterworfen. Mehr denn je zuvor nimmt der kapitalistische Akkumulationsprozess heute die Form einer globalen Enteignungsökonomie an.

Dieser Entwicklung wurde kaum Kritik von links entgegengehalten, und dies obwohl das öffentliche Eigentum zu den klassischen Forderungen der Arbeiterbewegung gehörte. Im Gegenteil, die europäische Sozialdemokratie und in weiten Teilen auch die Gewerkschaftsbewegung sind inzwischen auf die Prämissen der Privatisierungspolitik eingestiegen. Mindestens drei Gründe rechtfertigen es indessen heute, offensiv die Frage der *gesellschaftlichen Aneignung* gegen die Entfaltung der globalen Enteignungsökonomie erneut ins Feld zu führen (vgl. Fondation Copernic 2002): Die negative Bilanz der Privatisierungen der letzten Jahrzehnte; die aus demokratischer Perspektive höchst problematische Konzentration des Kapitals, insbesondere in Bereichen von allgemeinem gesellschaftlichem Interesse; das Wiederaufleben einer internationalen Bewegung, die unter dem Motto „Die Welt ist keine Ware“ die umfassende Kritik gegen die zunehmende Vermarktwirtschaftlichung der Lebenswelten und die konkrete Macht der transnationalen Unternehmen artikuliert.

1. „Besser, billiger, bürgernäher?“

Eine vorläufige Bilanz der Privatisierungspolitik und der weitreichenden sozio-ökonomischen Auswirkungen, die die Änderung der Eigentumsverhältnisse begleiten, lässt darüber wenig Zweifel, dass kaum eines der mit der Privatisierung verbundenen Versprechen eingehalten worden ist: Der Imperativ des Profits drängt dazu, die kaufkräftige Nachfrage gegenüber den Rechtsansprüchen zu privilegieren, ohne dass die öffentlichen Dienstleistungen dabei „besser, billiger, bürgernäher“ geworden wären, wie ein Schweizer Privatisierungsmanifest in den 80er Jahren im Titel versprach. Durch Privatisierungen und Liberalisierungen ändert sich der Charakter der Aufgabenerfüllung erheblich, denn die ehemals öffentlichen Dienste sind

nunmehr rechtlich dazu verpflichtet, in Konkurrenz zu neuen Anbietern den Profit zu mehren, also Preise bis an die Zumutbarkeitsgrenze anzuheben, unrentable Angebote, die sozial aber erwünscht sein können, zu streichen, dem Unternehmen Konkurrenz Nachteile, die durch Einhaltung gemeinwohlorientierter oder ökologischer Vorgaben entstehen könnten, zu ersparen usw. Um die Produktionskosten zu senken, wird Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen gemacht und die Investitionen werden auf unmittelbar rentable Bereiche gelenkt, was zur Vernachlässigung der Infrastruktureinrichtungen führt. Wie die milliarden schwere Refinanzierung der maroden englischen Bahninfrastruktur durch die sozialliberale Regierung Tony Blairs zeigt, erweist sich nicht einmal das Argument der Sanierung öffentlicher Finanzen durch Privatisierungen als stichhaltig.

Dass durch die Privatisierungspolitik ganze Bevölkerungsteile, die über wenig Kaufkraft verfügen, von grundlegenden Bedürfnissen ausgeschlossen werden, ist nur eine Seite. Die andere ist, dass dadurch ein neues Staatsmodell entsteht, welches grundsätzlich auf der Wegnahme demokratischer Mitspracherechte beruht. Für Joachim Hirsch, der in diesem Zusammenhang den Begriff des „nationalen Wettbewerbsstaates“ geprägt hat, beruht seine Funktionslogik „in der alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von „Standorten“ für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist“ (Hirsch 1995, 109). Die profitorientierte, private Warenproduktion bestimmt mehr und mehr die entsprechenden Staatstätigkeiten, und die Verwaltung wird zunehmend an eine unpolitische Legitimationsquelle gebunden: Leistungsabbau, Qualitätseinschränkungen und Preiserhöhungen werden so über die Anonymität des Marktes „entpolitisiert“.

In der Tat gehört zu den auffälligsten Zügen der jetzigen Entwicklungen die enorme Konzentration von Macht und Ressourcen in den Händen transnationaler Unternehmen. In einem rasanten Tempo bringen sie einen wachsenden Anteil der globalen Wirtschaft unter ihre Kontrolle. Nach Angaben der OECD wurden im Jahr 1997 mehr als 150 Milliarden US-Dollar an Vermögenswerten aus dem öffentlichen in den Privatsektor transferiert – 50 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Wahl 2002, 33). Einige besonders expansive Konzerne, darunter mehrere europäische, haben sich darauf spezialisiert, ihr Wachstum auf die Übernahme öffentlicher Dienste zu gründen. Die Entwicklung im Telekommunikationsbereich zeigt es: Zwar wurden auf nationaler Ebene staatliche Monopole abgeschafft. Aber bereits vollzieht sich eine zunehmende Konzentration auf internationaler Ebene. Der Kampf ums Wasser zwischen RWE, E.ON, Vivendi und anderer Konzerne spielt sich ebenfalls bereits auf globaler Ebene ab. Zentrale Infrastruktureinrichtungen werden damit jeglicher öffentlichen und parlamentarischer Kontrolle entzogen. Der weltweite Konkurrenzkampf um die profitablen Bereiche hat bislang unerreichte Ausmasse erreicht: „Die für den Fordismus charakteristischen nationalen Oligopole werden durch die verstärkte transnationale Konkurrenz aufgebrochen, gleichzeitig bilden sich durch die zahlreichen Fusionen und Übernahmen neue, globale Oligopole heraus“ (Sablowski 2001, 876f.).

Privatisierungspolitik führt also nicht nur zur Enteignung öffentlichen Eigentums, sondern auch zu dessen Herauslösung aus einem kollektiven politischen Zusammenhang und also zu einer spezifischen Entpolitisierung der Politik. Der politische Raum und die Unterordnung breiter Lebensbereiche unter demokratische Verfahren der kollektiven Willensbildung werden so deutlich restringiert (vgl. Pelizzari 2002). Die Bedeutung dieser Entwicklung kann nicht genug unterstrichen werden: Aus dem Bürger als Träger sozialer Rechte wird ein individualisierter Käufer von Gütern und Dienstleistungen auf verschiedenen Märkten.

2. Die Politik der „leeren Staatskassen“

Die historische Tragweite dieser Zäsur kann daran deutlich gemacht werden, dass die Herausbildung dessen, was in der französischen Tradition als *Service Public* definiert wird und seine rechtliche Verankerung in den Prinzipien der Rechtssicherheit, der Gleichbehandlung und der Unentgeltlichkeit (im Sinne einer sozialisierten Finanzierung) fand, insbesondere in der regulationstheoretischen Literatur „als Verhaltensmodell und zentrales Bezugssystem der Nachkriegszeit“ (Chambat 1990, 631) galt. Tatsächlich hängt die Frage, welche Aufgaben öffentlich organisiert werden, jeweils davon ab, welche Bedürfnisse in Form von Forderungen von Einzelnen und Gruppen artikuliert sind und für oder gegen welche dieser Bedürfnisse und deren Befriedigung sich Allianzen in der Gesellschaft zusammenbringen lassen. Ob es etwa einen staatlichen Gesundheitsdienst oder ein für alle zugängliches Bildungssystem gibt, hängt damit eng mit einer Variablen zusammen: der Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse.

Öffentliche Dienste waren somit Teil jener Institutionen, für die namentlich die aus der Tradition der Arbeiterbewegung stammenden gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gut ein Jahrhundert lang gekämpft haben und ein Bürgerschaftsrecht auf der Grundlage der gesellschaftlichen Wohlfahrt instituierten. Ihre Klientel war besonders im sozialstaatlichen Bereich hauptsächlich der unterprivilegierte Teil der Bevölkerung, welcher seinen Anspruch auf gesellschaftliche Solidarität einforderte.

Jedoch war der staatlich organisierte öffentliche Dienst immer auch doppelter Natur. Zwar war er „Dienst“ an der Gesellschaft und somit Antwort auf tieferliegende Bedürfnisse, welche durch mächtige soziale Bewegungen getragen wurden. Andererseits war und ist er Teil des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs, welcher unter der Zweckbestimmung steht, die Profitabilität privater Wirtschaftstätigkeit zu erhalten, indem er das Wirtschaftssystem mit „allgemeinen Produktionsbedingungen“ (Transportmittel, Bildung, Hygiene, Nachfrageförderung usw.) bedient. Somit erfährt er den Druck des privaten Sektors als Kostensenkungsdruck und als Druck auf die konkrete Ausgestaltung der öffentlichen Dienste, welcher nicht nur seitens der Unternehmen, sondern auch und besonders von denjenigen Lohnabhängigen herrührt, die via steuerliche Umverteilung aus ihrem Lohnfonds grosse Teile des Sozialstaates finanzieren.

Dieser Widerspruch brach Mitte der 70er Jahre als „Finanzkrise“ des Staates offen aus. Eine solche kommt strukturell dadurch zustande, dass die Voraussetzungs- und Folgekosten der privatkapitalistischen Akkumulationsdynamik den Staat zu einer Dauerintervention zwingen. Deren Finanzierung ist aber fiskalisch abhängig vom Wachstum privater Wertschöpfung, die ihrerseits wieder von den Anlage- und Realisierungserfordernissen privat konkurrierender Kapitale bestimmt wird. Hier stösst der Sozialstaat auf die Grenzen des Steuerstaats: Die Entwicklungslinien des öffentlichen Sektors sind eng an den Verlauf von Krisen, Machtverhältnissen und Widersprüchen des Kapitalismus gekoppelt. Die Werte, die der steuerliche Staat abschöpft, um etwa die Bildung zu finanzieren, kann er nicht aus dem Nichts schöpfen, sondern nur aus der produzierten Wertschöpfung. Und folglich gehen sie durch die Abschöpfung irgendwo „verloren“: bei den privaten verfügbaren Mitteln, sei es auf der Einkommenseite der Haushalte oder bei den Profiten der Unternehmungen. Und letztere wurden gerade während des Konjunkturerinbruchs, wie ihn der Grossteil der europäischen Staaten zu Beginn der 90er Jahren erfuhr, inakzeptabel, weil es die Profite direkt schmälerte.

Über drastische Haushaltskonsolidierungen, wie sie im Maastrichter Stabilitätspakt festgelegt wurden, sowie Steuersenkungsprogrammen, namentlich für Unternehmen und Kapitalbesitzer, wurde der fiskalpolitische Handlungsspielraum auf nationalstaatlicher Ebene stark eingeschränkt und die Finanzkrise des Staates zu Lasten der abhängigen Bevölkerung gelöst: sowohl der Lohnabhängigen, von deren Einkommen die erforderlichen Finanzmittel abgeschöpft wurden, wie der von sozialstaatlichen Leistungen Abhängigen, zu deren Lasten die Leistungseinschränkungen gingen. In diesem Zusammenhang ist auf die sogenannte „Politik der leeren Kassen“ (*politics of deficit*) zu verweisen, welche darauf abzielt, durch Steuersenkungen dem Staat systematisch die finanziellen Ressourcen zu entziehen. Die besitzenden Klassen sind in der Tat staatlichen Defiziten alles andere als abgeneigt, sondern tendieren vielmehr zu einem „armen Staat“. Der zentrale Vorteil dieser Politik besteht darin, mit dem Hinweis auf die „Löcher in der Staatskasse“ die Forderungen nach öffentlichen Dienstleistungen zurückzuweisen und damit „die potentiellen Umverteilungskapazitäten des Staates einzuschränken“ (Guex 1998, 76) und den Handlungskorridor der öffentlichen Dienste durch austeritätspolitische Vorgaben einzuschränken. Dadurch wird es möglich, durch Umschichtungen im Staatshaushalt die unterschiedlichen Politikressorts neu zu gewichten, „marktnahe“ Politikbereiche wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch die Aussenpolitik im Dienste der Erschliessung neuer Märkte gegenüber „marktfernen“ Bereichen wie Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik aufzuwerten und im Namen der Sanierung des maroden Staatshaushaltes zum Ausverkauf weiter Teile des öffentlichen Sektors zu schreiten.

Dieser Ausverkauf nahm im Verlauf der letzten Jahrzehnte verschiedene Formen an: Erwerbswirtschaftliche staatliche Unternehmen wurden veräussert, während im Bereich der Infrastruktur (z.B. Telekommunikation, Bahn, Wasserwirtschaft) der Marktzugang liberalisiert wurde, d.h. vormals öffentliche Aufgaben wurden nun auch von profitwirtschaftlichen Trägern übernommen, die neu zu den staatlichen in Konkurrenz standen. Was dem Staat nach dieser Funktionsbereinigung noch an Aufgabenbewältigung verblieb – die öffentlichen Dienste im engeren Sinne (Bildungs- und Gesundheitswesen, Sozialwesen usw.), sowie die klassischen „hoheitlichen“ Bereiche staatlicher Tätigkeit (Polizei, Steuerwesen, Militär, usw.) – wurde durch interne Rationalisierung und die Übernahme marktpreissimulierter Kosten-Ertrags-Kalküle konzentriert (vgl. Pelizzari 2001).

3. Die kapitalistische Enteignungsökonomie

Diese umfassenden Privatisierungswellen ordnen sich in einen umfassenden Kontext der tiefen Krise des kapitalistischen Produktionsprozesses, welches seit Mitte der siebziger von einer gebremsten Akkumulationstätigkeit gekennzeichnet ist: Zwar kann heute im Vergleich zu früheren Entwicklungsphasen des Kapitalismus, in denen nachlassendes Wachstum zu niedrigen Profiten geführt hat, davon heute keine Rede mehr sein, jedenfalls nicht für die grossen Akteure: Die Unternehmen konnten ihre Gewinne durch Steuerentlastungen, Senkung der Lohnkosten, eine Lockerung investitionshemmender Vorschriften und eine erhebliche Intensivierung der Arbeit steigern. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist jedoch in erster Linie, dass seit Mitte der siebziger Jahre in allen kapitalistischen Ländern der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen massiv gesunken ist. Als Ergebnis entstand in den achtziger Jahren die Situation, dass die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten – wegen unzureichender Nachfrage – wesentlich unter denen der sechziger Jahre blieben. Mit anderen Worten: Die mit dem Anstieg der Unternehmensgewinne verbundene Umverteilung zu

Lasten der Masseneinkommen hat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter gesenkt und die Investitionsneigung der Kapitalbesitzer gehemmt.

Diese so genannte Überakkumulationskrise ist nebst der sinkenden Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aber auch darauf zurückzuführen, dass der produzierte Mehrwert nicht den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Um es vereinfachend mit Michel Husson auszudrücken, zeichnet sich die aktuelle Phase des Kapitalismus durch eine „wachsende Schwierigkeit aus, das Entsprechungsverhältnis zwischen dem, was die Menschen konsumieren wollen und dem, was der Kapitalismus herstellen will, zustande zu bringen“ (Husson 1996, 70). Der grösste Anteil der Ausgaben der Haushalte fliesst in der Tat in Bereiche, die bislang noch weitgehend marktgeschützt waren und durch den Service Public abgedeckt wurden. Dies ist auch der tiefere Grund, weshalb die Grossinvestoren nicht nur weniger Steuern bezahlen wollen, sondern mit Nachdruck eine Deregulierung und Privatisierung des öffentlichen Sektors fordern, um in diesen (potentiell) rentablen Sektoren investieren zu können. Die Bereiche Gesundheit und Bildung erweisen sich dabei als die lukrativsten: Auf dem noch weitgehend staatlich kontrollierten Gesundheitsmarkt werden laut Weltbank weltweit jährlich 3'500 Milliarden US-Dollar umgesetzt, auf dem Bildungsmarkt 2'200 Milliarden. Im Wassermarkt schätzt man die zu erwartenden Gewinne auf 800 Milliarden.

Im Süden übernahm der Internationale Währungsfonds (IWF) im Zug der Schuldenkrise nach und nach die Funktion, diese Märkte den Investoren zu öffnen. Brutale Strukturanpassungsprogramme schrieben den Kredit suchenden Ländern den systematischen Ausverkauf ihrer öffentlichen Infrastruktur vor, wovon in erster Linie die transnationalen Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor des Nordens profitieren: Tatsächlich zeigen beispielsweise die Ökonomien Südamerikas, dass die Privatisierungspolitik rasch zu einer „Rekolonisierung“ mutierte: Viele grosse Konzerne aus Europa und den USA haben sich dort beträchtliche Infrastrukturbereiche angeeignet.

4. Die Internationalisierung des Wettbewerbsstaates

Die Entfaltung der globalen Enteignungsökonomie bedingt in erster Linie eine Verallgemeinerung der „Investitionsfreiheit“. Das bereits 1994 abgeschlossene GATS, welches sich auf über 160 Sparten bezieht, die sich vom Tourismus und von der Telekommunikation über die Wasserwirtschaft bis hin zur Bildung und Gesundheit erstrecken, hat prinzipiell zum Ziel, alle möglichen „Investitionsschranken“ zu beseitigen. Dieses Abkommen, welches zurzeit neu verhandelt wird, gilt daher als das erste multilaterale Investitionsabkommen, nachdem ein erster Versuch, ein solches im Rahmen der OECD durchzusetzen, an der Mobilisierung einer breiten Bürgerbewegung gescheitert war.

Um Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen, haben sich die grossen Dienstleistungsmultis zu mächtigen *Pressure Groups* zusammengeschlossen. Die in der *US Coalition of Services Industries* zusammengefassten amerikanischen Unternehmen legten sich auf die Position fest, „die grösstmögliche Liberalisierung für sämtliche Formen der Dienstleistungsbereitstellung in so vielen Dienstleistungssektoren wie möglich zu erreichen, und zwar so rasch als möglich“ (zit. in ATTAC 2001, 108). Die Europäische Lobby *European Services Forum* vertritt eine fast wortgleiche Position.

Entsprechend erstreckt sich das GATS grundsätzlich auf sämtliche Dienstleistungen, also auch auf öffentliche. Zwar werden diese in Art. I.3 gesondert behandelt und sollen vom GATS-Regime ausgeschlossen werden, wenn sie nicht auf einer kommerziellen Basis zur

Verfügung gestellt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Dienstleistungsanbietern stehen. Jedoch wird offengelassen, was „kommerzielle Basis“ bedeutet. Gilt beispielsweise der Selbstbehalt, den Patienten bei einem Spitalaufenthalt bezahlen müssen, bereits als eine kommerzielle Basis? Reine Regierungsleistungen existieren heute kaum noch. Vielmehr bestehen unterdessen auch im Gesundheits- oder Bildungsbereich in den meisten Ländern staatliche und private Anbieter nebeneinander.

Wird eine Dienstleistung einmal in das GATS-Regime eingeschrieben, so treffen den Staat die sogenannten horizontalen Pflichten wie Transparenz (Staaten müssen beweisen, dass nationale Regelungen keine versteckten Investitionsschranken darstellen), Meistbegünstigung (eine einem Staat erklärte Präferenz muss allen anderen Staaten gewährleistet werden) und nationale Behandlung (eine vom Staat an ein inländisches Unternehmen gewährte Begünstigung muss allen Dienstleistern gewährt werden). Diese drei Pflichten verhindern sowohl neue Umweltgesetze, arbeitsrechtliche Bestimmungen oder die Bevorzugung lokaler Firmen („Investitionsschranken“), entwicklungspolitische Zielsetzungen („Meistbegünstigung“) und die staatliche Subventionierung öffentlicher Dienstleistungen, da mit Rückgriff auf die „nationale Behandlung“ auch private Investoren auf staatliche Zuschüsse pochen können. Schliesslich fällt eine Dienstleistung dann unter die progressive Liberalisierungspflicht (*in-built commitment*), das heisst, der Staat ist rechtlich verpflichtet, in weiteren Verhandlungsrunden Marktzugänge zu erleichtern. Um dem Regelwerk einen verbindlichen Rahmen zu geben, verfügt die WTO über einen effektiven Streitbeilegungsmechanismus, der insofern Zwangscharakter hat, weil er Verstösse mit bilateralen Sanktionen zu beantworten erlaubt.

Es wäre indessen falsch, die WTO einseitig als einzigen Transmissionsriemen privater Interessenkonstellationen zu sehen. Auch die Europäische Kommission, als treibende Kraft hinter den zentralen Projekten der europäischen Integration nach neoliberalen Modell, interagiert als staatlicher Think Tank ohne nennenswerte demokratische Kontrolle in der Regel spezifischen privaten Akteure. Die Durchsetzung des europaweiten gesellschaftlichen Restrukturierungsprojekts sieht als Herzstück die Liberalisierung des öffentlichen Sektors vor. Zu diesem Prozess der sukzessiven Liberalisierung zählen alle politischen und regulativen Entwicklungen der Gemeinschaft, insbesondere die Wettbewerbspolitik im allgemeinen, das öffentliche Auftragswesen und die Gesamtheit der Bestimmungen über die staatlichen Beihilfen im besonderen. Diese Politik vollzog sich in mehreren Schritten (vgl. Raza 2001, 31ff.).

Zum einen war sie darauf ausgerichtet, den öffentlichen Sektor vollständig dem Wettbewerbsrecht zu unterstellen. Dies ist mit Art. 81ff. des EG-Vertrags geschehen. Für (öffentliche wie private) Unternehmen, die mit Dienstleistungen von „allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ betraut sind, gelten Wettbewerbsregeln nur, soweit dadurch die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgaben nicht verhindert wird. Diese Ausnahmeregelung kommt allerdings nur dann zum tragen, wenn damit keine unverhältnismässige Beeinträchtigung des Handelsverkehrs verbunden ist. Damit sind öffentliche Unternehmen privaten in rechtlicher Hinsicht grundsätzlich gleichgestellt und dem speziellen Charakter öffentlicher, dem Allgemeinwohl verpflichteter Unternehmen wird nur noch sehr eingeschränkt Rechnung getragen.

Im Bereich der gemeinschaftlichen Regulierung der öffentlichen Auftragsvergabe (z.B. im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung) ist das Ziel die Öffnung dieses Bereichs für den privaten Sektor. Mit den in den frühen 90er Jahren normierten Vergaberichtlinien wurden öffentliche Körperschaften bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu bestimmten Verfahrensarten verpflichtet. Im Kampf um Konzessionen sind grosse Unternehmen

nunmehr bevorteilt, kleine regionale oder lokale öffentliche Anbieter vom Markt zu verdrängen.

Schliesslich ging es darum, der grundsätzlichen Überzeugung der Kommission materiell Ausdruck zu verleihen, dass staatliche Beihilfen potenziell uferlos, in vielen Bereichen zu hoch und daher stark marktverzerrend seien. Sie sollten daher reduziert, bzw. langfristig abgeschafft werden. Mit den Art. 87 und 88 des EG-Vertrags ist dies weitgehend im Sinne der Kommission normiert worden. Hier ist darauf hinzuweisen, dass das Gemeinschaftsrecht den Begriff der Beihilfe äusserst breit auslegt. Dazu gehören neben staatlichen Zuschüssen, begünstigten Darlehen und Zinszuschüssen auch Bürgschaften für von privaten Unternehmen aufgenommen Kredite usw. Nicht zuletzt bemühte sich die Kommission jüngst erfolgreich, staatliche Garantien für kommunale oder regionale Kreditinstitute als unerlaubte Beihilfe zu interpretieren und damit zu unterbinden. Dies bedeutet nichts anderes, „als dass das wirtschaftliche Handeln des öffentlichen Sektors dem Primat des privatkapitalistischen Kalküls unterworfen wird. Andere Handlungsorientierungen politischer oder sozialer Natur sind demgegenüber nur mehr nachrangig zulässig, d.h. sie stellen eine Ausnahme dar“ (ebd. 18).

5. Wege sozialer Aneignung

Die Kommodifizierung von öffentlichen Diensten als ein Element der Globalisierung ist somit nicht allein ein ökonomischer, über Marktkräfte induzierter Prozess, sondern wird politisch durchgesetzt, wobei der (internationalisierte) Staat nach wie vor eine entscheidende Rolle für die herrschaftsförmige Verdichtung dieser Interessen spielt. Staatliche Ökonomisierungsstrategien, die als New Public Management-Reformen im Bildungs- oder Gesundheitssektor oft auch von der Sozialdemokratie mitgetragen werden, sind ebenso wenig eine „Alternative“ zur neoliberalen Privatisierungspolitik wie die Einsetzung staatlicher Regulationsbehörden in einem liberalisierten Markt. Die Finanzskandale von Enron oder Worldcom sowie die kalifornische Elektrizitätskrise haben deutlich gezeigt, wie wenig staatliche Behörden heute in der Lage sind, transnationale Konzerne zu kontrollieren.

In einem Wirtschaftssystem, welches immer weniger in der Lage ist, die elementarsten Grundbedürfnisse zu befriedigen und Ansprüche nur erfüllt werden, wenn sie den entsprechenden monetären Ausdruck finden, und wo sich die Entscheidungsmacht darüber, in welche Bereiche die Investitionen fließen sollen, in den Händen von wenigen Entscheidungsträgern befindet, gehen Strukturalternativen daher vielmehr aus dem neuerlichen Aufflammen der radikalen Kritik gegen die Privatisierungen hervor. Ausgehend von der Idee, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Position im gesellschaftlichen Gefüge ein Recht auf die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse haben, konfrontiert uns die Weigerung der „Vermarktlichung“ der Lebenswelt unweigerlich mit der Notwendigkeit, gesellschaftliche Bedürfnisse in einkaufbare Rechte zu verwandeln: Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnraum, Recht auf Gesundheit, Recht auf Bildung usw.

Das Ziel öffentlicher Dienstleistungsproduktion ist somit nicht, möglichst hohe Profite zu erzielen, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern den gleichen Zugang zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen. Wie Charles-André Udry ausführt, impliziert dies einen Rentabilitäts- und Produktivitätsbegriff, der sich, in radikaler Umkehr der privatkapitalistischen Verwertungslogik, nicht am Tauschwert der Dienstleistungen orientiert, sondern an deren Gebrauchswert: „Um die Gleichheit und die Solidarität zu sichern, nimmt der Service Public Bezug auf eine Konzeption der sozialen – oder sozio-ökologischen – Rentabilität, welche mit

der ökonomischen Rentabilität eines Unternehmens, das in Konkurrenz mit anderen privaten Kapitalien steht, nichts zu tun hat" (Udry 1996, 1). Mit anderen Worten liegt der Wert des Service Public in seinem gesellschaftlichen Inhalt, in der Nützlichkeit des Einsatzes öffentlicher Arbeitskraft für die Gesellschaft. Ob ein schlecht benutzter Bus, ein von wenigen Studierenden besuchtes Seminar oder ein monatelang leer liegendes Spitalbett weitergeführt werden soll, d.h. ob die verfügbare Arbeitskraft für die Erbringung gerade dieser Leistung oder einer anderen eingesetzt werden soll, lässt sich nur über politische Willensbildungsprozesse bestimmen – im Sinne einer Entscheidung, welcher Aufwand den Betroffenen die Erbringung welcher Dienste „wert“ ist.

Jede Diskussion über Alternativen zur Privatisierungspolitik ist also auch eine Diskussion darüber, wer in einer Gesellschaft Bedürfnisse definiert, gegeneinander abwägt und deren Befriedigung plant. Die Identifikation dieser Bedürfnisse drückt sich dabei in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in der politischen Debatte, in der ständigen Konfrontation von Einzelinteressen, sowohl der Lohnabhängigen als auch der Nutzerinnen und Nutzer, die bislang nur als passive Konsumenten wahrgenommen wurden, und deren Ausgleich durch politische Behörden im Namen des Gesamtinteresses aus.

Wie lässt sich ein geeigneter Rahmen erdenken, in dem solche Auseinandersetzungen möglich werden? Erstens ist die Frage der Masstäbe zu stellen: Angesichts der internationalen Verflechtungen, der stark angestiegenen Mobilität der Lohnabhängigen in Europa und des europaweiten und globalen Agierens grosser Konzerne sind Alternativen auf europäischer Ebene zu formulieren. Je nach Sachlage, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften ist die Erstellung von Dienstleistungen besser auf regionaler, nationaler oder supranationaler Ebene zu organisieren. Zweitens ist es einsichtig, dass es hierbei nicht um eine simple Rückverstaatlichung der öffentlichen Dienste gehen kann. Nicht nur ist die Hoffnung auf ein Wiedererstarken des Sozialstaats, der die private Ökonomie übermächtigen könnte, um sie administrativ zu steuern, durch die historisch problematisch gewordene Form des Staates stark eingeschränkt. Diejenigen, die darin nur das Heraufziehen einer gewaltigen Superbürokratie sehen, sind nicht zu widerlegen – und die Kritik der stalinistischen Systeme kann ihnen nur recht geben. Weit davon entfernt, die Gesellschaft verstaatlichen zu wollen, ist also, wie Christian Zeller schreibt, „vielmehr die Sozialisierung des Staates und der gesamten Wirtschaft anzustreben“ (Zeller 2002, 13).

Die Perspektive der sozialen Aneignung öffnet ein weites Feld von Kombinationsmöglichkeiten zwischen Planungs- und Marktelementen. Zumindest auf der Unternehmensebene können bei grossen Konzernen durchaus Elemente einer sinnvollen und machbaren Planung ausgemacht werden. Konzerne versuchen, Zentralisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsabläufen, Mittelbeschaffungen, Ressourcenzuteilungen usw. transnational zu vereinen. Anstatt den Planungsprozess dem Bestreben der Profitmaximierung zu unterwerfen, hat sich eine solche Planung jedoch den Prinzipien einer „sozio-ökologischen Rentabilität“ zu verantworten: Eine gewählte öffentliche Instanz für Wirtschaftsregulierung könnte dazu dienen, einerseits die Bedürfnisermittlung zu leiten und die Grundzüge der Ressourcenzuteilung zu beschliessen, sowie die Investitionen zu koordinieren.

Dass solche Prozesse heute möglich sind, zeigt nicht nur die Erfahrung des Partizipativen Budgets aus Porto Alegre (Brasilien). Diese Erfahrung einer radikalen Demokratisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft über das Instrument der gesellschaftlichen Mitverwaltung des Staatsbudgets, mit welchem die Entscheidungen über gesellschaftlich relevante Dienstleistungen und deren Finanzierung den Bürgerinnen und Bürgern in die Hände gelegt werden, birgt den Keim für eine auch hierzulande mögliche Selbstverwaltung der öf-

fentlichen Dienste. Die breite Mobilisierung beispielsweise gegen die Privatisierung der Schweizer Post, im Zuge derer sich Quartiersversammlungen gegründet haben, zeigt, dass sich eine mögliche Alternative nur auf das kreative Potential der Menschen im Sinne der wirtschaftlichen Selbst-Organisation stützen kann.

Jedoch stellt sich bei aller Demokratisierung ökonomischer Entscheidungsprozesse unweigerlich auch die Frage nach dem Eigentums der Produktions-, Kommunikations- und Tauschmittel. Diese Frage stellt sich um so drängender, als die transnational agierenden Investoren von den Regierungen verlangen, ihnen all jene Bereiche zu öffnen, die noch nicht direkt der Kapitalakkumulation unterworfen sind. Wie die obigen Ausführungen zeigen, setzt die Verwirklichung von Grundrechten entsprechende öffentliche Dienstleistungen voraus und basiert auf einem Verständnis öffentlichen Eigentums. Eine solche soziale Aneignung der öffentlichen Dienste ist jedoch nicht nur die Angelegenheit intellektueller Einsicht, sondern auch und vor allem eine Sache politischer Gegenmacht. Diese erfordert eine langfristige und hartnäckige soziale und politische Mobilisierung.

Literatur

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf, *Grenzen der Globalisierung*, Westfälisches Dampfboot, Münster 1996.

ATTAC, *Remettre l'OMC à sa place*, Mille-et-une-nuit, Paris 2001.

François Chesnais, *La mondialisation du capital*, Paris, Syros, 1996.

Pierre Chambat, Service public et néolibéralisme, in: *Annales*, Nr. 3, 1990, S. 615-640.

Fondation Copernic, *L'appropriation sociale*, Syllepse, Paris 2002.

Stephen Gill, „Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration“, in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, S. 23-50.

Sébastien Guex, *L'argent de l'Etat. Parcours des finances publiques au XXe siècle*, Réalités Sociales, Lausanne 1998.

Joachim Hirsch, Bob Jessop, Nikos Poulantzas, *Die Zukunft des Staates. De-Nationalisierung, Internationalisierung, Re-Nationalisierung* VSA-Verlag, Hamburg 2002.

Joachim Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, ID-Verlag, Berlin 1995.

Michel Husson, *Misères du capital. Une critique du néolibéralisme*, Syros, Paris 1996.

Alessandro Pelizzari, „Kommodifizierte Demokratie. Zur politischen Ökonomie der „Modernisierung“ im öffentlichen Sektor“, in: Armutskonferenz et al. (Hrsg.), *Was Reichtümer vermögen. Gewinner und VerliererInnen in europäischen Wohlfahrtsstaaten*, Mandelbaum Verlag, Wien 2002, S. 96–109.

Alessandro Pelizzari, *Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und die neoliberale Offensive auf die öffentlichen Dienste*, UVK, Konstanz 2001.

Werner Raza, *Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringer in der Europäischen Union*, FEG-Arbeitspapier Nr. 21, Marburg 2001.

Thomas Sablowski, „Globalisierung“, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Argument, Berlin/Hamburg 2001, S. 869–881.

Yves Salessse, *Réformes et révolution*, Félin, Paris 2001.

Charles-André Udry, „Rentabilité sociale“, in: *Page deux*, Nr. 6, 1996, S. 1.

Asbjørn Wahl, „Privatisierung, TNU und Demokratie“, in: *Sozialismus*, Nr. 12, 2002, S. 33–36.

Christian Zeller, „Perspektiven der sozialen Aneignung: Emanzipatorische und demokratische Antworten auf Privatisierungen entwickeln“, *Beitrag für das Seminar „Servizi Pubblici e Privatizzazioni“*, *Europäisches Sozialforum Florenz*, 6.–10. November 2002.

Bodo Zeuner, „Das Politische wird immer privater. Zu neoliberaler Privatisierung und linker Hilflosigkeit“, in: Michael Heinrich, Dirk Messmer (Hrsg.), *Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift für Elmar Altvater zum 60. Geburtstag*, Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, S. 284–300.

SPOT: FAST EIN MÄRCHEN

(Idee: Sabine Jaggi, berndeutsche Version: Jürg Liechti)

Dihr chöit nech jitz e chly zrüglehne,
i wott nech nämlech es Märli verzelle,
gschribe het's d Sabine Jaggi vor OeME-Fachstell,
einiges geit uf alti Quelle zrüg – anders isch ender nöi...

Es isch emal en alte Buur gsy, dr Antoni Bacher,
ds Wyseburg im Simmetal het er es chlyses Heimetli bewirtschaftet.

Won er einisch bym Ynachte
am Waldrand hocket,
über syni Fälder luegt
und uf ds Rusche vo de Tanne lost,
da ghörter us em dunkle Wald ufdsmal es Lache –
es ganz es fyns, lisligs Lache.

Mit emene Ächze steit dr Antoni uf,
lost no einisch i dunkel Wald ine
und geit de langsam i d Richtig,
wo ds Lache derhär cho isch.

Geng töifer geit er i Wald ine,
bis er z hinterscht i der fyschtere Bunscheschlucht
am Fuess vom Stockhorn
untereinisch vor ere chlyne Quelle steit.

Es isch eigenartig:
Scho mängisch isch er da hinde gsy,
aber die Quelle het er no nie gseh.
Das es en alkalische Kalziumquelle isch,
het er nid chöne wüsse –
und wenn er's gwüsst hät,
hed em die Frömdwörter sicher nüt gseit.

Dr Antoni zieht syni Schueh und Socke ab und
häbt syni müede Füess vorsichtig i ds Wasser inne.
,Oh', stuunet er, ,isch das Wasser warm!'
Und won er de no es paar Schlück us dr chlyne Quelle trinkt,
stuunet er grad no einisch:
,Mhm, so guets Wasser han i no nie trunke.'
Es isch komisch,
aber d Müedi und d Schmärze i syne alte Chnoche

sy ufdsmal wie verflöge.
Dass me das Wasser es paar Jahr speter als entgiftend, entzündigshemmend und
stoffwechselfördernd wird verchoufe,
chan er natürlich nid wüsse.

Dr Antoni isch no am Chüschte vo däm bsundre Wasser,
won er wider das fyne, lislige Laache ghört.
Dasmal chunt's vo ganz nöch.
Dr Antoni cha aber luege, wien er wott,
d Quelle vom Lache chan er nid gseh.

Daderfür isch d Aguita,
die chlyni Waldfee, hinter ihrer d Tanne z guet versteckt.
Ja, die Überraschig isch dr Aguita glunge:
Mit ihrem Gsang het sie die Wasserquelle us der Töifi vo de Bärge vüreglockt und se mit
ihrem Lache däm alte Maa zeigt.

Will dr Antoni Bacher syni Entdeckig nid für sich cha bhalte,
isch's de aber mit dr Rueh vor Waldfee Aguita scho gly verby.
Geng meh Mönsche chöme hinter i ds Tal zur Quelle,
scho gly wird e Strass bout
und de o es grosses Hotel.
Vo wyt här chöme rychi Lüt,
für im Wasser vor Wyseburger Quelle z bade.
Sogar d Chünigin Willhemine vo Holland
und d Chronprinzässin Juliane samt ihrne Dienerin und Diener
löh sech vor Heilchraft vom Wasser verfüehre.

D Aguita fröit sech zwar über d Chräft vo ihrem Wasser,
truuret aber glych mängisch de alte Zyte nache,
wo sie no fasch eley hinter emene Boum het chöne stah und lache...

Doch die Zyte sy ändgültig verby.
Dr Antoni isch lengschtens gstorbe,
trotz dr Heilchraft vom Wasser,
wo 1935 dr Hans Widmer, e junge Ingenieur,
uf d Idee chunt,
ds Wasser vor Quelle i Fläsche abzfülle.
D Wyseburger Mineralthermen AG wärde gründet,
ds Därstetten wird e moderne Abfüllbetryb bout,
wo 140 Lüt ds Wasser vor Aguita i Fläsche fülle.

Ds Gschäft blüeht.
Wyt ume trinkt me Wyseburger Wasser.
D Aguita aber weiss je lenger je weniger,
was sie vo däm allem söll halte.
Aber das nimmt ja o niemr wunder.

1985 chouft d Fäldschlössli AG d Mineraltherme Wyseburg,
ihne, munklet me, göch's weniger um ds gesunde Quellwasser
als drum, d Lizenz vo Schwepps z übercho.

Scho gly bout Fäldschlössli e leistungsfähigeri Pumpi i d Quelle,
he ja, es muess rentiere,
und rentiere cha's nume, we d Fördermängi erhöht wird.
Dass dür ds Bohre und ds Apumpe
ds Wasser verschmutzt chönt wärde,
da dra dänkt niemer.

Oder ömel fasch niemer:
D Aguita nämlech gseht,
was mit ihrem Wasser gmacht wird.
Statt es Lache ghört me jitz us dr Bunscheschlucht es fyns Gränne -
oder ömel me würd's ghöre,
we's nid vo der Pumpi übertönt würd.

Und so chunt's halt de,
dass d Fäldschlössli AG
scho nach mene Jahr d Quelle muess zuetue,
wil d Qualität vom apumpete Wasser z schlächt isch.

Hie wär üsi Gschicht fasch z Änd.
Zum Glück git's aber o bi däm Märli
no so öppis wie nes Happy End:

Vor churzem isch ds Wyseburg e Verein gründet worde,
wo ds Wasser vo dere Quelle
wider für d Mönsche wott nutzbar mache.
Dä Verein het vor Quelle
bis zum ene Brunne am Bahnhof e Leitig zoge.
D Qualität vom Wasser a däm Brunne syg hervorragend,
seit dr Kantonschemiker.
O die heilende Chräft sy wider spürbar,
das seit nid dr Kantonchemiker,
das säg i.
Und wär's nid gloubt,
cha's sälber probiere,
d Chrüg mit em Wasser vor Aguita ihrer Quelle stöh uf öie Tische.

Übrigens,
we dihr einisch ds Wyseburg am Bahnhof syt,
göht und trinket us däm Brunne,
we dihr Glück heit,
de ghöret dihr vilicht sogar
es fyns, lisligns Laache.

THERMALKURORT
WEISSENBURG-BAD
890 METER ÜBER MEER



WEISSENBURGER WASSER

NATÜRLICHES, LEICHT ALKALISCH-
ERDIGES MINERALWASSER

Thermalquelle staatlich gefaßt seit 1604

BERNER OBERLAND
SCHWEIZ



II. BEITRÄGE AUS DEN ATELIERS



„HANDEL FÜR MENSCHEN“: EINE INTERNATIONALE PETITION

Christoph Stückelberger, Zentralsekretär Brot für alle

„Zum Auftakt des neuen Millenniums müssen wir den Handel für die Armen arbeiten lassen.“ Diese Worte von UNO-Generalsekretär Kofi Annan bilden das Leitmotiv der internationalen Kampagne „Handel für Menschen“, die in der Schweiz von *Brot für alle* und *Fastenopfer* getragen und unterstützt wird.

Der selbstverständlich klingende Titel muss genau gelesen werden: Im Zentrum des Handels steht der Mensch und seine Rechte. Mit der Kampagne „Handel für Menschen“ setzen sich *Fastenopfer* und *Brot für alle* dafür ein, dass die internationalen Menschenrechte sowie die Sozial- und Umweltabsprachen bei den Handelsabkommen und Handelspraktiken anerkannt und verbindlich sein müssen. Der Handel soll nicht ausschliesslich um des Profits willen betrieben und Menschen nicht den Handelsregeln der Stärkeren geopfert werden. Regeln sind von Menschen gemacht und müssen allen dienen. Der Handel – in dessen Zentrum die Menschenrechte stehen sollen – muss ein Instrument zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der menschlichen Wohlfahrt und Gerechtigkeit sein.

Die aktuellen Handelsregeln sind ungerecht, weil sie von den reichen Industrieländern zu ihrem Vorteil festgelegt worden sind. Dies geht auf Kosten der armen Länder. Ferner werden heute alle Nationen, obwohl die finanziellen und personellen Voraussetzungen sehr unterschiedlich sind, „gleich“ behandelt. Oft sind aber die Märkte in den armen Ländern nicht stark genug, um sich diesen „Spielregeln“ zu unterwerfen. Dies hat nicht selten zur Folge, dass den armen Bevölkerungsschichten das Recht auf einen selbstbestimmten, menschenrechtlichen Zugang zu Nahrung und Produktionsmitteln verwehrt bleibt.

Handelsliberalisierung als die Antwort für die globalen Probleme ist im September 2003 in Cancún (Mexiko) von den Regierungen der Mehrheit der Weltbevölkerung entschieden abgelehnt worden. Die völlig überzogen erscheinenden Forderungen der Industrieländer nach generellem Zollabbau und Marktzugang der überlegenen Industrieländer in den Entwicklungsländern, und die Forderung der Europäischen Union nach einem Investitionsschutzabkommen machten eine Einigung unmöglich. Neben andern Uneinigkeiten brachte dies die Verhandlungen der WTO-Staaten zum Scheitern.

Um das globale Handelssystem in ein Gleichgewicht zu bringen, müssen die Regelwerke und Institutionen des Handels verändert werden. Die Kampagne „Handel für Menschen“ formuliert drei konkrete Forderungen:

1. Recht auf Nahrung:

80 Prozent der Menschen, die weltweit Hunger leiden, leben in Bauernfamilien – deren Aufgabe es eigentlich wäre, Nahrung zu produzieren. Entwicklungsländer stellen immer mehr Güter her, die sie nicht selber konsumieren, und sie verbrauchen zunehmend Produkte, die sie nicht selber herstellen. Dabei sind die entsprechenden Sozial- und Umweltkosten höher. *Brot für alle* und *Fastenopfer* setzen sich für Handelsregeln ein, die allen Menschen das Recht auf Nahrung garantieren und ihnen das Selbstbestimmungsrecht über die Nahrungsmittel zusichern. Gleichzeitig sollen diese Handelsregeln auch die Nachhaltigkeit fördern. Die Öffnung der Märkte kann die Selbständigkeit der Entwicklungsländer erhöhen. Sie birgt aber auch Gefahren; denn oft werden die Märkte der Entwicklungsländer von subventionierten Landwirtschaftsprodukten aus den Industrieländern überflutet. Die Entwicklungsländer sollen das Recht haben, ihre Märkte im Rahmen der Nahrungssicherheit vor subventionierten Nahrungsmitteln zu schützen.

2. Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen:

Eine der wichtigsten Aufgaben jeder Regierung ist es, den Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen für alle sicherzustellen. Zu diesen gehören beispielsweise die Versorgung mit und der Zugang zu sauberem Wasser, das Recht auf eine Behausung, der Zugang zu Bildung und die Bereitstellung einer medizinischen Versorgung. Aber auch Transporte, Telekommunikation und Kultur gehören dazu. Im Rahmen von internationalen Handelsabkommen sind viele Entwicklungsländer unter Druck geraten, diese Bereiche zu liberalisieren. Handelsregeln sollen das Recht der Regierungen anerkennen, die Grunddienstleistungen gemäss den sozialen Erfordernissen ihres Landes zu organisieren und zu regulieren.

3. Regulierung für transnationale Unternehmen:

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, wenn transnationale Unternehmen in Entwicklungsländern investieren. Doch kommt es dabei im Bereich der Arbeitsbedingungen immer wieder zu Missachtungen der Menschenrechte. Transnationale Unternehmen tragen in diesem Bereich eine grosse Verantwortung. Deshalb fordern *Fastenopfer* und *Brot für alle* einen Verhaltenskodex mit verbindlichen Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen für transnationale Unternehmen, um sicherzustellen, dass diese zur Armutsbekämpfung, zur Förderung der Menschenrechte und zum Umweltschutz ihren Beitrag leisten und ihre soziale Verantwortung tragen. Das Regelwerk für Konzernaktivitäten muss international greifen und direkt auf Unternehmen als juristische Personen angewandt werden können. Bei ökologischen Schäden oder Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne sollen auch die verantwortlichen Manager zur Rechenschaft gezogen werden können. Auch die Regierungen sollen Investitionen eben-

falls in den Dienst der Entwicklung und Armutsbekämpfung stellen und die Interessen der Menschen, vor allem der armen Bevölkerung, vertreten.

Im Rahmen der Kampagne sammeln *Brot für alle* und *Fastenopfer* Unterschriften für eine Petition. Damit sollen die Schweizer Politikerinnen und Politiker beeinflusst werden, sich international für einen fairen Handel einzusetzen.

GLOBALISIERUNGSKRITIK ALS BEKENNTNIS? DER REFORMIERTE WELTBUND AUF DEM WEG NACH ACCRA 2004

Hartmut Lucke, Reformierter Weltbund

Das Umfeld – eine bekenntniskritische Gesellschaft

In unserer postmodernen Gesellschaft wird Glaubensaussagen keine öffentliche Verbindlichkeit beigemessen. Die Postmoderne bestreitet grundsätzlich, gesellschaftlich relevante Fragen könnten in einer für alle Betroffenen verbindlichen Weise gelöst werden. Gesellschaftliche Fragen sind demnach als Ermessensfragen zu behandeln. Wer ethische Fragen zu Glaubens- und Bekenntnisfragen hochstilisiert, verzichtet auf die Chance gesellschaftlich relevanten Handelns.

Kirchen müssen sich also bei öffentlichen Erklärungen bewusst sein, dass diese in einem von Relativismus und religiösem Analphabetismus geprägten Umfeld auf steinigem Acker fallen oder dass die öffentliche Meinung kirchliche Stellungnahmen als Versuch der Profilierung einer ansonsten irrelevant gewordenen Institution abtut.

Die Postmoderne als widersprüchliche Gesellschaft

Paradoxerweise erwartet unsere bekenntniskritische Gesellschaft jedoch von den Kirchen, dass sie zu ihrer Verkündigung stehen und ihre Grundlagen nicht selbst verleugnen. Ein klares Bekennen der Kirchen angesichts unhaltbarer Zustände in Politik, Wirtschaft und Umwelt wird von der Öffentlichkeit als glaubwürdig erachtet. Umfragen belegen diese scheinbar widersprüchliche Haltung. Die postmoderne Gesellschaft respektiert die spezifische Rolle der Kirchen, gewissermaßen im Rahmen einer unausgesprochenen Arbeitsaufteilung. Von den Kirchen, ja von den Religionen, wird erwartet, dass sie zu ihrem Mandat stehen und ihre Identität bekunden (1).

Das Selbstverständnis der Kirchen

Aus der Sicht der Postmoderne sind die Reformierten Kirchen also gut beraten, an einer bekenntnischen, verpflichtenden Sprache festzuhalten, wenn sie sich an die öffentliche Meinung wenden.

Dennoch kann die Erwartung des soziologischen Umfeldes kein ausreichendes Kriterium dafür sein, ob und wie Christen ihren Glauben unter welchen Umständen öffentlich zu bekennen haben. Das Selbstverständnis der Kirche ist keine Variable der öffentlichen Meinung. Normativ für die Kirche ist das ihr von Gott anvertraute Mandat. In Jesu Worten ausgedrückt: „Jeder nun, der sich zu mir bekennt vor den Menschen, zu dem werde auch ich mich bekennen vor meinem Vater im Himmel. Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den

werde auch ich verleugnen vor meinem himmlischen Vater" (Mt 10,32s). Dabei geht es um öffentliche Rechenschaftsablegung des Glaubens vor Gerichten der Synagoge, der Behörden und der Obrigkeit. In solchen Fällen gilt: „Macht euch keine Sorgen, wie ihr euch verteidigen oder was ihr sagen sollt. Denn der Heilige Geist wird euch in der gleichen Stunde eingeben, was ihr sagen müsst" (Lukas 12,11s).

Weltwirtschaftsordnung und Umweltzerstörung als theologische Fragen

Was berechtigt uns zu der Annahme, Fragen zur Weltwirtschaftsordnung und Umweltzerstörung seien als theologische Fragen zu behandeln, die unter Umständen zur Ausrufung des Bekenntnisstandes führen?

Diese Frage macht Schweizer Reformierten besonders zu schaffen. Aufgrund unserer religiösen und politischen Geschichte haben wir ein ausgeprägtes Misstrauen gegen jene Kräfte entwickelt, die sich anheischig machen, politische Ermessensfragen in gesellschaftsspaltende Grundsatzentscheide zu verwandeln. Unsere direkte Form der Demokratie nötigt uns, nach jeder gewonnenen bzw. verlorenen Volksabstimmung den gesellschaftlichen Konsens wiederherzustellen. Am 18. Mai 2003 stimmten wir über so grundsätzliche Fragen wie Atomenergieausstieg bzw. -moratorium, Finanzierung der Krankenversicherung, Behindertengleichstellung, Sicherung der Lehrstellen, autofreie Sonntage, Mieterschutz, Armereform und Bevölkerungsschutz ab.

Würden wir diesen Grundsatzfragen jeweils den Status einer gesellschaftstrennenden Glaubensaussage zubilligen, wäre die Konsensdemokratie überfordert und das politische System der Schweiz einer enormen Zerreißprobe ausgesetzt.

„Kann Globalisierung ethisch sein?“

So lautete die typische Fragestellung einer Tagung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes. An dieser Tagung gaben Topmanager unserer Wirtschaft ohne weiteres zu, dass einzelne Institutionen und Personen die an sich nutzbringende Globalisierung mit dubiosen Geschäften und Geldwäscherei in Misskredit gebracht hätten. Sie waren jedoch überzeugt, man könne diesem Übel durch klare ethische Massstäbe auf der Ebene der Managerausbildung begegnen und tue dies auch. Demgegenüber argumentierten Vertreter der kirchlichen Hilfswerke aus der Perspektive der „Globalisierungsverlierer“. Am Beispiel der Agrarsubventionen wiesen sie nach, dass diese in den Industrieländern siebenmal höher seien als die gesamte Entwicklungshilfe dieser Länder in Höhe von 50 Milliarden Dollar jährlich.

Hier stellt sich nun die brennende Frage: Können wir als reformierte Christen das Phänomen der Globalisierung mit ethischen Kriterien allein in den Griff bekommen oder bedarf es dazu eines theologischen Ansatzes? Dahinter steht die Frage: Ist Globalisierung regulierbar und reformierbar oder müssen wir die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis mit ihren verheerenden Auswirkungen auf weite Bevölkerungskreise in Entwicklungsländern und bei uns aus der Sicht des christlichen Glaubens dezidiert ablehnen? Ist die Ideologie des Neoliberalismus überhaupt mit der Vision der Oekumene, der Einheit der Kirche und der ganzen bewohnten Erde in Einklang zu bringen? „Kommt es nicht einem Götzendienst gleich, den globalen Markt nach Massgabe einer unhinterfragten neoliberalen Wirtschaftslehre auszugese-

talten, was zu Ausschluss, Gewalt und Tod führt?" So die Frage der Reformierten Kirchen Westeuropas an ihrer Konsultation in Soesterberg, Niederlande 2002.

Status confessionis – Processus confessionis im Reformierten Weltbund

Sie erinnern sich, dass die Generalversammlung des RWB 1982 in Ottawa den *status confessionis* gegen die Apartheid ausrief. "Apartheid ist Sünde und deren theologische Rechtfertigung Häresie." Diese Erklärung des Bekenntnisstandes gab Anlass zur Suspendierung zweier Mitgliedskirchen des RWB in Südafrika. Es ist klar, dass ein derart klares Bekenntnis erst durch seine Ratifizierung durch die Mitgliedskirchen des RWB Verbindlichkeit erlangt.

Später wurde im RWB die Frage erörtert, ob die Proklamation des *status confessionis* nicht auch auf andere Problembereiche ausgedehnt werden sollte, in denen die Kirchen zu einem klaren Bekenntnis herausgefordert sind, wie etwa in der Frage der Nachrüstung durch Mittelstreckenraketen (Reformierter Bund in Deutschland) oder eben heute in der Hinterfragung des neoliberalen Wirtschaftsmodells.

Die Generalversammlung des RWB in Seoul 1989 befasste sich ausführlich mit dieser Frage und empfahl den Reformierten Kirchen „alle weiteren Vorschläge, den *status confessionis* zu erklären, mit grosser Vorsicht zu behandeln und die Implikationen einer solchen Erklärung sorgfältig abzuwägen“.

Nach der positiven Wertung der Gründe und Kriterien, die in der Vergangenheit zur Erklärung des *status confessionis* geführt haben und erneut dazu führen können, werden zwei Mahnungen ausgesprochen:

"Die Erklärung des *status confessionis* muss mit grösster Ernsthaftigkeit behandelt werden. Die Geschichte der Zersplitterung reformierter Kirchen ist eine nüchterne Warnung davor, den *status confessionis* zu Anliegen zu erklären, die im Lichte des Evangeliums nicht entscheidend sind."

"Es ist nicht angebracht, einen *status confessionis* auszurufen, um Überzeugungen Nachdruck zu verleihen, die sich in erster Linie auf zeitgenössische ethische, gesellschaftliche oder politische Anliegen beziehen."

"Es ist völlig ungerechtfertigt, einen *status confessionis* auszurufen, um moralischen Druck auf christliche Schwestern und Brüder auszuüben, die den Ruf zur Nachfolge genauso ernst nehmen wie wir, aber solche ethischen, gesellschaftlichen oder politischen Herausforderungen anders bewerten" (RWB, Dokumente und Berichte, Generalversammlung Seoul 1989, Genf 1990, S. 85, § f und g).

Nun, wir haben gesehen, dass die Schweizer Kirchen nicht gemahnt zu werden brauchen, mit *status confessionis*-Erklärungen vorsichtig umzugehen. Doch der SEK ist nur eine von 216 Mitgliedskirchen des RWB. Die Mehrheit dieser Kirchen lebt in einem völlig anderen wirtschaftlichen Kontext als die Kirchen in Westeuropa. Als sich die Reformierten Kirchen im Südlichen Afrika 1995 in Sambia zu einer Konsultation über Reformierten Glauben und wirtschaftliche Gerechtigkeit trafen, erkannten sie, dass der Prozess der Globalisierung zum systematischen Ausschluss weiter Teile Afrikas von der Weltwirtschaft geführt hatte. Vor diesem Hintergrund versteht sich ihre Aussage: „Wir gelangen zu der schmerzhaften Einsicht, dass die durch eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung verursachte Armut in Afrika nicht mehr mit ethischen Massstäben zu bewältigen ist, sondern sich zu einem theo-

logischen Problem ausgeweitet hat. Die Armutsrealität in Afrika ist zu einer Frage des *status confessionis* geworden." Daran schliesst sich die Aufforderung an den RWB, im Licht der afrikanischen theologischen Erfahrung den *status confessionis* auszurufen.

Zu einem so umfassenden Schritt konnte sich die RWB-Generalversammlung von Debrecen 1997 nicht durchringen. Sie beschloss ein schrittweises, prozesshaftes Vorgehen. Sie verknüpfte ihr Engagement für wirtschaftliche Gerechtigkeit mit dem Kampf gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit: „Heute rufen wir die Mitgliedskirchen des RWB auf allen Ebenen zu einem verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (*processus confessionis*) bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung auf“ (Debrecen 1997).

Auch wenn der RWB 1997 also keinen *status confessionis* ausrief, ist klar, dass dieser Bekenntnisprozess betr. Wirtschaft und Umwelt innerhalb der Reformierten Kirchen zu einem integralen Bestandteil reformierten Glaubens und Bekenntnisses erklärt wurde. Und dank der vom Berner Synodalrat entwickelten Policy "Für die Globalisierung der Gerechtigkeit" erkennen auch die Schweizer Kirchen, dass Fragen zur Weltwirtschaftsordnung und zur Bewahrung der Lebensgrundlagen der Menschheit Anfragen an die Kohärenz des christlichen Glaubens sind, also eine theologische Dimension haben.

Seit 1997 wurde die doppelte Fragestellung der Globalisierung der Wirtschaft und der Zerstörung der Umwelt in einer Reihe von Konsultationen vertieft. Diese regionalen Tagungen wurden nicht allein vom RWB, sondern gemeinsam mit dem ÖRK, dem LWB und der KEK einberufen, ein Zeichen, dass es sich bei dieser Problematik nicht um den Alleingang eines sich prophetisch gebärdenden Weltbundes handelt, sondern dass sie die ganze Oekumene betrifft.

Im Laufe dieser Entwicklung zeigte es sich, dass der lateinische Terminus „*processus confessionis*“ ständiger Erklärungen bedurfte und für viele eine unnötige Verständnishürde darstellte. So beschloss der Exekutivausschuss des RWB im Jahr 2000, dem Kind einen anderen Namen zu geben. Es heisst jetzt **„Bündnis für Gerechtigkeit in Wirtschaft und Umwelt“**. Mit dieser Namensänderung ist auch der Anschluss an den „Bund für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der ÖRK-Versammlung von Vancouver 1983 gewährleistet.

Globalisierungskritik als Bekenntnis?

Ist Globalisierung reformierbar? Wir sahen, dass die Schweizer Kirchen dieser Meinung zu-neigen. Ein ganz anderer Ton wird in der Glaubenserklärung der Reformierten Kirchen der südlichen Hemisphäre angeschlagen, die sich im April in Buenos Aires versammelten. Vor dem Hintergrund des Irakkrieges wird hier die Globalisierung im Kontext der globalen Militärstrategie der USA zur weltweiten Sicherung ihrer Wirtschaftsinteressen gedeutet. In dieser "Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens" heisst es: *„Wir sind überzeugt, dass das neoliberale Modell weder umgestaltet noch angepasst werden kann: es weist innewohnende Widersprüche auf und ist immer wieder darin gescheitert, die Länder, die Menschen und die Schöpfung des Südens dem Leben näher zu bringen“* (S. 3f).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ökonomie, deren eigentlicher Zweck die Gewährleistung des Lebens und Wohlstands aller ist, in Zeiten der neoliberalen Globalisierung

zu einem totalitären Glaubenssystem im Interesse der Reichtumsanhäufung einiger weniger geworden ist und dadurch das Leben auf unserem Planeten insgesamt gefährdet. Dieses System stellt eine strukturelle Sünde dar. Der globalisierte Neoliberalismus steht in völligem Widerspruch zu den Inhalten des christlichen Glaubens" (S. 5).

Damit ist der Hintergrund für eine öffentliche Glaubenserklärung abgesteckt:

„In dieser ideologisch wie theologisch historischen Situation, in der die neoliberale Ideologie absolute Macht, auch gegenüber der Souveränität Gottes und den Forderungen des Evangeliums, für sich beansprucht, ist es um der Integrität unseres Glaubens willen unerlässlich, dass wir eine Stellungnahme aus der Sicht des Glaubens formulieren" (S. 6).

Dieser Akt des Bekennens wird in die Kontinuität der Erklärungen von Barmen 1934, Ottawa 1982 und des Belhar-Bekenntnisses von 1986 gestellt. Damit wird angedeutet, dass die Autoren ihrer Erklärung einen ähnlichen Grad von Verbindlichkeit beimessen, der einer Erklärung des *status confessionis* anhaftet, obwohl sie das lateinische Wort vermeiden.

Die 24. Generalversammlung des RWB, die vom 30. Juli bis 13. August 2004 in Accra, Ghana stattfindet, steht unter dem biblischen Motto „Auf dass alle das Leben in Fülle haben" (Joh. 10,10). Auf dem Weg nach Accra sind Reformierte Kirchen sich einig, dass die wirtschaftliche Globalisierung die Gemeinschaft, die *koinonia* des Leibes Christi, auseinander zu reissen droht. Sie bekennen gemeinsam, dass sie aufgerufen sind, Jesus Christus in allen Bereichen des Lebens zu folgen und dass sie zwischen Gott und Mammon, Leben und Tod wählen müssen (Mt 6,24; Dtn 30,11ff., frei zitiert nach der Soesterberg-Erklärung 2002). Sie haben erkannt, dass die Suche nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung an die Integrität ihres Glaubens als Kirchen und als Einzelne rührt, also zugleich eine ethische und theologische Dimension beinhaltet. Ob diese Übereinstimmung in Accra zu einer Erklärung des *status confessionis* führt oder ob die Delegierten eher ein Bündnis gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit in Wirtschaft und Umwelt abschliessen, soll offen bleiben und liegt in der Verantwortung der Reformierten Kirchen selbst.

Anmerkungen:

(1) Als die fünf öffentlich anerkannten Religionsgemeinschaften der Schweiz kurz vor dem Irakkrieg gemeinsam zu einem interreligiösen Gebet im Berner Münster aufriefen, löste dies ein erstaunliches Echo aus: Reformierte, Katholiken, Christkatholische, Juden und Muslime, alle luden über ihre Institutionen dazu ein. Und die Schweizer Bundesregierung demonstrierte durch die Anwesenheit zweier Bundesrätinnen ihre Unterstützung dieses öffentlichen, von den Medien übertragenen Ereignisses.

An der Feier im Berner Münster wurde eine gemeinsame Erklärung verlesen, in der es u. a. heisst:

„Wir bezeugen den gemeinsamen Glauben an den Einen barmherzigen Gott der Liebe, der Gerechtigkeit und des Friedens. Dieses Zeugnis von Gott ist unvereinbar mit dem Aufruf zum gegenseitigen Hass und zum Krieg. Die Legitimation eines Krieges mit religiösen Argumenten zeugt von einem falschen Gottesverständnis. Es gibt deshalb auch nicht für einen drohenden Krieg im Irak eine religiöse Rechtfertigung. Krieg sollte nach Gottes Willen nicht sein.“

„Wir erklären, dass wir den konfessionellen und religiösen Frieden in der Schweiz erhalten wollen. Wir widersetzen uns dem Versuch, dass auf dem Hintergrund politischer Konflikte zwischen unseren Glaubensgemeinschaften Gräben des Misstrauens und der Feindschaft gezogen werden. Die Spannungen und die drohenden Kriege in der Welt sind uns Anlass, hier in der Schweiz die Achtung voreinander zu wahren, den Dialog unter uns zu verstärken und das Band des Friedens zu festigen.“

Dem Relativismus und der Religionsmüdigkeit unserer Gesellschaft wird hier mit einer klaren Glaubensaussage der fünf Religionsgemeinschaften entgegengetreten und siehe, diese glaubensmüde Gesellschaft erkennt sich in diesem pluralistischen interreligiösen Bekenntnisakt wieder.

WASSER – MEHR ALS H₂O: DAS LEBENSELEMENT ZWISCHEN MYTHOS , MOLEKÜL UND POLITIK

Joan Davis, Biochemikerin, Spezialistin für Gewässerschutz und ganzheitlichen Umweltschutz

Als Rosmarie Bär in der Fragerunde nach ihrem Referat meinte, dass, wer wirklich ökologisch mit Wasser umgehen wolle, VegetarierIn werden müsse, ging ein Raunen durch die Menge derjenigen, die sich mit der Landwirtschaft verbunden fühlten. Eine hitzige Diskussion flammte auf, doch die Zeit war zu knapp, um sich vertieft mit der Aussage auseinander zu setzen.

Joan Davis, Workshopleiterin, promovierte Chemikerin und ehemalige Besitzerin eines Biolandwirtschaftsbetriebs, reagierte schnell: Sie organisierte ihr Atelier für den Nachmittag um und stellte es unter den Titel: „Wasser für alle heisst Wasser schützen und schonen. Fallbeispiel Landwirtschaft: Altes Wissen – neu verstanden.“ Das Thema brannte vielen unter den Nägeln, und der Workshop fand dementsprechend grossen Anklang.

In ihrem kurzen Einführungsreferat ging Joan Davis davon aus, dass uns oft die Wertschätzung des Wassers fehlt. „Wir müssen versuchen, die Landwirtschaft von einer Hauptproblemquelle des Wassermangels zu einer Lösungsquelle zu machen,“ erklärte Davis. Anschliessend vermittelte sie den WorkshopteilnehmerInnen einen spannenden Einblick in Eigenschaften von Wasser und Boden sowie deren Bedeutung für die Landwirtschaft: Wasser wird durch intensiven Landbau und unseren Lebensstil direkt und indirekt quantitativ und qualitativ beeinträchtigt. Gute, gesunde Böden sind in der Lage, Tauwasser aufzunehmen, eine Wasserquelle, die jeden Morgen von neuem genutzt werden kann. Künstlich

begradigte Flüsse führen qualitativ schlechteres Wasser als mäandrierende Flüsse: Die lineare Fließweise führt dazu, dass gewisse Bakterien nicht mehr abgebaut werden können. Die Bodenstruktur des Landes, auf dem gesät oder gepflanzt wird, ist ebenfalls entscheidend. Einen grossen Einfluss auf Wachstum und Resistenzen einer Pflanze hat zudem der Zeitpunkt der Aussaat.

Die biologische Landwirtschaft, so Joan Davis, sei sich solcher Prozesse bewusst. Ein Problem der Bezeichnung „biologisch“ sei aber, dass „bio“ nicht mit „öko“ gleichgesetzt werden kann: „Man erinnere sich an den Moment, als man glücklich und erleichtert ein paar Biotomaten in den Einkaufskorb gepackt hat, und dann – in der Schlange vor der Kasse – entsetzt feststellt, dass die Tomaten zwar biologisch hergestellt worden sind, aber aus Marokko stammten, was vom Gesichtspunkt der Ökobilanz nicht viel Sinn macht.“

Im zweiten Teil des Workshops diskutierten die AtelierbesucherInnen gemeinsam mit Joan Davis über Lebensmittel, Nahrungsproduktion und die Frage, was getan werden könne, um Wasser und Leben ganz allgemein zu bewahren. Dabei kam sehr viel Grundsätzliches zur Sprache.

Eine Workshopteilnehmerin, selbst Bäuerin, gab zu bedenken, dass wir nur einen sehr geringen Prozentsatz (8%) unseres Einkommens für Lebensmittel aufwenden müssten. In Ländern des Südens – das Beispiel Indonesien wurde genannt – sei es normal, wenn 80% des Lohnes für Nahrungsmittelkauf aufgewendet würden.

„Über unser Einkaufsverhalten können wir Einfluss nehmen,“ meinte eine engagierte Bioprodukte-Einkäuferin. Sie umschrieb die Macht der KonsumentInnen damit, dass jeder Franken, der ausgegeben oder zurückbehalten werde, eine Stimme sei. Diese Aussage, wandte ein anderer Atelierbesucher ein, verschleierte die wahren Machtverhältnisse. Am Anfang müsse sich jedeR die Frage stellen, wer denn die Politik mache, die hinter den Preisen stehe. Wissen, so führte er aus, sei auch in diesem Zusammenhang Macht, denn nur all zu gerne würden Informationen verschleiert und die Verantwortung allein auf die KonsumentInnen abgeschoben.

Franklin Frederick, Hauptreferent des Vormittags und ebenfalls Workshopbesucher, forderte schliesslich dazu auf, die Menschen nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten zu bezeichnen: „Avant d'être des consommateurs, nous sommes des êtres humains.“ Leider werde allzu oft lediglich über Preis gesprochen, kaum einmal über Wert. Dass sich heute (beinahe) alles in Rappen und Franken quantifizieren liesse, erkläre vielleicht die fehlende Ehrfurcht vor lebensnotwendigen Gütern, die uns auch im Alltag begleiten sollte.

Sabine Jaggi, Fachstelle OeME, Bern

WASSERHAUSHALT UND KLIMAVERÄNDERUNGEN

Kurt Zaugg-Ott, Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt

Nachdem uns 1999 und auch 2002 noch die grossen Überschwemmungen beschäftigt haben – erinnert sei da an das Hochwasser in der Matte oder die Bilder aus dem überschwemmten Dresden – ist im heissen Sommer 2003 plötzlich vielerorts auch in der Schweiz das Wasser knapp geworden. Verschiedene Gemeinden haben Verbote erlassen für das Waschen von Autos und die Rasenbewässerung. Der Kanton Bern scheint auch in heissen Zeiten noch über relativ reichlich Wasser zu verfügen. Vor allem die aus dem „ewigen“ Eis gespiesenen Flussläufe führten noch genügend Wasser. Allerdings erliess auch der Kanton Bern ein Verbot der Wasserentnahme aus einer Reihe von Fliessgewässern. Am 16. August wurde die Liste auf 25 Gewässer erweitert. Bei weiteren 36 Gewässern galten strenge Vorschriften für die Wasserentnahme. Die Restwassermenge (25% der Gesamtwassermenge) darf gemäss diesen Vorschriften nicht unterschritten werden.

Schlimmer war die Situation am Bodensee. Der Bodensee ist kein reguliertes Gewässer. Der Pegel ist im August täglich um zwei Zentimeter gefallen. Seegrund in der Grösse von 280 Fussballfeldern sind im August täglich trockengelegt worden. Hauptleidtragende waren die Haubentaucher, die im trockengelegten Schilf ihre Nistplätze verloren. Die nächsten waren die Aale, die massenhaft zu sterben begannen. Warmes Wasser und niedriger Wasserstand haben den Sauerstoff im Uferbereich knapp werden lassen. Die Stadt Stuttgart bezieht ihr Trinkwasser aus dem Bodensee. Es gibt also einen direkten Zusammenhang zwischen menschlichem Wasserverbrauch und dem Pegelstand des Bodensees.

Bedrohlich wurde es vielerorts auch für die Forellen. Im Kanton Bern hat das Fischereinspektorat schon Mitte Juli viele kleinere Gewässer ausgefischt, um die Fischbestände zu retten. Die Bäche und Flüsse führten zu wenig Wasser und wurden zu warm. Über 20°C sind für die Bachforelle problematisch. Die Aare hat in Bern im August zeitweise mehr als 23° C erreicht! Über 25°C überleben die Forellen nicht mehr.

Und die Klimaprognosen kündigen noch heissere Zeiten an. Spitzentemperaturen von über 40° Celsius könnten in den nächsten Jahrzehnten durchaus auch in unseren Gegenden normal werden.

Die Klimaveränderungen wirken sich in den verschiedenen Weltregionen aber unterschiedlich aus. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) machte 2001 folgende Aussagen zum Wasserhaushalt:

- Zunahme der Niederschläge: Intensivere Niederschläge sind zu erwarten (Überschwemmungen, Lawinen, Erdbeben, Fluten mit der damit verbundenen Zunahme der Erosion usw.)
- Dürre: Abnahme der Ernteerträge wegen vermehrter Dürreperioden, Abnahme der Quantität und der Qualität der Wasservorräte, erhöhte Waldbrandgefahr.

- Mehr Energie in der Atmosphäre: Im Tropengürtel ist mit einer Zunahme der Windgeschwindigkeiten und der Niederschlagsmengen der Zyklone zu rechnen.
- Abnahme der Ernteerträge in Dürre- und Überschwemmungsgebieten.
- In Asien ist mit einer grösseren Variationsbreite des Sommer-Monsuns zu rechnen. Die Folge sind vermehrte Dürren einerseits und Überschwemmungen andererseits.

Präsident Bush sieht den Klimawandel als unabänderliches Schicksal, mit dem die USA umgehen können. Die Bereitstellung genügender Energiereserven scheint ihm wichtiger als die Reduktion des CO₂-Ausstosses und damit die Verlangsamung der Klimaerwärmung. Auch die Niederlande scheint das Ansteigen des Meeresspiegels nicht übermässig zu beunruhigen. Sie haben die technischen und wirtschaftlichen Ressourcen, um dieses Problem zu bewältigen.

Als besonders verwundbare Gebiete nennt der IPCC-Bericht Afrika und Asien, weil dort der Mensch weniger wirtschaftliche Möglichkeiten hat, sich gegen die Folgen der Klimaerwärmung zu schützen.

Für Afrika wird eine Abnahme der Ernteerträge mit den entsprechenden Folgen für die Ernährungssicherheit prognostiziert. Die Zunahme von Dürren, Überschwemmungen und anderen extremen Ereignissen würden die Unsicherheiten bezüglich Wasserversorgung, Ernährungssicherheit, menschlicher Gesundheit und Infrastruktur verstärken und die Entwicklungsmöglichkeiten Afrikas verschlechtern.

Bedroht seien in Asien vor allem die tiefgelegenen Gebiete im tropischen Asien (z.B. Bangladesch). Dort sei mit verstärktem Aufkommen tropischer Stürme und Fluten zu rechnen.

Prognostiziert wird also genau das, was wir in den letzten Jahre in Ansätzen bereits erleben. Betroffen von extremen Klimaereignissen ist die Natur: Fisch- und Wasservogelbestände in unseren Gegenden haben schon diesen Sommer einen hohen Preis zahlen müssen. Betroffen sind vor allem die schwächeren Menschen in allen Gesellschaften. In Frankreich und Italien war die Mortalitätsrate in diesem Sommer um bis zu 30% höher als in normalen Jahren. Am katastrophalsten wirken die Klimaveränderungen aber in den armen Ländern Afrikas und Asiens.

Wer trägt aber nun die Hauptverantwortung für diese Entwicklung? Den grössten Einfluss auf das Klima hat inzwischen der Mensch. Im BUWAL-Magazin 2/2003 steht, dass jede Schweizerin, jeder Schweizer pro Kopf und Jahr etwa für 10 Tonnen Kohlendioxid-Ausstoss verantwortlich ist. Das ist fünfmal zuviel. Um die Zunahme der Temperatur in einem erträglichen Rahmen zu halten, muss die Menschheit den Kohlendioxid-Ausstoss auf 2 Tonnen pro Person und Jahr senken. Leider sind wir auf der politischen Ebene noch lange nicht soweit, solche Ziele überhaupt erst ins Auge zu fassen. Im Kyoto-Protokoll geht es erst einmal um die Stabilisierung der Treibhausgase auf dem Niveau von 1990 sowie um eine leichte Reduktion von 8 Prozent. Und nicht mal dieses Ziel kann mit den bisher ergriffenen Massnahmen erreicht werden. Überlegen Sie einmal, was eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf 20% für Ihren persönlichen Lebensstil bezüglich Individualverkehr, Heizen, Flugreisen usw. bedeutet. „Es gibt ein Leben nach dem Erdöl“ ermutigt uns das BUWAL-Magazin und zeigt, dass ein Umsteuern und die notwendigen Reduktionen möglich sind, ohne dass wir auf sämtlichen Komfort verzichten müssen. Nur ist der Preis für Öl und Benzin noch immer zu tief, als dass sich die meisten Spar- und Effizienzmassnahmen rechnen würden.

Klimaschutzmassnahmen sind dringend notwendig, damit unser Wasserhaushalt nicht endgültig aus dem Ruder läuft. In demokratisch organisierten Gesellschaften sind diese aber nur schwer durchsetzbar. Es braucht politische Mehrheiten, und die sind schwer zu erreichen, wenn einer Veränderung der Konsumgewohnheiten zugestimmt werden muss – die vereinfachenden Kampagnen gegen Abgaben und Steuern sind zu bekannt. Und: Der Bremsweg ist lang. Klimaschutzmassnahmen müssen heute ergriffen werden und zeigen erst der nächsten oder übernächsten Generation Wirkung. Es fällt der heutigen Generation mit sehr wenigen Kindern offenbar schwer, zugunsten der kommenden Generationen zu handeln. Und: gefordert sind im Klimaschutz erst einmal die Industrieländer, die für den Grossteil der vergangenen und heutigen Emissionen verantwortlich sind. Deutschland ist in dieser Hinsicht vorbildlicher als die Schweiz. Die Förderung von Alternativenergien erfolgt in Deutschland im grossem Stil. In der Schweiz drohen dem Programm EnergieSchweiz sowie dem BUWAL im Zuge der allgemeinen Sparmassnahmen massive Einschnitte. In Volksabstimmungen sind bisher alle Vorlagen abgelehnt worden, die die Einführung von Lenkungsabgaben vorsahen. Hier könnten kirchliche Kreise durchaus vermehrt Einfluss nehmen und bei der Mehrheitsbildung helfen. „Nach uns die Sintflut“ scheint der Slogan unserer Gesellschaft zu sein. Grund genug, dieser Lebensweise die biblische Zusage entgegenzuhalten, dass von Gott her keine Sintflut mehr kommen soll. Es liegt in der Verantwortung der Menschheit, eine neue, selbstgemachte Flut bzw. eine katastrophale Dürre zu verhindern.

Auch wir SchweizerInnen heizen das Klima an. Betroffen sind vorerst die Ärmsten in anderen Ländern oder unsere Fische. Was aber die Schwächsten in der Schöpfung trifft, könnte bald auch uns treffen. Die Globalisierung unseres Lebensstils ist nicht weltverträglich und es ist an uns und auch an unseren Kirchen, sich für einen Lebensstil einzusetzen, der der Schöpfung, den Ärmsten und Schwächsten sowie den künftigen Generationen ein würdiges Leben ermöglicht. Es ist an uns, unseren übermässigen Ressourcenverbrauch so einzuschränken, dass auch andere Menschen und Geschöpfe leben und atmen können. Neben der politischen Einmischung ist es eine Aufgabe der Kirchen, der herrschenden Konsumwelt mit ihrem Energieverschleiss eine Spiritualität der Gemeinschaft und des „Genug“ gegenüberzustellen.

„ICH WILL GRÖßERE SCHEUNEN BAUEN“ (LK 12,18) – WASSER FÜR ALLE ODER PROFIT FÜR WENIGE?

Christian Muheim, Theologe

Für ChristInnen, die sich in globalisierungskritischen Bewegungen engagieren, stellt sich wieder neu die Frage nach der Bedeutung der eigenen biblischen Tradition in diesen Zusammenhängen. Der Umgang mit biblischen Texten ist in heutiger Zeit sehr unterschiedlich und reicht vom Versuch einer direkten Anwendung in einer biblizistisch-individualistischen Lesart bis zur völligen Ablehnung einer Relevanz für heute – besonders in ökonomischen Fragen. Wenn man sich jenseits solcher Streitereien die Mühe macht, konkrete biblische Texte zu lesen, dann fällt auf, wie intelligent diese Texte gerade in Bezug auf die – nicht zuletzt auch ökonomische – Situation sind, in die hinein sie geschrieben wurden. Sie formulieren nicht nur immer wieder neu die Vision eines guten Lebens für alle, sondern entlarven in ihrem Erzählen auch die konkreten ökonomischen Verhältnisse.

Augenmerk auf das Vorgehen des reichen Mannes

In dem für unser Atelier gewählten Abschnitt aus dem Lukasevangelium (Lk 12,13-21) erzählt Jesus das Beispiel vom reichen Mann, der auf seinen Feldern eine besonders gute Getreideernte stehen hat. Diesem stellt sich die Frage, wo er seine ganze Ernte verstauen soll und er beschliesst, seine Scheunen abreißen und sich grössere bauen zu lassen. Dann, so stellt er zufrieden fest, kann er zu sich selber sagen: „Nun hast du einen grossen Vorrat, der für viele Jahre reicht. Ruhe dich nun aus, iss und trink, und freue dich des Lebens!“ Oft wurde dieser Text unter einem unmittelbar moralischen Aspekt („Geiz“) abgehandelt. Nach dieser Lesart behält der reiche Mann seine Vorräte für sich und beschliesst, fortan und bis in alle Ewigkeit von seiner grossen Ernte zu essen. Um eine solche erste Lektüre weiterzubringen, lohnt es sich, das Augenmerk nochmals auf das Vorgehen des reichen Mannes zu richten. Hier wird nicht von einem Kleinbauern erzählt, der für sich das Nötigste anpflanzt, sondern von einem reichen Mann und Grossgrundbesitzer, der es sich auch leisten kann, kurzerhand seine Scheunen abreißen und neue hinstellen zu lassen. Dies ermöglicht ihm, sein Getreide nach Gutdünken zurückzuhalten und so das Angebot am Markt zu verknappen. Damit kann er die Preise in die Höhe treiben, was ihm wiederum zu einer höheren Rendite verhilft. Von einem marktwirtschaftlichen Standpunkt her gesehen ist sein Verhalten vernünftig: Er nutzt einfach die Möglichkeiten, die ihm der Markt bietet und erwirtschaftet sich so einen Extraprofit. Dies ermöglicht ihm, das zu erreichen, was die Superreichen seiner Zeit auszeichnet: nicht mehr arbeiten zu müssen und sich des Lebens zu freuen.

Frage nach dem Umgang mit Grundnahrungsmitteln

Getreide gilt in der Antike (zusammen mit Wein) als einzig wirkliches Grundnahrungsmittel; mit seinem Handeln nutzt der reiche Mann also die Abhängigkeit der Menschen von diesem Produkt schamlos aus. Die Logik seines Vorgehens widerspricht somit einer Ökonomie der Gerechtigkeit, für die Gott in den Schriften einsteht. Folgerichtig wird sein Handeln in der Beispielerzählung durch Gott selbst als unvernünftig („Du Unvernünftiger!“) abqualifiziert: Die Logik des freien Marktes und die Logik einer Ökonomie der Gerechtigkeit liegen im Widerstreit. Nicht von ungefähr gibt es in der jüdischen Tradition eine breite Diskussion darüber, wie solche marktmanenten Mechanismen eingeschränkt werden können. So heisst es im babylonischen Talmud: „Man darf keine Früchte (d.h. Getreide), Dinge, die als Lebensmittel dienen, z.B. Wein, Öl und Mehl aufspeichern, wohl aber Gewürze, Kümmel, Pfeffer, welche die nicht lebensnotwendigen Dinge repräsentieren.“

Beginnt man Lukas 12,13–21 in dieser Art zu lesen, dann treten Text und heutige Zeit neuartig in Kommunikation. Viele Fragen, die der Text für seine Zeit und in Bezug auf das Grundnahrungsmittel Getreide aufwirft, stellen sich für unsere Zeit und im Kontext der Tagung in Bezug auf das Grundnahrungsmittel Wasser. Mit Bezug auf den Gott der Schriften ist die Entscheidung des Textes eindeutig: nicht Profit für wenige, sondern Deckung der Grundbedürfnisse für alle.

Literaturhinweise:

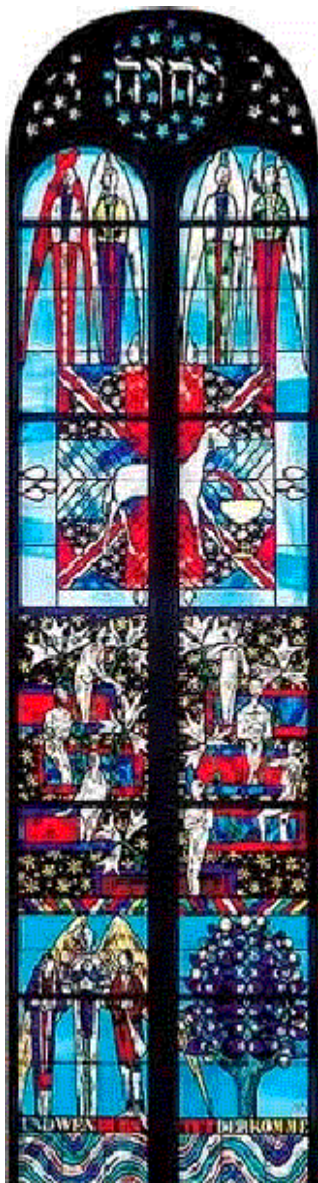
Schottroff, Luise / Stegemann, Wolfgang, Jesus von Nazareth. Hoffnung der Armen, Stuttgart-Berlin-Köln, 1990.

Füssel, Kuno / Segbers, Franz (Hg.), „...so lernen die Völker des Erdkreises Gerechtigkeit.“ Ein Arbeitsbuch zu Bibel und Ökonomie, Luzern / Salzburg 1995.

WASSER BELEBT – BEWEGUNG UND TANZ

Conradin Konzetti, Fachmann für Tanz in der Kirche, Pfarrer

Nach den Vorträgen und Wortbeiträgen am Vormittag, nach dem Mittagessen – im Raum der Kirche. Die drei Glasfenster von Hunziker: das Wasser, welches im unteren Bereich jedes Fensters fließt und die drei verbindet. Das Wasser, mit dem Jesus (im rechten Fenster) getauft wird. Das Schreiten durch den Raum zur „Wassermusik“ G.F. Händels. Die Übungen, die das Wasser in unsern Körpern vielleicht zum Fließen bringen. Die langsamen und bewegteren Schritte und Tänze, die uns beschwingen.



DER FALL NESTLÉ: WIDERSTAND GEGEN DIE PRIVATISIERUNG VON WASSER IN BEVAIX (NE) UND ANDERSWO

Marie-José und Hugo Cecchini, attac Neuchâtel

Action citoyenne face à une demande de concession de prélèvement d'eau à Bevaix de la part de Nestlé – Résumé

Le 12 septembre 2001, un avis portant sur une demande de concession de prélèvement d'eau minérale à partir du Puits de Treytel (Bevaix) apparaît dans la feuille officielle de l'Etat de Neuchâtel.

Une citoyenne attentive prend connaissance de cet avis et va consulter le dossier technique mis à disposition au bureau de l'économie des eaux. Elle contacte alors l'association attac-Neuchâtel et l'interpelle sur cette question. Des membres de l'association habitant la commune de Bevaix sont mis au courant des faits et décident alors de participer à la discussion et aux actions qui en découlent: en effet, attac entend s'opposer à cette demande de concession pour une raison de principe, car l'eau doit avant tout rester un bien public.

Des membres de cette association citoyenne forment un group de travail (7 personnes) qui va agir à différents niveaux:

- Recueillir, dans le dossier mis à l'enquête, les données nécessaires à la compréhension de la procédure qui a aboutit à la demande de concession de Nestlé
- Informer, au niveau local, les citoyens de Bevaix, en les appelant à participer à une soirée d'information organisée au village. A cette occasion, ils invitent ceux qui le veulent à faire opposition à la demande de Nestlé par la signature d'une lettre-type d'opposition à l'adresse du Conseiller d'Etat en charge du dossier
- Informer aussi les citoyens au niveau régional en organisant, en ville de Neuchâtel, un stand d'information et de récolte de signatures de la même lettre d'opposition; l'eau étant propriété de l'Etat, tous les citoyens du canton sont en effet concernés et peuvent s'opposer à la demande
- au niveau du Grand Conseil (législatif), interpeller l'exécutif sur le bienfondé de la demande de concession
- élaborer, par la voix d'un avocat, l'opposition particulière d'un citoyen, avec des arguments mieux fondés au niveau juridique que la lettre-type d'opposition, élaborée dans l'urgence. Ceci offre un moyen d'action qui permet d'intervenir au niveau judiciaire, au cas où le Conseil d'Etat ne tiendrait pas compte des oppositions des citoyens,

- contacter ses connaissances personnelles par courrier en les invitant également à signer la lettre-type d'opposition
- parallèlement, s'assurer de la présence des médias lors de chaque action publique.

Ces actions ont été couronnées de succès, puisque Nestlé, suite à la dimension que prenait cette affaire et soucieuse de préserver son image au niveau suisse, a retiré sa demande dans le courant du mois de décembre 2001.

L'issue de cette affaire peut s'expliquer par une capacité rapide de mobilisation et d'action citoyenne. La rapidité nous a été imposée par les délais d'opposition prévus par la loi, et ce sont les réseaux et activités de chacun qui ont été mis à contribution, que ce soit pour le contact avec les médias, la connaissance des lois, un siège au Grand Conseil, et une grande disponibilité et engagement personnel dans le travail de terrain.

Nous avons par ailleurs su exploiter les faiblesses de nos adversaires, qui portaient sur des vices de procédure. D'autre part, la mauvaise politique d'information des autorités tant cantonales que communales a abouti à une forte réaction de la population, qui s'est sentie quelque peu trahie par ses autorités.

Dans ce cas particulier, nous avons su profiter des possibilités qu'offre notre système démocratique de s'opposer à une demande de ce genre sans craindre de mettre sa vie en danger, ce qui malheureusement n'est pas toujours le cas ailleurs dans le monde, notamment dans les pays du sud.

Cette action nous montre que lorsque le cadre légal et de l'Etat fonctionne, des simples citoyens et citoyennes sont à même de renverser des processus qui semblent irréversibles vu l'importance et la puissance de certaines entreprises et des intérêts convergents des milieux politiques et de la finance.

Résultats de l'atelier

L'échange d'idées sur la question que nous avons proposée a été fructueux:

- nous avons constaté qu'il est très important de se regrouper pour réfléchir et agir dans ce genre de situations. Il est donc fondamental de trouver des alliés et de s'organiser afin de se répartir le travail qu'implique de telles actions.
- Il est bien sûr indispensable de se tenir au courant des affaires publiques (lecture du journal officiel de l'Etat).
- Nous n'étions pas tous d'accord sur le niveau de communication à engager avec les parties prenantes de l'affaire (représentants de Nestlé, autorités communales). Un participant proposait de s'informer et de discuter personnellement avec eux. Cette idée n'était venue à personne dans le comité d'action que nous avons formé. Au contraire, nous

avons agi en réponse au niveau de communication de nos adversaires, et sans les consulter afin de les surprendre: face à l'information minimale qu'ils avaient émise dans la presse officielle, nous avons voulu au contraire informer nos concitoyens et mettre la question de l'eau sur la place publique.

- Dernier point à relever: le pouvoir et le rôle des médias n'a pas été pris en compte par les participants. Ils ont pourtant été un relais crucial de notre action, et nous pensons que c'est en partie pour éviter davantage de tapage médiatique que Nestlé (qui ne souhaitait pas que son nom apparaisse dans la demande de concession) a renoncé à l'eau de Bevaix.

GLOBALISIERUNGSFRAGEN IN DEN KIRCHGEMEINDEN: SCHRITTE ZU EINER WIRTSCHAFTLICHEN ALPHABETISIERUNG

Helmut Kaiser und Walter Rohrer, Sozialethiker

Ziel von Atelier 10 war, die Umsetzung der Globalisierungsfragen in den Kirchgemeinden zu diskutieren. Die Möglichkeiten sind vielfältig. Wichtig ist, dass diese Frage angepackt wird:

- Informationen über den Begriff der Globalisierung und Grundkenntnisse über die Wirtschaft vermitteln
- Information und Diskussion der Policy des Synodalrates
- Gespräch mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik zu diesem Thema
- Mitarbeit bei lokalen Prozessen wie LA 21
- Brot für alle / HEKS-Themen und Projekte aufnehmen

Die entsprechenden Fachleute im Bereich der OEME sowie der Gemeindedienste und Bildung können angefragt werden, wenn eine solche Diskussion der Globalisierungsfragen in der Kirchgemeinde geplant ist.

Susanne Schneeberger Geisler, Fachstelle OeME, Tel. 031 313 10 15

Walter Rohrer, Gemeindedienste und Bildung, Tel. 031 385 16 16

COCHABAMBA, BOLIVIEN: DER KAMPF GEGEN DIE PRIVATISIERUNG DES WASSERS

Yvonne Zimmermann, freischaffende Journalistin, Anti-WTO-Koordination

Zu Beginn des Jahres 2000 wechselte die Wasserversorgung der bolivianischen Stadt Cochabamba von der öffentlichen Hand in diejenige des US-amerikanischen Multis Bechtel. Die Wasserpreise stiegen schlagartig um das Mehrfache an. Die Bevölkerung begann sich zu wehren, und nach einem mehrwöchigen Aufstand musste die bolivianische Regierung die Privatisierung des Wassers rückgängig machen.

Der "Wasserkrieg" war jedoch damit noch nicht zu Ende: Bechtel reichte eine Klage gegen Bolivien ein und forderte als Entschädigung für entgangene Gewinne 25 Millionen US-Dollar. Zur Zeit läuft dieser Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit bei einem Schlichtungsgericht bei der Weltbank. Diese ist jedoch nicht neutral, sondern hatte die bolivianische Regierung zur Privatisierung gedrängt.

Im Atelier zum Kampf gegen die Privatisierung des Wassers in Cochabamba, Bolivien, haben die TeilnehmerInnen zum Abschluss folgende Punkte festgehalten:

- Es lohnt sich, gegen die Privatisierung natürlicher Ressourcen zu kämpfen: Wenn wir uns gemeinsam wehren, ist ein Erfolg wie in Cochabamba möglich. Dort wurde sogar mehr erreicht als die De-Privatisierung des Wassers: Die Wasserversorgung wird seither gemeinschaftlich verwaltet.
- Allerdings bestehen komplizierte Verflechtungen, die nicht immer leicht durchschaubar sind; im Fall Cochabamba zwischen der bolivianischen Regierung, der Weltbank, dem US-Multi Bechtel, der sich hinter dem Käufer des Wassers, "Aguas del Tunari", versteckte, und durch ein bilaterales Investitionsschutzabkommen auch mit den Niederlanden. Gegen wen und was müssen sich unsere Kämpfe richten?
- In Cochabamba wurde ausser der Notwendigkeit des Wassers im Alltag eine weitere Bedeutung des Wassers deutlich: Die Indígenas bedienen sich nicht des Wassers oder "brauchen" es, sondern leben mit ihm zusammen. Es gehört der Pachamama, der Mutter Erde und ist Teil der Cosmovision der Indígenas.
- Wie können wir verhindern, dass Wasser privatisiert wird? Einerseits müssen wir Transparenz fordern und demokratische Mitsprache in entsprechenden Entscheidungen, andererseits gegen die Politik der Multis und internationaler Organisationen protestieren, die strukturelle Anpassungen (u.a. Privatisierung) fordern.

KAMERUN: DIE VERSORGUNG MIT WASSER IN AFRIKANISCHEN DÖRFERN

Hans Schär, Tropenagronom und Spezialist für ländliche Entwicklung

Wir haben im Atelier festgestellt, dass zum Beispiel in Kamerun etwa 70% der Bevölkerung in Dörfern und Siedlungen leben und den Lebensunterhalt mit Kleinlandwirtschaft verdienen.

Wenn man sich mit Entwicklungsarbeit in ländlichen Gebieten befasst, wird einem schnell bewusst, wie eng Land-, Wald- und Weidewirtschaft mit der Wasserversorgung zusammenhängt. In vielen Fällen ist es tatsächlich so, dass die Menschen es selber in den Händen haben, ob sie genügend und qualitativ gutes Wasser haben oder eben nicht.

Rücksichtsloses Abholzen und ungeeignete Anbaumethoden und Brandwirtschaft sind oft daran Schuld, dass Quellen versiegen.

Eine integrierte ländliche Entwicklung hilft durch Reduzierung der Abwanderung auch mit, die riesigen Probleme in den grossen Städten zu verringern.

Der drohenden Kommerzialisierung des Wassers in ländlichen Gebieten kann durch Bewusstseinsbildung, Verbesserung der Landwirtschaft, sowie mit Schutzmassnahmen für Quellgebiete effizient entgegengewirkt werden.

ISRAEL/PALÄSTINA: TIEFE BOHRUNGEN UND HOHE MAUERN IM KAMPF UMS WASSER

Theo von Fellenberg, Ökonom und Menschenrechtsbeobachter für Peace Watch in Palästina/Israel

Etwa 10 Personen im Atelier mit viel Sympathie für Palästina und nicht soviel Kenntnis zur Wassersituation dort

- vergegenwärtigen sich „Bilder“ zu Wasser bei uns (Wasser ist sichtbar, auch z.B. beim Skifahren...) und in der West Bank (unsichtbar in Brunnen; kein Zugang zum Meer);

- bekommen Statistiken zum Wasserverbrauch in Jayyous (einem Dorf in der West Bank): 23 l Trinkwasser pro Kopf und Tag (bei der Weltgesundheitsorganisation WHO gelten 50 l als Standard-Minimum); vom Zisternenwagen kostet 1m³ Wasser 5.–US\$;
- erfahren, dass die BewohnerInnen von Jayyous nach 1967 von den Gastarbeiter-Einkommen in Israel lebten; in den letzten Jahren zu 70% vom Gemüseanbau (Plastiktunnel, wenig Wasserbedarf) im flachen Land. Und nach dem Mauerbau?? Das Gemüseland liegt weit westlich der Mauer, die hier bis 6 km tief ins palästinensische Gebiet reicht
- lassen sich überzeugen, dass eine gerechte Lösung wäre: Palästina darf selber über sein Wasser bestimmen, darf es verkaufen....;
- fragen sich, ob es langfristig überhaupt eine gerechte Lösung geben wird. Und was heisst dabei „langfristig“?
- Grosse Betroffenheit!

Renate Jordi

SENEGAL: WASSER HEISST LEBEN, WASSER SCHAFFT KONFLIKTE

Heidi Keita, Programmbeauftragte HEKS

Das Beispiel Nordostsenegal (Region Ferlo): Eine Viehzüchterregion

Region gekennzeichnet durch Wassermangel und unregelmässige Regenfälle. Viehzüchter und Ackerbauern. Immer wieder drohen Dürren, die jährlichen Niederschläge liegen zwischen 100 und 400 mm. Der Zugang zu Trinkwasser ist entscheidender Faktor für das Verbleiben von Mensch und Tier in diesem Lebensraum. Regenzeit: 3 Monate im Jahr.

Dank eines in den 50er Jahren realisierten Brunnenbauprogramms in der Region, welches die Sesshaftmachung der nomadisierenden Viehzüchter zum Ziel hatte, gibt es heute einige bis zu 400 m tiefe Bohrbrunnen. Rund um diese Brunnen sind Dörfer entstanden, es entwickelte sich eine neue Form der Mobilität, die „Mikronomadentum“ genannt werden könnte.

Der Bohrbrunnen von Younouférou entstand 1952 und versorgt 13 Dörfer mit Wasser. Bis in die 80er Jahre wurde er vom Staat unterhalten und – falls nötig – repariert. Mit Einführung der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF entledigte sich der Staat jedoch dieser Aufgabe und überliess der Bevölkerung Wartung und Unterhalt der Wasserversorgung. Der Mangel an Ausbildung, die unvorbereitete Übergabe, Nichtexistenz von technischen Diensten in der Region verursachten schon bald eine Reihe von Problemen: ständige Motorpannen, kein Geld für Reparaturen, keine Einkünfte aus der Wasserabgabe, permanente Konflikte zwischen Brunnenbenützern, ein Brunnenkomitee, das nicht funktioniert usw.

Die Situation vor einem Jahr: Panne am Brunnenmotor – kein Wasser mehr!

Die Bevölkerung war gezwungen, sich auf die Suche nach Wasser zu machen (mit ihrem Vieh) und konnte ihren anderen familiären und dörflichen Aktivitäten kaum mehr nachgehen. Die Frauen mussten 2–3mal täglich auf Eselskarren Distanzen bis zu 15 km zurücklegen, um Wasser zu holen für ihre Kleintiere und für ihren Haushalt. Die Kinder konnten nicht mehr regelmässig zur Schule gehen, weil sie ihren Familien beim Wasserholen helfen oder mit ihnen und den Viehherden auf Wassersuche gehen mussten.

Die Situation hat den Menschen Opfer abverlangt, die sie sonst niemals geleistet hätten: z.B. ein Viehzüchter musste FCFA 60'000 (CHF 120) pro Tag für das Tränken seiner Tiere bezahlen, während er sonst nicht einmal FCFA 20'000 (CHF 50) pro Monat für das Tränken am Brunnen von Younouférou ausgab. Ein Familienvater musste FCFA 1'500 (CHF 3,75) pro Tag ausgeben für den Wasserkauf (100 FCFA (0.25 CHF) pro Bassin), während er sich früher immer geweigert hatte, die 500 F (CHF 1.25) Brunnengebühr pro Monat zu bezahlen.

Die Viehzüchter mussten an anderen, weit entfernten Brunnen den Monatstarif von FCFA 12'500 für das Tränken der Tiere bezahlen, während sie in ihrem eigenen Dorf Younouférou nicht bereit waren, die monatliche Quote für die Tiere zu bezahlen (FCFA 4'000).

Probleme, die zu dieser Situation geführt haben (=Die Kasse ist leer, kein Geld, um einen neuen Motor zu kaufen):

- Es gibt kein Tarifsysteem, welches gemeinsam ausgearbeitet und gegenüber allen BenutzerInnen gleich angewendet wird;
- Die Mitglieder des Brunnenkomitees haben zu wenig technische, administrative und finanzielle Kompetenzen;
- Das Einkassiersystem ist nicht transparent;
- Es gibt keine Rechenschaftslegung und Informationspflicht des Brunnenkomitees gegenüber der Bevölkerung;
- Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern des Brunnenkomitees und den Dorfcheads, Konflikte zwischen den einzelnen Mitgliedern des Brunnenkomitees;
- Konflikte zwischen BrunnenbenutzerInnen.

Lösung (mit Unterstützung des HEKS-Projektpartners CERFLA als Teil der Projektaktivitäten):

- Gemeinsam Regeln für die gute Verwaltung des Brunnens festlegen;
- Ein allseitig akzeptiertes Kontrollsystem einführen;
- Ein transparentes Tarifsysteem einführen und monatliches Einkassieren der Beiträge;
- Ein kompetentes und effizientes Brunnenkomitee wählen und ausbilden;
- Ein Konfliktmediationskomitee einsetzen, welches für Konflikte rund um den Brunnen zuständig ist;
- Informations- und Sensibilisierungsaktionen in allen umliegenden Dörfern durchführen bezüglich der neuen Verwaltung des Brunnens;
- Regelmässige Rechenschaftslegung und Information der Bevölkerung über die Einnahmen- und Ausgabensituation des Brunnens.

Ergebnis:

Innerhalb eines Monats hat das neue Brunnenkomitee CHF 2'800 eingenommen und auf der Bank deponiert. Die Preise wurden wie folgt festgelegt:

Pro Kuh: 25 Rappen / Monat

Pro Schaf, Ziege: 7.5 Rp. / Monat

Pro Haushalt: Fr. 1.25 / Monat

Pneu, kleines Modell: Fr. 2.50 / Monat

Pneu, grosses Modell, Fr. 3.75

für Restaurant, Boutique, Werkstattbesitzer: Fr. 2.50 / Monat

Alle müssen eine Mitgliederkarte kaufen.

Fazit:

Zugang zu Trinkwasser bedeutet:

- Zeit- und Arbeitersparnis für Frauen;
- bessere Schulpräsenz und Leistungen der Kinder;
- weniger Krankheiten usw.

Aber die andere Seite ist beinahe wichtiger:

Damit der Zugang zu Trinkwasser nachhaltig ist und von der Bevölkerung selbst kontrolliert wird und damit die Menschen nicht manipuliert werden können, braucht es

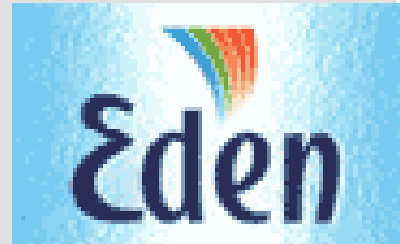
- Organisationsstärkung;
- Dorfentwicklung;
- Auseinandersetzung, Diskussion, Aufbau demokratischer Entscheidungsprozesse;
- Ausbildung.

Der Bau eines Brunnens bedeutet auch Dorfplanung (Städteplanung), denn rund um einen Brunnen entsteht Leben: Läden, Verkäufer, Händler, aber auch Schmutz, Abfall, Konflikte. Ein Brunnen ist schnell gebaut, aber den Wirkungen die von einem Brunnen ausgehen können (negativ und positiv), müssen in den Projekten vermehrt Rechnung getragen werden. Sie können nicht so schnell rückgängig gemacht werden.

Die Problematik des Zugangs zu Wasser wird in der Entwicklungszusammenarbeit SAHEL oft zu eng gesehen: die weitreichenden Konsequenzen eines Brunnens im Sahel werden nicht oder zu wenig abgeschätzt. Die Investition des Brunnenbaus ist eine Sache, dessen Unterhalt eine andere. Ein Brunnen ist eine ernste Sache. Keine Experimente sind möglich, denn diese haben weitreichende Konsequenzen für das Leben vieler Familien, eines ganzen Lebensraums. Entwicklungszusammenarbeit-Akteure unterschätzen oft die Wirkung eines Brunnens.

SPOT: DIALOG EDEN-WASSER

Stimme aus dem Off: Eva und die Schlange – eine Wieder-Begegnung



Ein Wasser, das seit seinem Ursprung nichts von seiner Reinheit verloren hat.

Unsere Mission

Um seine Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, benötigt unser Körper mindestens zwei Liter Flüssigkeit im Tag.

Eden Springs verspricht Ihnen permanentes Wohlbefinden dank frischem, reinem und unberührten Wasser, ohne dass Sie sich dafür aus dem Haus begeben müssen. Wir liefern einzigartig reines Wasser aus einer nach strengen Kriterien ausgewählten Quelle als Wohltat der Natur direkt zu Ihnen nach Hause oder ins Büro.

(Zitat: www.edensprings.ch)

Schlange: Hallo Eva, dass wir uns nochmal treffen! Es ist lange her, dass wir uns gesehen haben. Du siehst müde aus. Komm erfrisch dich, trink! Nimm einen Schluck kühles, belebendes Wasser. Eden-Wasser!!

Eva: (protestiert) Gib dir keine Mühe, von dir nehme ich nichts mehr.

- Schlange: Ach komm, das sind doch so alte Geschichten. Das war doch damals alles nur ein dummes Missverständnis. Wenn du mich nur hättest erklären lassen. Aber lassen wir's.... Was soll denn an Wasser falsch sein. Gutes, reines, klares Wasser. Belebend und erfrischend. Es wird dir gut tun!
- Eva: Ach wirklich? So wie der Apfel damals?
- Schlange: Hör mir doch einfach mal zu. Es gibt ein neues Mineralwasser. Eden heisst es, und es verspricht viel. Man sagt, es ver helfe zur perfekten Schönheit und zu innerem Heil. Hier steht es: „Die Eden-Quelle verspricht Ihnen permanentes Wohlbefinden dank frischem, reinen und unberührtem Wasser, ohne dass Sie sich dabei aus dem Haus begeben müssen. Wir liefern Ihnen einzigartig reines Wasser aus einer nach strengen Kriterien ausgewählten Quelle als Wohltat der Natur direkt zu Ihnen nach Hause oder ins Büro.“
- Eva: Eden-Quelle, das tönt ja wirklich paradiesisch, fast wie früher... Wo genau, sagst du, ist die Quelle?
- Schlange: In Israel, auf den Golanhöhen, reinstes, bestes Wasser...
- Eva: Aber das ist doch besetztes Gebiet! Eine Firma, die sich Eden, wie der Garten Eden, nennt und damit eine Anspielung auf das Paradies macht, und Wasser aus besetzten Gebieten verkauft? Wasser, das ihr gar nicht gehört? Nein, das geht doch nicht. Die Geschichte von dieser Eden-Firma gefällt mir nicht...
- Schlange: Aber hör doch Eva, das ist Schnee von gestern, Eden hat im Wallis eine Quelle aufgekauft und zapft dort das Wasser ab. Ich weiss nicht, was da anrühlich sein soll. Ich verlasse mich auf jeden Fall auf dieses Wasser, ich möchte gerne permanentes Wohlbefinden erleben und finde das Wasser gut. Und weißt du was? Man kann dieses Wasser sogar in grossen Plastikbehältern bestellen, die auch ins Büro geliefert werden. Oder in Läden. Überall kann man sich beleben und erfrischen mit kühlem, klarem Wasser.
- Eva: (spöttisch) Welch eine Wohltat! Was für eine menschenfreundliche Erfindung! Und was verdient – wenn ich fragen darf – die Firma Eden daran?
- Schlange: (stolz) 151 Millionen US\$ im letzten Jahr. Ist doch toll, nicht wahr?
- Eva: Du bist ja gut informiert. Aber mir gefällt das nicht. Zu meiner Zeit im Garten Eden war frisches Wasser für alle vorhanden, für Mensch und Tier. Es war kein Gut zum Verkauf, es war für alle frei zugänglich.

Schlange:
(fällt Eva ins Wort)

Ach Eva, du bist einfach altmodisch, früher warst du nicht so...

Eva:

Und wer, bitte, hat meine Leichtgläubigkeit kuriert? Warum nimmst du nicht einfach Hahnenwasser für dein Wohlbefinden? In der Schweiz können wir das Wasser ohne Bedenken noch trinken, es braucht doch dieses Mineralwasser gar nicht, es braucht diese Zapfsäule nicht, in der das Wasser künstlich gekühlt wird und wir brauchen niemanden, der diese Behälter mit Lastwagen transportiert und in die einzelne Büros schleppt...

Ich meine, Wasser soll für alle sein, und wir sollen dazu Sorge tragen, dass wir das Wasser aus dem Hahn weiterhin in guter Qualität trinken können, damit es sich alle leisten können.

Susanne Schneeberger Geisler, Fachstelle OeME

Die Quelle von Dorénaz



Die Erde von Eden hütet ein stilles Geheimnis: Denn sie ist es, welche die langsame Entstehung unseres unvergleichlichen Wassers begleitet.

Auf seinem langen Weg reinigt und mineralisiert sich das Eden-Wasser selbst und entspringt, an perfekt geschützter Lage im Massiv Aiguilles rouges inmitten der Walliser Alpen, der Quelle von Dorénaz auf natürliche Weise, ohne jede mechanische Unterstützung.

Der Wechsel der geologischen Schichten wirkt als natürlicher Filter und garantiert die einzigartige Reinheit sowie einen ausgewogenen Mineralstoffgehalt, der Ihren Organismus ideal unterstützt.

(Zitat: www.edensprings.ch)

III. BEITRÄGE AUS DER SCHLUSSFEIER

Christian Muheim, Theologe

Die Hoffnung – so heisst es – habe zwei Kinder: Wut und Mut.
Die Wut über das bestehende Unrecht
und den Mut, dieses Unrecht verändern zu wollen.
Vergessen wir eines der beiden, ist unsere Hoffnung gefährdet.
Worauf es deshalb – so denke ich – ganz besonders ankommt: Das wir uns von der Fülle der
Informationen nicht zudecken lassen, sondern sorgfältig dafür schauen, dass wir mit diesen
Informationen handlungsfähig bleiben, neu handlungsfähig werden.
Deshalb soll in dieser Feier die Ermutigung einen wichtigen Platz einnehmen.

„Bewahre uns Gott, behüte uns Gott, sei mit uns auf unseren Wegen.“

Bitten wir zum Schluss dieser Tagung um den Segen Gottes:

So segne Gott
die Leidenschaft deiner Liebe zu allem Lebendigen!
die Wut deiner Empörung über alles Unrecht!
die Fantasie, die deine Taten beflügelt!
Gott segne
die Heilkraft deiner Worte und deiner Berührungen!
die Klarheit deines Denkens!
den Schatten in deinem Wesen!
die Weite deines Herzens!
Amen

Biblische Wasserstellen

Jeremias 2, 11-13

Hat je ein Volk seine Götter gewechselt? Dabei sind es gar keine Götter.
Mein Volk aber hat seinen Ruhm gegen unnütze Götzen vertauscht.
Entsetzt euch darüber, ihr Himmel, erschauert gewaltig – Spruch des Herrn.
Denn mein Volk hat doppeltes Unrecht verübt: Mich hat es verlassen, den Quell des lebendigen
Wassers, um sich Zisternen zu graben, Zisternen mit Rissen, die das Wasser nicht halten.

Jeremias 2, 18–19. 22

Was nützt es dir jetzt, nach Ägypten zu laufen, um Nilwasser zu trinken, oder nach Assur zu laufen, um Euphratwasser zu trinken? Dein böses Tun straft dich, deine Abtrünnigkeit klagt dich an.

Selbst wenn du dich mit Lauge waschen und noch soviel Seife verwenden wolltest, deine Schuld bliebe doch ein Schmutzfleck vor meinen Augen – Spruch Gottes, des Herrn.

Jesaja 12, 3

Ihr werdet Wasser schöpfen voll Freude aus den Quellen des Heils.

Johannes 4, 13–14

Jesus antwortete ihr: Wer von diesem Wasser trinkt, wird wieder Durst bekommen; wer aber von dem Wasser trinkt, das ich ihm geben werde, wird niemals mehr Durst haben; vielmehr wird das Wasser, das ich ihm gebe, in ihm zur sprudelnden Quelle werden, deren Wasser ewiges Leben schenkt.

Irene Meier

Bevor wir in alle Richtungen heimkehren, trinken wir noch einen Schluck Weissenburger Quellwasser und reichen dann das Glas der Bank-Nachbarin oder dem -Nachbarn weiter.

Wir wollen den Schluck Wasser einige Sekunden im Mund behalten, darauf bedacht, den Geschmack und die Geschichte dieses Wassers in uns aufzunehmen. Uns erinnern, wie einzigartig dieses Wasser, wie wichtig Wasser überhaupt ist, sei es in Sao Laurengo, Brasilien, in Bevaix, in Bolivien, Kamerun, Palästina oder in Weissenburg.

Aus eigenen Quellen trinken: Was, wenn sie übernutzt, ausgepumpt, verkauft werden?

Dank dem Engagement einer kleinen Gruppe von Menschen gibt der Brunnen am Bahnhof Weissenburg heute nur soviel Wasser ab, dass die Quelle stark genug ist, anderes Grundwasser fernzuhalten, zur Freude und für die Gesundheit vieler Menschen!

Für mich ist diese Quelle eine wunderbare Lehrmeisterin, indem sie zeigt, wie Kräfte gesammelt und Fähigkeiten am besten eingesetzt werden.

Gleichermassen zeigt mir aber auch die vereinte Kraft von Menschen, dass Mobilisierung und Widerstand wie z.B. in Cochabamba schlimme Entwicklungen stoppen können.

Ich bin dankbar, Teil der Berner OeME Bewegung zu sein. Hier konnte ich in den letzten Jahren viele Begegnungen machen und Kontakte knüpfen mit Menschen aus der ganzen Welt. Mein Verständnis und meine Anteilnahme für andere sind dadurch enorm gewachsen.

Mit der heute vorgestellten Policy „für die Globalisierung der Gerechtigkeit“ erhalten wir nun auch noch ein wichtiges Werkzeug. Es wird spannend sein, die Texte in unterschiedlichsten Gruppen zu diskutieren und – das hoffe ich sehr – Handlungsvorschläge auszuprobieren und umzusetzen.

Ich freue mich sehr, dass ich im nächsten Sommer als Beobachterin mit der Schweizer Delegation zur Generalversammlung des Reformierten Weltbundes nach Accra fliegen darf. Im Gepäck wird auch die Policy mitreisen. Wie werden Menschen, die massiv unter der wirtschaftlichen Globalisierung leiden, darauf reagieren?

Kann ich diesen Menschen davon erzählen, dass wir gewillt sind, gemeinsam und voller Vertrauen auf Gottes Hilfe einen starken Druck zu entwickeln, um der Gerechtigkeit den Weg zu ebnen, auf das alle das Leben in Fülle haben?

GLAUBENSERKLÄRUNG ZUR GLOBALEN KRISE DES LEBENS

Forum der Mitgliedskirchen des Reformierten Weltbundes aus Ländern des Südens zum „verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (*processus confessionis*) bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“, Buenos Aires, 23.–26. April 2003

Die Schöpfung ist heutzutage mit einer globalen Krise des Lebens konfrontiert. In Anbetracht dieses *kairos*, eines Momentes, der nach klaren und unmissverständlichen Entscheidungen verlangt, wurde vom Reformierten Weltbund (RWB) ein Forum für Mitgliedskirchen aus den Ländern des Südens einberufen, das vom 23. bis 26. April 2003 in Buenos Aires stattfand. Die südlichen Mitgliedskirchen des RWB, die sich schwer wiegender Auswirkungen durch die ökonomische Globalisierung gegenüber sehen, kamen zusammen, um über den von der 23. Generalversammlung des RWB verabschiedeten Aufruf zu einem „verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (*processus confessionis*) bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ zu reflektieren und eine diesbezügliche Glaubenserklärung zu formulieren. An dem Forum nahmen RepräsentantInnen von Kirchen aus Asien, Afrika, dem Pazifik, der Karibik und Lateinamerika sowie Mitglieder der „task force“ des RWB zum *processus confessionis* teil.

Unser Treffen in Buenos Aires befand den gegenwärtigen Zeitpunkt in der Weltgeschichte als einen Kairos, der uns zu entschiedenem Handeln herausfordert. Wir sind Zeugen der entsetzlichen Situation geworden, in der sich unsere argentinischen Schwestern und Brüder befinden. Die gegenwärtige Krise in Argentinien wirft im Blick auf den laufenden Bekenntnisprozess, wie er von der 23. Generalversammlung des RWB 1997 in Debrecen initiiert

wurde, neue Gesichtspunkte auf. Wir trafen uns in Kenntnis des Weges, den der Prozess, seit er durch den Aufruf der afrikanischen Kirchen zur Erklärung eines *status confessionis* zu wirtschaftlicher Ungerechtigkeit in Kitwe (1995) seinen Anfang nahm, bis hierher genommen hat. Auf diesem Weg haben viele Kirchen aus aller Welt auf vielfältige Weise zu wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung Position bezogen. Einige unter ihnen, wie etwa die Presbyterianischen Kirchen in Korea und Venezuela, verabschiedeten Stellungnahmen des Glaubens zur Krise des Lebens in ihren Ländern. Wir danken der ökumenischen Familie, dem Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, Konferenz Christlicher Kirchen in Asien, der Konferenz Europäischer Kirchen, dem Pazifischen Kirchenrat und dem Lateinamerikanischen Kirchenrat sowie der Allianz Reformierter Kirchen im südlichen Afrika, dem Nordostasiatischen Gebietsausschuss, dem Europäischen Gebietsausschuss und der Allianz Presbyterianischer und Reformierter Kirchen in Lateinamerika, die sich allesamt an diesem Weg beteiligt haben im Rahmen der regionalen Konsultationen in Asien (Seoul und Bangkok, 1999), Mittel- und Osteuropa (Budapest, 2001), dem Pazifik (Fiji, 2001), Westeuropa (Soesterberg, 2002) und Lateinamerika (Buenos Aires, 2003).

Als Kirchen des Südens verlangt die dramatische Situation und das ungeheure Leid unserer Gemeinschaften es uns ab, unsere Erfahrungen und deren Bedeutung für den Prozess des Verstehens und Analysierens der sich verändernden ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen gründlich zu bedenken. Das Austauschen unserer Erfahrungen von Leid und das gemeinsame Reflektieren unseres Glaubens haben uns veranlasst, mit Blick auf die bevorstehende Generalversammlung des RWB 2004 in Accra sowie darüber hinaus eine Glaubenserklärung zu verfassen.

DIE KRISE DES LEBENS

Erfahrungen der Krise des Lebens

Wir hören des Weinen der Menschen und das Stöhnen der Schöpfung...

In Buenos Aires wurde uns das enorme Leid gegenwärtig, welches durch die Wirtschaftskrise verursacht worden ist. Für uns war es schockierend zu hören, dass im Unterschied zur Situation vor 25 Jahren, als Argentinien eine Bevölkerung von 22 Millionen mit weniger als zwei Millionen Armen besaß, heutzutage von den insgesamt 37 Millionen ArgentinierInnen 21 Millionen arm sind. Die Menschen in Argentinien, wie viele andere auf der Welt, sind von einer Illusion getäuscht worden. Im Verlauf der letzten 25 Jahre überstieg die Zunahme der in Armut lebenden Menschen den Bevölkerungszuwachs; die Mittelklasse, zu der einstmals mehr als die Hälfte der Bevölkerung gehörte, ist dramatisch geschrumpft, und nur noch dreißig Prozent der Bevölkerung gehen einer regulären Beschäftigung nach.

Es ist ganz offensichtlich, dass wir auf einer neuen Entwicklungsstufe des Kapitalismus angelangt sind, die alle Formen der Macht kombiniert und alle Dimensionen des Lebens beeinflusst. Das kapitalistische System der Produktion hat sich in eines der Finanzen verwandelt. Es ist gekennzeichnet durch eine ebenso weitreichende wie alles umfassende Strategie der Dominanz, innerhalb derer die internationalen Finanzmärkte Imperium und Gott zugleich sind. Dieses globale Finanzimperium wird durch militärische, politische und ideologische

Macht gestützt, und seine Machthaber entscheiden über das Überleben der Länder und Menschen an der Peripherie. Das Imperium des Marktes und die militärischen Kräfte unterdrücken auf allen Ebenen – sozial, politisch, ökonomisch, ökologisch und spirituell –, und verursachen Krisen für alle Menschen und Länder der Welt.

Unser Zusammentreffen wurde informiert von Erfahrungsberichten von RepräsentantInnen von Mitgliedskirchen aus dem Süden, in denen die Realität der gegenwärtigen Krise zum Ausdruck kam. Argentinien und Südkorea wurden als Beispiele für das Ausmaß hervorgehoben, mit dem die neoliberale Strategie die ganze Welt den Gesetzen der Privatisierung und der unbegrenzten Expansion kapitalistischer Märkte unterwirft.

Die teilnehmenden Kirchen Lateinamerikas verwiesen auf ihre Erfahrungen bezüglich der Zusammenhänge zwischen ökonomischer Globalisierung auf der einen und der Schuldenkrise, gesellschaftlicher Unsicherheit, Ausgrenzung und Polarisierung sowie Erwerbslosigkeit und Umweltzerstörung auf der anderen Seite. Die Lüge, dass das freie Schalten und Walten der Märkte die Lösung sozialer und ökonomischer Probleme zur Folge habe, ist ihrer Ansicht nach entlarvt. Das Versprechen auf Wohlstand und Wohlergehen mittels Investitionen, Wachstum und Beschäftigung wurde nicht erfüllt; vielmehr resultierte die neoliberale Wirtschaftspolitik in sozialen und ökonomischen Krisen – allem voran für die Mittelklasse und die Armen.

Die Bedrohungen der ökonomischen Globalisierung für die Karibik spiegeln die des Restes der Welt wider. Jedoch sind die Probleme dort insofern dramatischer, als ihre Länder vergleichsweise kleine Bevölkerungszahlen sowie zerbrechliche ökonomische sowie Öko-Systeme aufweisen. Ökonomische Globalisierung hat zu Arbeitsplatzverlusten und drückender Armut, einer ungehörten Zunahme von Kriminalität und Gewalt, ökologischer Zerstörung und der Ausbreitung von HIV/Aids geführt. All dies hat die Qualität des Lebens beeinträchtigt.

Auch die asiatischen Länder wurden mit den Folgen der neoliberalen Strategie konfrontiert – beginnend mit der unerwarteten und tiefgreifenden Wirtschaftskrise von 1997. In Südkorea zum Beispiel hat sich, als die westlichen Banken plötzlich die Umschuldung der Kredite koreanischer Unternehmen einstellten, der Wechselkurs des koreanischen Won gegenüber dem US-Dollar von einem Verhältnis von 800 zu 1 auf 2400 zu 1 verändert. Mit anderen Worten: Die Verknappung ausländischer Devisen hat den freien Fall des koreanischen Won ausgelöst; dieser verlor zwei Drittel seines Wertes. Tausende von Firmen gingen Bankrott und Hunderte von Banken und Kreditgenossenschaften wurden geschlossen. Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern wurden entlassen. Zudem zeitigte die Krise auch ernsthafte soziale Konsequenzen, wie etwa eine zunehmende Obdachlosigkeit, zerbrochene Familien, Selbstmorde und Gewalt. Fünf Jahre nach ihrem Ausbruch hat sich die Krise, entgegen der Behauptung der südkoreanischen Regierung und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Wirtschaft habe sich gut erholt, weiter verschärft: das Leid der Armen, Arbeitslosen und Unterbeschäftigten hat zugenommen. Mehr als 600 der wichtigsten Industrieunternehmen und Banken wurden an ausländische Unternehmen verkauft, die nun mehr als 30 Prozent der koreanischen Aktien besitzen. Es wird gesagt, dass eine weitere Krise auf die koreanische Wirtschaft zukommen kann, da sowohl die interne wie auch die externe Verschuldung enorm zugenommen haben. Das dem Land vom IWF aufgezwungene Strukturanpassungsprogramm hat die strukturelle Ungerechtigkeit nur noch weiter vergrößert und lässt die Kluft zwischen

Arm und Reich immer weiter auseinander gehen. In Indonesien ist das Eingreifen des IWF im Gefolge der Krise völlig fehlgeschlagen. Das neoliberale System wurde demaskiert.

Die afrikanische Erfahrung der Krise bewirkte den Aufruf von Kitwe, der die systemische Ausschließung Afrikas von der Weltwirtschaft, die zunehmende Schieflage zwischen Arm und Reich, gesellschaftlichen Zerfall, Hunger und Krankheiten beklagte. Die Auswirkungen des freien Spiels der Marktkräfte lassen sich am Beispiel des Umgangs mit der HIV/Aids-Pandemie veranschaulichen. Die diesbezüglichen Strategien und Praktiken transnationaler Pharmaziekonzerne haben Profiten gegenüber der Gesundheit von Menschen den Vorrang eingeräumt, und die hohen Kosten der HIV/Aids-Medikamente sowie Handelsabkommen verhindern den Zugang der Armen zu wirksamer Behandlung sowie Vorbeugung vor Ansteckung.

Auf den Pazifischen Inseln sind die wirtschaftlichen und die ökologischen Probleme eng miteinander verbunden. Die ökologischen Probleme sind überaus real und gefährlich. Die globale Erwärmung gefährdet die niedrig gelegenen Inseln, Atomtests kontaminieren das Meer, das Land und alle Lebewesen. Besonders sind hiervon die BewohnerInnen der Marshall-Inseln und Tahitis betroffen. Bergbau und Holzwirtschaft führen zu Entwaldung und zur Zerstörung der meisten Regenwälder der Inselstaaten. Aus ökonomischer Sicht werden die Reichen reicher und die Armen ärmer, und unter sozialen Gesichtspunkten ist eine Zunahme von Kriminalität, Gewalt und Selbstmorden zu verzeichnen.

Das auffälligste an all diesen Erfahrungsberichten ist die dramatische Konvergenz der Krisen in den Ländern des Südens. Wir sind uns der neuen Zeichen der Zeit bewusst, nämlich der beispiellosen Verschmelzung ökonomischer Globalisierung und weltweiter Geopolitik. Es herrscht Einvernehmen unter uns, dass der IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) mit ihrer Dominanz und Ausgrenzung gegenüber den Ländern des Südens negative Auswirkungen zeitigen. Wir teilen die Erfahrung nachteiliger und zerstörerischer Konsequenzen im Gefolge von Deregulierung und spekulativen Investitionen in unseren Volkswirtschaften. Wir erachten den gegenwärtigen Trend der Militarisierung als eine Strategie zur Sicherung globaler Märkte. Wir nehmen wahr, wie die elektronischen und Print-Medien das Bewusstsein kolonisieren und uns unsere Seele austreiben. Wir sind überzeugt, dass das neoliberale Modell weder umgestaltet noch angepasst werden kann: es weist innewohnende Widersprüche auf und ist immer wieder darin gescheitert, die Länder, die Menschen und die Schöpfung des Südens dem Leben näher zu bringen. Wir sind vereint in unserer Ablehnung des neoliberalen Modells. Hiermit stehen wir nicht allein: Wichtige Bewegungen innerhalb der Zivilgesellschaft, einschließlich der weltweiten Friedensbewegung, erachten das neoliberale Modell ebenfalls als für die Schöpfung zerstörerisch und widerstehen ihm.

Kritische Analyse der Krise des Lebens

Die Erfahrungsberichte der Menschen aus dem Süden bei unserem Treffen offenbaren eine große Vielfalt von Problemen, Schmerz und Bedrohungen. Bei jedem Land verbirgt sich hinter der gegenwärtigen Lage das Erbe der eigenen Geschichte. Dennoch sind auch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten zu Tage getreten. *Diese Gemeinsamkeiten verweisen auf wenigstens zwei der grundlegenden Ursachen der ökonomischen und ökologischen Probleme.*

1. *Veränderungen, die durch die dominierenden Mächte vorangetrieben werden.* Wir leben in einer Welt raschen sozialen, kulturellen und ökonomischen Wandels, wobei die schwerwiegendsten und schmerzhaftesten Veränderungen durch Druck von außen auf den Weg gebracht werden. So sind etwa die ehemaligen Kolonialmächte noch immer in viele so genannte „ethnische Konflikte“ verwickelt; transnationale Konzerne, und nicht etwa heimische Unternehmen, haben bei der (so genannten) Modernisierung der Wirtschaft das Sagen. Das Wirken dieser Konzerne geht oftmals einher mit zunehmender Armut (besonders in den traditionellen Sektoren der Volkswirtschaft), einer systematischen Verschlechterung der ökologischen Situation sowie dem Verlust indigener Kulturen. Die internationalen Finanzmärkte sowie die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) verlangen nach einer kontinuierlichen Absenkung von Löhnen und Gehältern, Subventionen und Staatshaushalten und beanspruchen auf diese Weise Machtbefugnisse über die nationale Regierungsgewalt und die Wirtschaftspolitik.
2. *Veränderungen, die gemäß den Interessen des globalen Marktes betrieben werden.* Wir sind außerordentlich beunruhigt über die Richtung der von den dominierenden Mächten vorangetriebenen Veränderungen. Die Frage, die wir uns immer stellen müssen, lautet: Werden die Veränderungen zu einer Fülle des Lebens für Gottes Schöpfung führen? Das primäre Interesse der Akteure auf den Weltmärkten besteht überwiegend in der Erwirtschaftung von Profit – selbst dann, wenn dies zu Lasten des Lebens geht. Wenn Armut sich ausbreitet, kommt es zu Leid und Tod. Und wenn Spannungen und Gewalt sich in der Gesellschaft ausbreiten – und noch dazu durch politische und wirtschaftliche Einflüsse von außen verstärkt werden –, auch dann nimmt die Dynamik des Todes ihren Lauf.

All diese Probleme sind miteinander verbunden. Sie verstärken sich gegenseitig auf fatale Weise und führen uns immer weiter weg vom Gott und dem Leben in Fülle für alle. Aus diesem Grund müssen wir uns fragen: Was verbirgt sich hinter diesem Kult des Todes und seinen lebensfeindlichen Mechanismen? Liegt es vielleicht daran, dass Modernisierung, Technologie und alle Arten von Märkten an sich schlecht sind?

Nein, wir müssen tiefer graben. Die Dynamiken von Tod und Ausschließung sind von Menschen gemacht. *Sie haben eine gemeinsame Grundlage: die neoliberale Deregulierung des kapitalistischen Marktes auf allen Ebenen – vorangetrieben durch eine grenzenlose Gier nach Geld und absoluter Macht, die diesen Markt zu einem Götzen werden lässt.*

Unter ökonomischen Gesichtspunkten dient der kapitalistische Markt nicht länger dem Austausch nützlicher Güter und Dienstleistungen für alle; zudem macht er es unmöglich, dass seine Politik dem Interesse des Gemeinwohls dient. Auf der Grundlage exklusiven privaten Eigentums auf Seiten einer Minderheit von Eigentümern dient der reine Markt lediglich einem Ziel: der größtmöglichen Anhäufung von Reichtum bei einigen wenigen. Dies benennt die Bibel als Mammonismus. In einem immer geringeren Maße wird Kapital in die nachhaltige Produktion von Gütern und Dienstleistungen investiert. Stattdessen fließt es in Finanzgeschäfte, welche Erwerbslosigkeit, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sowie die Zunahme struktureller Verschuldung bewirken. Auch die natürlichen Ressourcen werden zum Zweck der Anhäufung von Reichtum immer weiter zu einem reinen Rohstoff degradiert. Und

auch die Technologie dient diesem Zweck – im Fall der Biotechnologie gar mit der Folge irreversibler Schäden.

Unter politischen Gesichtspunkten erleben Nationalstaaten und demokratisch gewählte Regierungen eine Schwächung oder werden gar kooptiert oder erpresst. Sie sind immer weniger dazu in der Lage, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (etwa über Steuern) zu gewährleisten. Wesentliche Bereiche öffentlicher Dienstleistungen wie etwa die Versorgung mit Wasser und Energie, öffentlichen Verkehrsmitteln oder Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen werden privatisiert und sind somit nur noch zahlungskräftigen Menschen zugänglich. Das auf demokratischen Regeln basierende System der Vereinten Nationen wird immer stärker ausgehebelt; stattdessen haben die reichen Nationen die Macht übernommen, indem sie die internationale Staatengemeinschaft mit undemokratischen Institutionen wie etwa der Gruppe der 8, dem IWF und der Weltbank (bei denen nur diejenigen was zu sagen haben, die bezahlen) oder der Welthandelsorganisation kommandieren und diesbezüglich die transnationalen Konzerne zu ihren maßgeblichen Beratern haben werden lassen.

Unter ökologischen Gesichtspunkten ist die gesamte Schöpfung in Gefahr. Mutter Erde wird nach den Regeln des Marktes dominiert, ausgebeutet, vergewaltigt und vernichtet durch gierige Unternehmen und eigennützige Individuen.

Unter ideologischen Gesichtspunkten macht die von den Medien gestützte Kolonisierung des Bewusstseins die Menschen glauben, es gäbe keine Alternative (TINA). Nicht nach den Gesetzen des Marktes zu handeln, wird als Sünde betrachtet.

Unter militärischen Gesichtspunkten haben die USA und die atlantischen Mächte (NATO) eine globale Strategie der Vorherrschaft etabliert, um ihre ökonomischen Interessen weltweit zu schützen. Sie haben das Völkerrecht gebrochen und gewaltsamen Konflikten sowie einem diesen entgegenwirkenden Terrorismus zu weltweiter Ausbreitung verholfen. Wir sind außerordentlich beunruhigt, dass die reichen Staaten immer mehr Bereitschaft zeigen, von ihrer militärischen Macht Gebrauch zu machen, um der Welt – im Stile eines göttlichen Caesar – das neoliberale System aufzuzwingen. Der Krieg gegen den Irak ist ein deutlicher Ausdruck dieser Art von Politik; Krieg ist wieder zu einem Mittel zum Zweck der Ausweitung von Dominanz geworden. Dieser Krieg offenbart die Krise, in der sich die Institutionen der internationalen Staatengemeinschaft befinden – eine Krise, welche das Gleichgewicht zwischen allen Nationen gefährdet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ökonomie, deren eigentlicher Zweck die Gewährleistung des Lebens und Wohlstands aller ist, in Zeiten der neoliberalen Globalisierung zu einem totalitären Glaubenssystem im Interesse der Reichtumsanhäufung einiger weniger geworden ist und dadurch das Leben auf unserem Planeten insgesamt gefährdet. Dieses System stellt eine strukturelle Sünde dar. Der globalisierte Neoliberalismus steht in völligem Widerspruch zu den Inhalten des christlichen Glaubens.

Dieser Widerspruch äußert sich im Hinblick auf die Ökonomie – nach Maßgabe Calvins und der reformierten Tradition – folgendermaßen: Während die Wirtschaft Gottes einbezieht, grenzt die neoliberale Wirtschaft aus. Während die Wirtschaft Gottes den Armen Schutz bietet, bedeutet die neoliberale Wirtschaft die Armen aus. Während in der Wirtschaft Gottes

zu Gunsten der Armen umverteilt wird, verläuft die Umverteilung in der neoliberalen Wirtschaft zu Gunsten der Reichen. Während in der Wirtschaft Gottes die Armen der Maßstab des Handelns sind, richtet sich die neoliberale Wirtschaft nach den Reichen. Während die Wirtschaft Gottes auf Gottes Liebe und Gnade beruht, basiert die neoliberale Wirtschaft auf Profit und Gier. Während die Wirtschaft Gottes eine der Solidarität ist, hat die neoliberale Wirtschaft unbeschränkten Wettbewerb zum Grundsatz.

Die neoliberale Wirtschaft erfordert das beständige Darbringen von Opfern: Opfer, die der Süden zu erbringen hat, damit der Norden seinen Lebensstil aufrecht erhalten kann; Opfer seitens der Natur, weil der Markt sie braucht; Opfer einer fortlaufenden Verschuldung der Armen, damit die Reichen reicher und reicher werden können.

WARUM EINE GLAUBENSERKLÄRUNG?

Weil die Integrität des Glaubens in Frage steht

Die neoliberale Ideologie behauptet, der globale Markt werde eine Welt ohne Hunger und Leid hervorbringen. Sie macht Gebrauch von einem theologisch-ideologischen Rüstzeug, um ihre vermeintlich messianische Rolle zu rechtfertigen. Sie beansprucht ökonomische Souveränität, Macht ohne jede Einschränkung, die Vormachtstellung gegenüber jeglichem nationalen oder internationalen Recht sowie Vorrang gegenüber ethischen oder moralischen Grundätzen. Schließlich habe Gott Wohlstand gesegnet, und Armut und Leid seien Folge von Gottes Missbilligung auf Grund von Ungehorsam und Faulheit.

Die neoliberale Ideologie verlangt nach der Unantastbarkeit privaten Eigentums, nach überbordender materieller Gier, welche den menschlichen Geist entstellt, sowie nach der Kolonisierung des Bewusstseins.

Wir glauben, dass die neoliberale Ideologie den Willen Gottes, des Schöpfers des Gartens Erde, verletzt.

In dieser ideologisch wie theologisch historischen Situation, in der die neoliberale Ideologie absolute Macht, auch gegenüber der Souveränität Gottes und den Forderungen des Evangeliums, für sich beansprucht, ist es um der Integrität unseres Glaubens willen unerlässlich, dass wir eine Stellungnahme aus der Sicht des Glaubens formulieren. Unsere reformierten Gemeinschaften haben in der Vergangenheit solche Stellungnahmen aus der Sicht des Glaubens immer dann formuliert, wenn die Souveränität Gottes unterminiert wurde und das Evangelium politisch, sozial und ökonomisch auf dem Spiel stand (Barmer Theologische Erklärung 1934, Theologische Erklärung der Koreanischen Christen 1973, RWB Generalversammlung Ottawa 1982, Bekenntnis von Belhar 1986).

In dieser Tradition nehmen wir, RepräsentantInnen von Kirchen der reformierten Tradition aus dem Süden, Stellung gegenüber der neoliberalen Ideologie, welche die Integrität des Evangeliums und des Glaubens verrät. So wollen wir Gott loben und das Versprechen auf ein Leben in Fülle voranbringen.

UNSERE GLAUBENSERKLÄRUNG

Das Studium der Bibel macht deutlich, dass in Zeiten tief greifender, vom Entstehen großer Imperien (Babylon, Assyrien, Hellenistische Reiche, Rom) geprägten Krisen, die Autoren der Heiligen Schrift (besonders in apokalyptischen und prophetischen Schriften) die Vision der Hoffnung hoch hielten, dass Gott eingreifen würde. Diese Vision begründete einen Lebensstil, der in Opposition zu dem des Imperiums stand. Diese Visionen von Gottes Herrschaft verleihen uns Kraft, um der gegenwärtigen imperialen Macht zu widerstehen und nach Alternativen zu der gegenwärtigen Organisation gesellschaftlichen Lebens zu suchen. Hiermit bekräftigen wir die messianische Herrschaft und erklären Gottes Souveränität über alles Leben.

1. **Wir bekräftigen**, dass Gott den Garten des Lebens erschuf (politisch, sozial, ökonomisch und ökologisch wie auch spirituell) (Gen. 2,8-9).

Wir tun Buße für den Götzendienst, demzufolge das Imperium für Frieden und Sicherheit sorgen und die Allmacht des Geldes alle Probleme lösen wird. Wir tun Buße dafür, dass die Schöpfungsgeschichte (Genesis 1) missbraucht wurde, um Leben zu erobern, zu beherrschen, auszubeuten und zu zerstören (speziell im Blick auf Frauen und die Natur), und dass wir vernachlässigt haben, uns für das von endgültiger Auslöschung bedrohte Leben einzusetzen.

Wir verwerfen jeden Anspruch auf ökonomische, politische und militärische Macht, der Gottes Souveränität über das Leben untergräbt. Wir verwerfen verabsolutiertes Eigentum privater Natur, egal ob von Unternehmen oder Personen, weil es Gottes unumschränkten Besitz aller Dinge entgegen steht.

Wir widerstehen der Macht des Todes in der Form globaler wirtschaftlicher Ausschließung, imperialer Dominanz und militärischer Vorherrschaft, da sie die Menschen und die Erde vernichtet.

Wir erklären, dass Gottes Entwurf für die Wirtschaft die Bewahrung des Lebens und Wohlergehens der ganzen Schöpfung beinhaltet. Wir beten Gott an, nicht Mammon – denn letzterer verlangt für seine Existenz nach grenzenlosen Opfern des Lebens. Wir erklären, dass Gottes unumschränkte Herrschaft bedeutet, dass alle Kreaturen frei sind im Königreich des Lebens.

2. **Wir bekräftigen**, dass Gott einen alles einschließenden Bund mit der gesamten Schöpfung geschlossen hat (Gen. 9,8-12). Dieser Bund wurde besiegelt aus Gottes Gnade, ein Geschenk, das es auf dem Markt nicht zu kaufen gibt (Jesaja 55,1). Wir bekräftigen, dass Gott einen Bund schloss zur Befreiung von den imperialen Mächten (Babylon und Rom). Gottes Bund steht über jedem Vertrag; letzterer ist Ausdruck der „Gesetze“ von Dominanz und Ausbeutung. Gottes Bund ist einschließend, und die Armen und Marginalisierten sind Gottes bevorzugte Partner.

Wir tun Buße für den Glauben, dass Christen über eine exklusive Beziehung zu Gott verfügen. Wir haben Menschen auf Grund von Herkunft, Rasse, Geschlecht oder Religion so-

wie Menschen, die den christlichen Glauben nicht teilen, und nicht-menschliche Geschöpfe von Gottes Heil ausgeschlossen.

Wir verwerfen jeden exklusiven christlichen Anspruch auf Gottes Segen und Schutz, und damit auch jegliche theologische Rechtfertigung für die neoliberale Ideologie und imperiale Machtausübung.

Wir widerstehen der Dominanz durch Weltwirtschaft, imperiale Mächte, militärische Vorherrschaft und moderne Wissenschaft und Technik, welche die Ganzheit der Schöpfung zerstört. Wir erklären, dass Gott der Schöpfer und Bewahrer aller Lebewesen und für deren Zusammenleben ist.

3. **Wir bekräftigen**, dass der Leib Christi den gesamten Kosmos vereint und alle Spaltungen und Konflikte überwindet. Wir bekräftigen, dass der Garten des Lebens unter einem neuen Himmel und einer neuen Erde ständig bewahrt und erneuert wird durch den Heiligen Geist (Brief des Paulus an die Kolosser 1:16–18, Offenbarung des Johannes 21: 1–5).

Wir tun Buße dafür, dass wir die Einheit des Lebens im ganzen Universum unter der Herrschaft Christi und dem Wirken des Heiligen Geistes nicht erkannt haben. Wir tun Buße dafür, dass wir – im Namen Christi – andere Glaubensrichtungen und spirituelle Gemeinschaften verdammt sowie andere Kreaturen herabgesetzt haben. Wir tun Buße dafür, dass wir durch die Beschränkung des Geistes auf die Seele die Ideologie des Individualismus gerechtfertigt haben.

Wir verwerfen jegliche Doktrin eines grenzenlosen Wettbewerbs, der die Ursache wirtschaftlicher, politischer und sozialer Konflikte und Gewalt ist. Wir verwerfen Korruption auf allen Ebenen als einen integralen Bestandteil des Systems.

Wir widerstehen jeder Macht, die die Gesetze des Dschungels propagiert, einer Ideologie, die das Überleben der Stärksten und den Sieg der Starken über die Schwachen rechtfertigt.

Wir erklären, dass der Leib Christi weltweit und ohne jede Einschränkung eine einschließende Realität ist, und dass der Heilige Geist eine alles durchdringende Energie im Universum ist, die für eine ständige Erneuerung des Lebens sorgt.

WIR VERPFLICHTEN UNS ZU EINEM BÜNDNIS

Eine Stellungnahme aus der Sicht des Glaubens bleibt niemals ohne Konsequenzen. Sie ist von Beginn an eine öffentliche Angelegenheit und mag von daher ernsthafte Gegenreaktionen hervorrufen. Trotz dieses Risikos einer Konfrontation schafft eine gemeinsame Stellungnahme aus der Sicht des Glaubens neue ökumenische Spielräume, Räume für neue öffentliche Visionen, für die Erneuerung der Ökonomie und alternative Lebensweisen. Es durchbricht die eingeschränkte Wahrnehmung der Realität, wenn Menschen sich der Zusammenarbeit und dem Widerstand auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene verschreiben. Die

Kirchen sollten Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen und sozialen Bewegungen schmieden, die ebenfalls für die erforderlichen grundlegenden Veränderungen eintreten.

Die biblische Vision einer Erneuerung der Wirtschaft

Es ist eine Lüge, dass es keine Alternative zur neoliberalen Globalisierung gibt. Letztere Sichtweise hat etwas von einem Tunnelblick, der auf der Erwartung basiert, dass wir allein durch die maximale Ausbreitung von Produktion und Handel nach den Gesetzen des freien Marktes ans Licht gelangen können.

Die biblische Vision unterscheidet sich hiervon in folgender Weise. a) Sie zielt auf die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse und des Wohlergehens und nicht etwa auf größtmögliche Produktivität und größtmöglichen Verbrauch (Jesaja 65, I Timotheus 6). b) Ihre zentralen Maßstäbe sind Fürsorge und gerechte Verteilung und nicht etwa Anhäufung (Lukas 12,16–21). c) Sie befördert Solidarität unter den Gemeinschaften und nicht etwa den Individualismus (Apostelgeschichte 4–5). d) In ihr sind Finanzen Mittel zum Zweck des Wirtschaftens und nicht etwa das Maß aller Dinge, dem auch die Wirtschaft untergeordnet wird (Lukas 19). e) Sie korrigiert systemische Verschuldung und den damit verbundenen Verlust von Land durch den Erlass von Schulden (Leviticus 25). f) In ihr vollzieht sich Wirtschaften nach Maßgabe der Naturverträglichkeit und nicht etwa allein mit dem Ziel der Profitmaximierung, welches die Umwelt zerstört (Leviticus 25).

Beispiele des Widerstands

1. Kirchenmitglieder sollten sich am zivilen Ungehorsam sozialer Bewegungen gegen den immer ausgeprägteren Konsumismus beteiligen. Dass weniger oft mehr ist, gilt es wieder neu zu lernen – vor allem auf Seiten der Reichen.
2. Kirchenmitglieder sollten sich gegen Finanzgeschäfte der Kirchen wenden, bei denen es in erster Linie um die Erwirtschaftung von Profit geht und nicht um die Grundbedürfnisse der Armen.
3. Die Kirchen sollten sich für eine demokratische Neugestaltung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems stark machen, das an die Stelle der gegenwärtigen Institutionen (IWF, Weltbank, WTO) treten sollte, da diese von den reichen Ländern dominiert werden und deren Interessen vertreten.
4. Die Kirchen sollten nicht auf der Seite der Großgrundbesitzer stehen, sondern Kleinbauern und Landlose unterstützen.

Beispiele der Hoffnung

1. Die Entwicklung landwirtschaftlicher Subsistenzsysteme für indigene Völker durch die „ganzheitliche Mission“ (Brasilien).
2. Von ökumenischen Organisationen getragene Banken, die Kredite zu fairen Bedingungen an Menschen der Unter- und Mittelklasse vergeben (Indonesien).

3. Die Ernennung von Begleitpersonen, die in den Bereichen Gesundheit, Rechtswesen, Erziehung und Umweltschutz ihre Dienste anbieten (Kamerun).
4. Das Öffentlichmachen von Korruption (Costa Rica).
5. Die Sensibilisierung von Kirchen für die Zusammenhänge zwischen Glaube und Wirtschaft sowie die Förderung von Menschenrechten, Gerechtigkeit und Konfliktbeilegung (Kolumbien).
6. Die Unterstützung selbständigen Kleingewerbes in Stadtrandgebieten und auf dem Land (Argentinien).
7. Das Praktizieren einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft.

Ein Bündnis für das Leben

Als Antwort auf den befreienden Gott, der einen Bund für das Leben mit der gesamten Schöpfung schloss, schließen wir das folgende Bündnis für das Leben der gesamten Schöpfung.

Gott des Lebens,

Du bist unser Gott, der uns von jeglicher Unterdrückung, Ausgrenzung und Ausbeutung befreit.

- I. Wir werden nicht den Mammon zu unserem Gott machen und Macht und Reichtum anhäufen.
- II. Wir werden uns keinen Götzen machen, indem wir die Effizienz unserer Leistungen anbeten.
- III. Wir werden den Namen Gottes, unseres Herrn, nicht missbrauchen, indem wir die Durchsetzung des auf Reichtumsanhäufung orientierten Marktes und imperialer Kriege als christliche Politik darstellen.
- IV. Wir werden den Sabbat achten und weder menschliche Arbeitskraft ausbeuten noch die Natur zerstören.
- V. Wir werden uns für Solidarität zwischen den Generationen einsetzen – sowohl durch das Eintreten für ein Leben der Älteren in Würde als auch durch die Bewahrung künftiger Generationen vor ökologischer Zerstörung und Verschuldung.
- VI. Wir werden nicht töten, auch nicht durch das Ausgrenzen jener aus Märkten, die weder über Privateigentum verfügen noch ihre Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen können.
- VII. Wir werden nicht hinnehmen, dass Frauen und Kinder zur Ware gemacht und sexuell ausgebeutet werden.
- VIII. Wir werden den vielfältigen Diebstahl der Akteure auf den Märkten nicht hinnehmen.
- IX. Wir werden das Rechtssystem nicht zu Gunsten unseres eigenen materiellen Vorteils missbrauchen, sondern die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen fördern.
- X. Wir werden nicht der Gier nach unbegrenzter Anhäufung von Reichtum verfallen und dabei unsere Nachbarn ihrer Produktionsmittel und ihres Einkommens berauben, so dass alle ein Leben in Würde auf Gottes reicher und wunderbarer Erde leben können.

EIN GEBET FÜR DAS LEBEN

Gott, Du bist Schöpfer, Retter und Erneuerin,
Du allein formst Leben, heilst Leben und bewegst die gesamte Schöpfung zum Leben.
Du bist, im Innersten unseres Seins, Leben in Fülle.

Gott, Du bist Leben

Schöpfergott, wir sind dankbar für die Wege, auf denen Du beständig Leben bewahrst und erhältst:

für den Garten des Lebens, der uns ernährt und uns Deine Schönheit und Wunder lehrt,
für Flüsse, Seen und Ozeane, für Berge und Täler, Bäume, Pflanzen und Blumen, Insekten,
Fische, Vögel und die Tiere,
für Menschen – Männer und Frauen, Jung und Alt, bronzen, schwarz und weiß,
wir feiern Deine überfließende Güte.

Gott, Du formst das Leben

Rettender Gott, wir kommen vor Dich als um Vergebung bittende Kirche und Menschen,
Vergebung für unsere eigenen und aller Welt Verfehlungen.
Immer wieder verraten wir Deine umfassende Liebe, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir bitten um Dein Erbarmen –
für unser Glauben und Handeln, als gelte Deine Rettung nur dem Individuum statt allen
Kreaturen,
als weise sie ins Jenseits, statt auf Erden zu beginnen mit Heilung und Frieden der Menschen, Arten und Orte,
die Deiner rettenden Liebe besonders bedürfen;

für die Fälschung Deines Wortes in der heiligen Schrift und unser Glauben und Handeln,
als sei das Herrschen über Erde, Frauen und Kinder der Weg der Frömmigkeit;

für das Vertrauen auf die herrschenden Mächte,
als ob der Markt, den frei wir nennen, persönliches und gesellschaftliches Wachstum
brächte,
Wohlstand und Sicherheit, worauf wir sehnlich warten;

für unsere Selbstrechtfertigung im Anhäufen von Geld und Gütern,
Verlust des Sabbaths und der Tätigkeiten, die dem Leben dienlich sind,
für unsere Gier nach Status und Erfolg,
den Geist vergessend und Gebet;

für die Verstrickung in das Böse, das unsere Erde zerstört und die Armen beraubt,
das uns als Menschen glauben läßt, wir seien die von Gott Erwählten,
erbitten wir Vergebung und Erbarmen.

Gott, Du rettetest Leben

Erneuerin Gott, wir bitten Dich,
hilf uns, den Mächten abzusagen und zu widerstehen, die uns in diese Lage brachten:
in der die Armen systematisch ausgeschlossen und dem Markt geopfert werden,
in der die Arten und die Biosphäre sterben,
in der Leiden und Zerstörung der Armen und der Erde alptraumartig und beschleunigt
wachsen.

Gott, Du bewegst das Leben

Gott, schaffende und rettende, erneuernde Kraft,
laß diesen Augenblick zu einem Kairos für uns werden, zu der Entscheidungszeit,
in der wir Deine Tat zu unserer eigenen machen.
Laß Deinen Geist uns ganz ergreifen, den ganzen Kosmos,
Gerechtigkeit und Frieden schaffend, Mitleiden, das erbarmt,
uns verbindend und uns mit der Erde.
Versammle uns in deiner Wahrheit, ergreifend Deine Nähe, Deinen Willen,
verbunden dem Messias und der Erde.
Deine Hoffnung sei unsere Hoffnung, Deine Vision unsere Vision,
so werde das Zerstörte heil, der Tod verschlungen in das Leben.

Amen

Teilnehmende

RepräsentantInnen

Pfr. Ebénézer M. Woungly-Massaga
Pfr. Dr. Godffrey P. Ngumi
Pfr. Adamu Manasseh Musa
Pfr. Dr. Elisée Musemakweli
Dr. Willem J. Botha
Pfr. Jameson Buys

Pfr. Wailie C. Khongwir
Pfr. Nicolaas J. Gara
Pfr'in Mindawati Perangin-Angin
Prof. Dr. Samuel Lee

Pfr. Dr. Carlos Camps Cruell
Pfr. Dr. Dale A. Bisnauth
Frau Yvonne Dawkins

Pfr. Norberto Spengler
Frau Priscila Y. Primerano
Herr Nicolás P. Rosenthal

Kirche / Organisation

Afrikanische Protestantische Kirche von Kamerun
Presbyterianische Kirche von Ostafrika, Kenia
Reformierte Kirche Christi in Nigeria
Presbyterianische Kirche in Ruanda
Niederländisch-Reformierte Kirche, Südafrika
Vereinigende Reformierte Kirche im Südlichen Afrika

Presbyterianische Kirche von Indien
Christliche Evangelische Kirche in Minahasa (GMIM), Indonesien
Protestantische Kirche in Karo Batak (GBKP), Indonesien
Presbyterianische Kirche von Korea

Presbyterianische Reformierte Kirche in Kuba
Presbyterianische Kirche In Guyana
Vereinigte Kirche in Jamaika & den Cayman Inseln

Evangelische Kongregationalistische Kirche, Argentinien
Reformierte Kirche in Argentinien
Evangelische Kirche am La Plata

Pfr. Miguel Palomino	Presbyterianische Kirche von Argentinien
Pfr. Jonas Furtado do Nascimento	Unabhängige Presbyterianische Kirche von Brasilien
Pfr. Milton Mejía Camargo	Presbyterianische Kirche von Kolumbien
Pfr. Santos Espinoza	Bruderschaft Evangelischer Kirchen von Costa Rica
Frau Bertha Lilia Salinas Torres	Assoziierte Reformierte Presbyterianische Kirche von Mexiko
Frau Noemí N. Geymonat Armand Ugon	Evangelische Waldenser – Kirche am La Plata
Pfr. Epifanio Márquez	Presbyterianische Kirche von Venezuela
Pfr. Dr. Taipisia Leilua	Kongregationalistische Christliche Kirche in Samoa
Herr Helis Barraza Díaz	Allianz Presbyterianischer und Reformierter Kirchen in Lateinamerika (AIPRAL)
Pfr. Sergio Bertinat	
Pfr. Germán Zijlstra	
Prof. Dr. René Krüger	Redner
Prof. Dr. Néstor Míguez	
Prof. Dr. Claudio Lozano	
Pfr'in Elizabeth J. Nash	RWB <i>Processus Confessionis</i> Task Force
Prof. Dr. Yong-Bock Kim	
Prof. Dr. Bob Goudzwaard	
Prof. Dr. Ulrich Duchrow	
Pfr. Gretel Van Wieren	
Pfr. Roberto Jordan	RWB Exekutivausschuss
Pfr. Dr. Seong-Won PARK	RWB Stab
Frau Giulia Ramagnano	

Für weitere Informationen, schreiben Sie bitte an:

Pfr. Dr. Seong-Won Park, Exekutivsekretär der Abteilung für Zusammenarbeit und Zeugnis
Reformierter Weltbund, P.O. Box 2100, 150, route de Ferney, 1211 Genf 2, Schweiz
Tel : +41 22 791 6236, Fax: +41 22 791 6505, E-Mail: swp@warc.ch

IV. VORSTELLEN DER POLICY DES SYNODALRATES

FÜR DIE GLOBALISIERUNG DER GERECHTIGKEIT

Medienorientierung 22. November 2003

Samuel Lutz, Synodalratspräsident Bern-Jura-Solothurn

Werte Damen und Herren

In den Grundsätzen zu den Legislaturzielen 1999 – 2002 des Synodalrates stand zu lesen: Wir sind eine weltweit offene Kirche, sensibilisiert auf das Phänomen der medialen und wirtschaftlichen Globalisierung, engagiert für globale Solidarität.

Deshalb will der Synodalrat in seinen offiziellen Stellungnahmen und mit geeigneten Aktionen die weltweite Verbundenheit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn betonen, sich für eine globale Solidarität unter den Menschen, eine gerechte Verteilung der Ressourcen und die Würde des Menschen einsetzen.

Trotz so betontem Engagement stand am Anfang der heute vorliegenden Policy: „Für die Globalisierung der Gerechtigkeit,“ wie Sie sich erinnern, ein Konflikt.

Anlass war im Rahmen der „Perspektiven nach Davos“ die Aussage eines unserer Mitarbeiters in der Öffentlichkeit, ein Dialog mit dem Weltwirtschaftsforum sei sinnlos. Tönt es jetzt so aus der Kirche? – titelten die Medien.

Der Synodalrat wollte nicht, dass solche Aussagen an ihm vorbei gemacht werden.

Er wollte auch nicht, dass unsere Kirche auf allerlei Webseiten und mit allerhand anderen Organisationen erscheint, ohne dass er davon weiss.

Also untersagte er den OeME-Mitarbeitenden ein weiteres Auftreten im Rahmen der „Perspektiven nach Davos“.

Was zunächst als ein Streit um die Öffentlichkeitskompetenz erscheinen mochte, wer im Namen der Kirche zu reden befugt sei und wer nicht, ging natürlich viel tiefer.

Angereizt waren die politische Kompetenz und das Kirchenverständnis.

Wir wollen als Kirche eine offene Such- und Weggemeinschaft sein, deren Grundstruktur der Dialog ist, nach innen und nach aussen, in theologisch-religiösen, aber auch in politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Die Aussage: Ein Dialog ist sinnlos, stand quer zu unserem Kirchenverständnis.

Gleichzeitig musste auch dem Synodalrat klar sein, dass die Globalisierung ein Thema von höchster ethischer, politischer und theologischer Relevanz ist, und dass es gilt, als Kirche Stellung zu beziehen, und zwar engagiert und solidarisch.

Allein dem Synodalrat fehlte damals noch die sachliche Kompetenz dazu. Er hatte sich noch nie direkt mit der Globalisierung beschäftigt. Darum wollte er, dass unsere Mitarbeitenden ihm das Thema der Globalisierung auf den Tisch bringen zur Erarbeitung einer eigentlichen Policy.

Der Auftrag, den der Synodalrat Ende 2001 der Fachstelle OeME erteilte, lautete:

1. Die Fachstelle OeME führt im Rahmen ihres Auftrages der Entwicklungszusammenarbeit den Diskurs über die Weltwirtschaft und setzt sich mit dem Phänomen der Globalisierung sowie mit dem Prozess der WTO kritisch auseinander. *Das Thema war in seiner Relevanz anerkannt, und federführend soll sein, wer dazu fachlich kompetent ist, nämlich die Fachstelle OeME und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.*
2. Sie arbeitet das Thema für den Synodalrat auf und bringt es für die strategischen Entscheide mit Bericht und Antrag in den Synodalrat. *Der Synodalrat wollte instand gestellt werden, Stellung zu beziehen.*
3. Sie berücksichtigt und vertritt als Anwalt der Armen insbesondere die Positionen unserer Hilfswerke HEKS und Brot für alle, des Oekumenischen Rates der Kirchen und des Reformierten Weltbundes und trägt deren Position und Stimme in unsere Kirche. *Die Fachstelle OeME ist in unserer Kirche der Beziehungsort zwischen den Kirchen und den Hilfswerken. Dieser Kontext soll deutlich werden.*
4. Sie arbeitet mit dem Wort der Kirchen: Gemeinsam in die Zukunft, aus der Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz. *Um das Wort der Kirchen ist es mittlerweile still geworden. Damals noch galt es als gesamtschweizerische Stimme sowohl der Reformierten wie der Römisch-katholischen Kirche.*
5. Sie bezieht die Fachstelle Wirtschaftsethik ein. *Das war uns wichtig, damit auch die Probleme der KMU und der Landwirtschaft mit einbezogen werden.*
6. Sie hält die Fachstelle Kommunikation auf dem Laufenden und lässt sich von ihr beraten. *Das öffentliche Auftreten unserer Dienste soll koordiniert werden.*
7. Sie distanziert sich von Aufrufen zur Gewalt und gewalttätigen Aktionen und bringt diese Handlungsmaxime deutlich zum Ausdruck, wo und wann immer sie auftritt. *Die Gewalt ist ein schwieriges Thema. Wir stehen in der ökumenischen Dekade zur Überwindung der Gewalt und wissen gleichzeitig, dass es Themen gibt, die auf die Strasse gehören.*
8. Die Zusammenarbeit mit „Perspektiven nach Davos“ wird nicht weitergeführt.

Gerade dieser letzte Punkt rief nun allerdings über 1000 Petitionäre auf den Plan. Sie bekräftigen zwar mit der Petition vom 30. Januar 2002, dass auch sie die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Globalisierung in der Kirche und durch die Kirche begrüßen, gleichzeitig aber vom Synodalrat eine unmissverständliche, klare Position erwarten und verlangen. Wir wollen weiterhin an einer Kirche mitbauen, die weiss, auf welcher Seite sie steht, bekennt die Petition. Deshalb fordert sie von Seiten der Kirche auch Solidarität mit den Solidarischen. Sie schreibt zu den „Perspektiven nach Davos“: Selbstverständlich sind Organisationen wie Attac, Erklärung von Bern, Grünes Bündnis, eine feministische Ökonomin u.a.m. dabei. Und selbstverständlich finden sich auch kirchliche Organisationen darunter, wie zum Beispiel die Fachstelle OeME der Reformierten Kirchen Bern-Jura – und ich ergänze: wie übrigens auch unsere Hilfswerke Brot für alle und das HEKS, die bei den „Perspektiven nach Davos“ auch aktiv dabei waren.

Mittlerweile ist einiges geschehen, und hat uns wieder gemeinsam auf den Weg gebracht.

Ich nenne nur ein paar Situationen:

27. Juni 2002: Die Öffentliche Podiumsdiskussion: Perspektiven vor Davos. Die Berner Kirche und die Globalisierung, im CAP der französischen Kirche.

9. September 2002: Das jährliche ökumenische Forum: Die Kirche und die Globalisierung, mit Gästen aus dem Reformierten Weltbund und dem Oekumenischen Rat der Kirchen, hier in der Johanneskirche.

9. Januar 2003: Antworten auf die Globalisierung – Herausforderung für eine Kultur des Friedens. Die Rede von Konrad Raiser, dem Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen. Man konnte damals im Berner Münster Bahnbillette nach Klosters kaufen. Es gibt wohl wenige Kirchen in der Schweiz, wo das möglich war. Gleichzeitig verstand ich die Dringlichkeit und Kompetenz, mit der Konrad Raiser auftrat und seine Antworten auf die Globalisierung – Herausforderung für eine Kultur des Friedens vortrug, persönlich so, dass er auch den Kirchenleitenden ins Gewissen redete.

Als Initiator all dieser Veranstaltungen, die Konrad Raiser einen kritisch-konstruktiven Lernprozess bezeichnete, von dem wir heute profitieren, zeichnete freilich nicht der Synodalrat selbst. Er war aber immerhin bei allen zugegen, und hofft nun, mit der Verabschiedung der Policy seinerseits am kleinen Orte Bern und von hier aus in weltweiter Verbundenheit einen Beitrag zu leisten zur Globalisierung der Gerechtigkeit.

Wir danken dem Bereich und den Autorinnen und Autoren für die kompetente Arbeit und freuen uns über das Ergebnis.

Pia Grossholz-Fahrni, Synodalrätin Bern-Jura-Solothurn

Die Policy des Synodalrates baut auf einem umfangreicheren Grundlagenpapier auf, das von einer Arbeitsgruppe für den Synodalrat erarbeitet wurde. Diese Arbeitsgruppe setzte sich zusammen aus MitarbeiterInnen der Fachstelle OeME, der Fachstelle Gesellschaftsfragen, aus einem Ethiker und aus zwei interessierten Mitgliedern der Kirchenbasis.

Das Papier führt die einzelnen Themenkreise aus, die in der Policy des Synodalrates so komprimiert wurden, dass daraus ein handliches und gut verständliches Dokument entstehen konnte.

Für interessierte LeserInnen besteht so die Möglichkeit, sich eingehender mit der Thematik zu beschäftigen und in den Quellenangaben auch die entsprechenden Referenzen für die Beispiele und Zitate zu finden.

Die Policy wurde vom Synodalrat in mehreren Sitzungen besprochen und diskutiert und in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

Sie setzt sich aus drei Teilen zusammen:

In einem ersten Teil wird die Globalisierung in einem theologischen und ethischen Rahmen dargestellt.

Darin wird klar, dass die Auseinandersetzung mit der Globalisierung in der Kirche auf einem andern Fundament aufbaut, als jene vieler anderer Globalisierungskritiker. Unser Fundament für die Auseinandersetzung ist das Evangelium und damit der Auftrag, uns für eine gerechte Gesellschaft einzusetzen.

Die Globalisierung und ihre Folgen werden in unserer Gesellschaft kontrovers eingeschätzt. Deshalb ist es wichtig, sie auch aus der Perspektive der christlichen Ethik zu betrachten.

Wir verstehen uns dabei immer sowohl als Opfer wie auch als Täter.

Bei der Stellungnahme zur Globalisierung orientieren wir uns an folgenden Voraussetzungen

- Lebensdienlichkeit
- Sinn- und Legitimationsfrage
- Radikalität statt Extremismus
- Perspektiven der Betroffenen

In einem zweiten Teil wird anhand von 8 Themenkreisen die heutige Situation beschrieben und anhand von konkreten Beispielen sowohl aus unserem Lebensumfeld wie auch aus dem Süden konkretisiert. In jedem Themenkreis werden auch Ansätze für eine Änderung und eine Humanisierung der Globalisierung aufgezeigt.

Die 8 Themenkreise umfassen folgende Themen:

- Übermacht von Markt und Wettbewerb
- Der wachsende Graben zwischen Arm und Reich
- Dominanz der Finanzmärkte
- Machtkonzentration und strukturelle Gewalt
- Flexibilisierung der Menschen
- Weltweite Deregulierung und wachsende Privatisierungstendenzen
- Ungleichheit zwischen den Geschlechtern
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen

Der wohl wichtigste und zukunftsweisende Teil der Policy ist der dritte Teil, in dem wir durch unsere Einsichten unser Handeln ganz konkret ändern wollen.

Dabei unterscheiden wir **zwei Wirkungskreise**:

Einerseits die **kircheninternen Belange**, andererseits das **Wirken** in unserer **Gesellschaft**.

Innerhalb der Kirche intensivieren wir die Auseinandersetzung mit der Globalisierungsthematik durch Bildungsangebote, durch die Unterstützung in der Beratungs- und Unterstützungsarbeit, durch unser Mitmachen in der ökumenischen Bewegung und durch die Förderung von verbindlichen Partnerschaften über kulturelle und geografische Grenzen hinweg.

Als **Teil unserer Gesellschaft** intensivieren wir den Dialog sowohl mit Wirtschaft und Politik wie auch mit den globalisierungskritischen Bewegungen. Der Dialog mit allen Beteiligten und die Auseinandersetzung mit dem Thema der Gewalt (Thema der Dekade) sind dabei unsere vordringlichsten Anliegen. Gleichzeitig sind wir bereit, neue Wirtschaftsformen und Ansätze zu grundsätzlichen Alternativen zu unterstützen und zu vernetzen, aber auch selber zu entwerfen.

Mit dem klaren Festschreiben der heutigen Position des Synodalrates der Kirchen Bern–Jura–Solothurn können wir nun in eine vertiefte Auseinandersetzung hineingehen und so im Dialog mit ganz verschiedenen Gesprächspartnern unsere Position überprüfen und festigen und unter Umständen auch modifizieren. Ich persönlich freue mich auf diese Aufgabe, denn nur eine Kirche, die klar Stellung bezieht, die in Frage stellt und Positionen erarbeitet und auch immer wieder hinterfragt, ist eine lebendige Kirche und hat dadurch auch in Zukunft die Möglichkeit, eine wichtige und gewichtige Stimme in unserer Gesellschaft zu sein, zu bleiben oder zu werden.